

ISS AKTUELL

1/ 2019

INSTITUT FÜR STRATEGIE UND SICHERHEITSPOLITIK
LANDESVERTEIDIGUNGS-AKADEMIE WIEN

HERWIG JEDLAUCNIK (HRSG.)

ZUR STRATEGISCHEN LAGE JAHRESBEGINN 2019

Globale Akteure und internationale
Organisationen





Impressum:

Amtliche Publikation der Republik Österreich/
Bundesminister für Landesverteidigung

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:

Republik Österreich/Bundesminister für Landesverteidigung,
BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungsakademie
Institut für Strategie und Sicherheitspolitik
Stiftgasse 2 a, 1070 Wien

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

ISBN: 978-3-903121-59-1

Jänner 2019

Druck:

Heeresdruckzentrum, 1030 Wien



AT/028/048



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“
des Österreichischen Umweltzeichens,
UW-Nr. 943

Vorwort

Es ist inzwischen zu einer Tradition geworden, Ihnen mit dem alle sechs Monate erscheinenden Überblick zur strategischen Lage einen kurzen Rückblick auf die Ereignisse des vergangenen Halbjahres zu präsentieren. Damit wollen wir laufende Entwicklungen in größeren Zusammenhängen betrachten und zugleich eine Einschätzung möglicher künftiger Abläufe erleichtern. Es geht uns in dieser bewusst knapp gehaltenen Zusammenfassung nicht um eine umfassende Darstellung aller Geschehnisse der vergangenen Monate, sondern um eine kurze, aber präzise Analyse und Bewertung ausgewählter Aspekte unter Berücksichtigung regionaler Zusammenhänge. Der letzte derartige Überblick erschien Ende Juni 2018; die einzelnen Beiträge des vorliegenden Berichts wurden Mitte Jänner 2019 fertig gestellt.

Besonders möchte ich auf die Beiträge von Dr. Gunther Hauser und Dr. Rastislav Báchora verweisen, welche in dieser Ausgabe noch einmal auf die zu Ende gegangene österreichische EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2018, einerseits in ihrer inner-europäischen Rolle und andererseits in ihrer Beziehung zu Russland, reflektieren.

Die Leitung und Redaktion dieser Zusammenschau lag wieder in den bewährten Händen von Oberst Dr. Herwig Jedlaucnik. Ihm und allen Kollegen, die an der Erstellung dieses Überblicks beteiligt waren, gebührt unser Dank. Neben den Angehörigen des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik (Dr. Rastislav Báchora, derzeit der Abteilung für Verteidigungspolitik dienstzugeteilt; Oberst dhmfd Dr. Otto Naderer, derzeit dem Generalstab dienstzugeteilt; Dr. Gunther Hauser und Dr. Felix Schneider) möchte ich Dr. Gerald Hainzl und Mag. Jasmina Rupp (vom Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie), Oberst dG Mag. Walter J. Unger (den Leiter des Cyber-Verteidigungszentrums / Cyber Defence Centre) sowie Dr. Johannes Maerk und Mag. Barbara Farkas nennen und danke allen für ihre Mitwirkung.

Auf Wunsch einiger Leser haben wir die graphische Logik unserer Karten in den Legenden detaillierter dargelegt. Aufgabe dieser Graphiken war es auch in der Vergangenheit nicht, etwa alle Mitglieder der EU oder der NATO darzustellen – dazu sind genügend Übersichten leicht verfügbar. Vielmehr sind grundsätzlich nur jene Staaten farblich besonders hervorgehoben, welche im dazugehörenden Text detaillierter analysiert werden. Die einzelne Graphik bietet daher keine vollständige Auflistung aller Akteure, „Partner“ oder „Gegner“ im jeweiligen geographischen Raum. Auch möchten wir auf Grund einzelner Rückfragen darauf verweisen, dass wir, ganz in unserer Tradition als wissenschaftliches Medium, das die reale politische Lage erörtert, in der Darstellung der Gebiete oder Staatsgrenzen die realpolitisch aktuell existierenden Gegebenheiten wiedergegeben haben – die Graphiken erheben daher keinerlei Anspruch, völkerrechtliche Beurteilungen (beispielsweise der Annexion der Krim) darzustellen. Dazu liegen genügend, leicht verfügbare Behelfe vor.

Ziel dieser Übersicht und ein Anliegen des Herausgebers und der beitragenden Autoren ist es, strategisch relevante Ereignisse und Akteure wissenschaftlich unabhängig zu erörtern, zu analysieren, zu klassifizieren und in manchen Fällen auch zu prognostizieren. Gelegentlich bewerten die einzelnen Autoren diese Entwicklungen, wobei es durchaus im Sinne dieser Übersicht ist, auch differenzierende Analysen aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu bieten. Dr. Jedlaucnik präsentiert in diesem Zusammenhang – bewusst im Sinne einer diversitären Darstellung – gelegentlich auch Positionen, die jenen einzelner Autoren widersprechen bzw. diese ergänzen. Als Herausgeber ist es Dr. Jedlaucnik ein Anliegen, die resultierende Vielfalt an Analysen und Positionierungen anzubieten. Ausdrücklich betont wird daher, dass weder Texte noch Karten oder Graphiken irgendeine amtliche Position widerspiegeln. Wie in der Vergangenheit erscheinen die einzelnen Beiträge unter der Verantwortung der jeweiligen Autoren als Wissenschaftler und repräsentieren daher ausschließlich deren persönliche Einschätzung, nicht aber irgendeine offiziöse Meinung des Ressorts oder der Landesverteidigungsakademie.

Die Mitarbeiter des ISS wünschen in diesem Sinne eine spannende Lektüre.

Hofrat Univ.-Doz. Dr. Erwin A. Schmidl
Leiter des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie in Wien

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	1
Inhaltsverzeichnis	2
Globale und innereuropäische Gegensätze als bestimmende strategische Faktoren	6
Der dominante globale Konflikt – China versus USA.....	6
Der Nahe Osten – globaler und regionaler Konfliktraum	6
Russlands grundsätzliche strategische Ziele.....	7
Europas interne Polarisierung - Links-Liberalismus versus patriotischer Konservatismus.....	8
Eliten versus Bürger?	8
Europäische Zukunftsvisionen – nationale versus europäische Souveränität.....	9
Die europäische Armee	10
Die westliche Welt	13
Halbzeit für Donald Trump	13
Midterm-Elections	13
Syrien, Türkei und die Kurdenfrage.....	14
Schön is so ein Ringelspiel...das is a Hetz und kost net viel.....	16
Government-Shutdown	21
Europa und die EU	23
Brexit: Ergebnis bleibt offen	23
Streitpunkt während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft: Migration.....	24
Die CDU-CSU-Krise in der Asyl- und Migrationspolitik	25
Keine Gesamteinigung beim EU-Außengrenzschutz	26
Österreich unterzeichnet den UNO-Migrationspakt nicht	27
Westbalkanstaaten als künftige „Sicherheitsproduzenten“	28
Die NATO und ihre Partner	31
Das Treffen der NATO- Staats- und Regierungschefs im Juli.....	31
Die NATO-Manöver “Trident Juncture”	32

INF-Vertrag	32
Partner.....	33
Die Ukraine	33
Westbalkan	33
Zusammenfassung	34
... und ihre Partner und Herausforderer.....	37
Russland und der zentralasiatische Raum.....	37
Österreich-russische Beziehungen.....	37
Lage im Osten der Ukraine.....	37
Militärischer Zwischenfall zwischen Russland und Ukraine	38
Ausrufung des Kriegsrechts	38
Internationale Reaktionen.....	39
Anstehende Präsidentschaftswahlen in der Ukraine	40
Ausblick	40
Der indopazifische Raum	43
Das Konfliktfeld China–Indien–Russland	43
Der Einfluss Russlands	43
China & Russland.....	43
Der Indische Ozean.....	44
Indien zwischen Russland & den USA.....	44
Indien & China: pragmatischer Wettbewerb	44
... im Iran.....	44
... und auf Mauritius.....	45
Indien & Australien.....	45
US-Machtprojektion im Südchinesischen Meer.....	45
FONOPs: Die Freiheit der Navigation	46
FONOPs der US-Verbündeten	47
Die Seidenstraße.....	47
Malaysien: Baustopp	47

Pakistan: Kapitalbedarf.....	47
Malediven: Neuverhandlung	48
Nepal: willkommene Alternative	48
Neu: Die Seidenstraße in Westafrika	48
Europäische Atlantikküste	49
Ostasien	49
China & der INF-Vertrag	49
China & die US-Sanktionen gegen den Iran	49
Chinas Nukleartechnologie.....	49
Chinas (Nicht-) Teilnahme an Militärübungen.....	50
Entwicklungen in der chinesischen Militärtechnik	50
Nordkorea	51
Stärkung der US-Position in Südkorea	52
Auswirkungen der US-Sanktionen	52
Chinas Big Data-Strategie	54
Entstehungsprozess	54
Zentrales Zielsystem.....	54
Datenerstellung.....	55
Zweck & Auswirkungen	55
Öffentliche Akzeptanz	55
Die MENA-Region – Auf der Suche nach einer regionalen Neuordnung.....	57
Syrien und die Rehabilitation des Assad-Regimes	59
Irak: Quo vadis?.....	62
Libyens geplante Nationalkonferenz – ein Hoffnungsschimmer?	63
Sub-Sahara Afrika.....	67
Hohes Wirtschaftswachstum für 2019 prognostiziert.....	67
Präsidentenwahlen in der Demokratischen Republik Kongo – Sieg für einen Oppositionskandidaten	67
Erneute Proteste gegen Präsident Omar Hassan al-Bashir – Wird der Präsident gestützt?	68
Putschversuch in Gabun	69

Lateinamerika –	71
Venezuela.....	71
Flüchtlingskrise in Venezuela und Zentralamerika.....	71
Mexiko – Hoffnungsschimmer für die lateinamerikanische Linke	71
Brasilien – ein neuer rechtsgerichteter Präsident	71
Kontroverse um US Militärbasen in Brasilien.....	72
IBSAMAR – ein trikontinentales Manöver.....	72
Der Einfluss Chinas in Lateinamerika nimmt weiter zu	72
 Rasante Weiterentwicklung des Cyberraumes	 74
Cyber-Wettbewerb der Supermächte - Beistandsverpflichtungen von USA angeboten	74
Cyber-Spionage - Kampf um die Technologieführerschaft und die politische Macht	74
Cyber Sabotage - Sabotageangriffe im hybriden Kontext unterhalb der direkten Gewaltschwelle und im Rahmen von Konflikten	75
Cyber-Kriminalität als Beschaffungsmethode für Staaten.....	76
Angriffe auf die Grundfesten der Demokratie.....	76
Gegenmaßnahmen	76
Ausblick	77
 Bildnachweis	 78
Kartenmaterial.....	79
Autoren.....	80

Globale und innereuropäische Gegensätze als bestimmende strategische Faktoren

Der dominante globale Konflikt – China versus USA

Der chinesische Staatspräsident Xi Jinping versucht Chinas internationale Präsenz sowie seine wirtschaftlichen und strategischen Interessen weiter auszubauen. Diesem Ziel dienen die Investitionen in die Seidenstraßeninitiative sowohl auf regionaler als auch globaler Ebene. Folglich sind auch Chinas Investitionen beim Erwerb ausländischer Technologien strategisch geplant und dienen der Ergänzung und Stärkung der Innovationsfähigkeit chinesischer Unternehmen. Vor allem die Vereinigten Staaten betrachten China dabei als zentralen strategischen Rivalen. Vor diesem Hintergrund sind auch die fortwährenden Aktivitäten Chinas im (Süd-)Chinesischen Meer zu verstehen. China versucht durch den Ausbau seiner militärischen Präsenz eine potentielle Unterbrechung seiner maritimen Transportwege zu verhindern.



MV-22B Osprey vom Aviation Combat Element der 31st Marine Expeditionary Unit an Bord der USS Wasp während eines Routinemanövers im Ostchinesischen Meer Ende Jänner 2019

Die USA versuchen einen solchen Machtausbau zu verhindern - offiziell um die „Freiheit der Schifffahrt“ sicherzustellen - realpolitisch jedoch um die eigene ordnungspolitische Dominanz aufrechtzuerhalten, China einzudämmen und gegebenenfalls die Logistikrouten Chinas unterbrechen zu können. Diese Zielsetzungen haben jedoch für China bzw. die USA unterschiedliche Prioritäten. Es ist daher davon auszugehen, dass China diese für sich vitalen Ziele sukzessive umsetzen wird. Die USA werden hingegen nicht bereit sein, für diese aus ihrer Perspektive nicht-vitalen Zielsetzungen, eine militärische Auseinandersetzung zu führen. Kurzfristig wird China daher seine Stützpunkte im Südchinesischen Meer

weiter ausbauen, langfristig auch Taiwan wieder in Besitz nehmen. Xi Jinping hat diesen Anspruch zuletzt wieder bekräftigt. Zur Durchsetzung dieser Ansprüche schließt China den Einsatz militärischer Mittel dezidiert nicht aus. China wird zur Realisierung dieser machtpolitischen Ziele vorerst weiter daran arbeiten, eine moderne Gesellschaft aufzubauen bzw. abzusichern und seine internationale Präsenz zu stärken. Mittel- bis langfristig (2050) zielt China darauf ab, regional eine dominante und global eine führende Rolle zu spielen. Dass die USA und andere Staaten bereit sind, auf Kosten eigener wirtschaftlicher Entwicklungsmöglichkeiten diese Entwicklung Chinas aufzuhalten, ist als eher unwahrscheinlich zu beurteilen.

Der Nahe Osten – globaler und regionaler Konfliktraum

Auch wenn der, Europa mit terroristischen Mitteln herausfordernde, Islamische Staat als Territorialgebilde aufgehört hat, zu bestehen, wird die Instabilität des Nahen Ostens Europa weiterhin herausfordern. Die USA werden sich in den nächsten Jahren – wie Präsident Trump bereits in seinem Wahlkampf 2016 versprochen hat – sukzessive aus den Konfliktgebieten zurückziehen. Während der völkerrechtswidrige Einsatz in Syrien vermutlich in den nächsten Monaten abgeschlossen sein wird, ist der angestrebte Rückzug aus Afghanistan etwas komplexer. Dennoch ist ersichtlich, dass Präsident Trump auch in diesem Themenkomplex eigenen Vorstellungen im Gegensatz zum außen- und sicherheitspolitischen Establishment den Vorzug geben wird. Daher wird sich die USA vermutlich sukzessive aus den Auseinandersetzungen des Raumes zurückziehen. Russland, die Türkei und der Iran werden hingegen versuchen, ihren Einfluss in der Region weiter zu stärken. Die Einhegung des Iran wird die USA zukünftig auf militärischer Ebene wohl durch Stärkung seiner iranfeindlichen Verbündeten Israel und Saudi Arabien sowie auf wirtschaftlicher Ebene durch Sanktionen zu realisieren suchen. Der Iran wird dadurch zwar nicht direkt destabilisiert werden und es werden wohl vorerst die konservativen Kräfte im Land gestärkt werden. Es ist aber nicht auszuschließen, dass diese Maßnahmen mittel- und langfristig durch wirtschaftlichen Niedergang und damit verbundene zivile Proteste den Iran weiter schwächen werden. Zielsetzung bleibt ein Regime Change im Iran. Inwieweit diese Spannungen aber auch den schiitisch-dominierten Irak weiter destabilisieren werden, ist noch nicht klar absehbar. Der US-Rückzug aus Syrien wird vermutlich zu einer Vereinbarung zwischen dem syrischen Regime und der kurdischen Partiya Yekîtiya Demokrat (PYD), der Partei der Demokratischen Union, führen. Denkbar ist dabei eine Autonomie des syrischen Kurdengebietes unter formal-politischer

Kontrolle des syrischen Regimes. Hauptgegner beider Fraktionen bleibt die Türkei und die von ihr unterstützten dschihadistischen Rebellengruppen. Welche Rolle zukünftig die den Raum Idlib beherrschende Idlib Dschabhat Fath asch-Scham, die ehemalige al-Qaida-nahe al-Nusra-Front, spielen wird, ist abzuwarten. Die Geister, die einige westliche Staaten und ihre arabischen Verbündeten riefen, wird die Region, aber auch die Welt wohl eher nicht so leicht los werden....

Auch der Konflikt in Afghanistan ist für den postheroischen Westen nicht zu gewinnen. US-Präsident Trump ist zuzutrauen, auch diesbezügliche Tabus des US-amerikanischen Politik- und Militärestablishments zu brechen und zum Zwecke des erwünschten Abzugs der eigenen Kräfte eine Einigung zwischen den afghanischen Machthabern und den Taliban zu erzwingen. Andere westliche Staaten und Verbündete der USA haben diesbezüglich keine Mitsprachemöglichkeiten. Mittel- bis langfristig ist eine Machtübernahme durch die Taliban und eine enge strategische Bindung an Pakistan zu erwarten. Auch ein nicht auszuschließendes weiteres militärisches Engagement westlicher Staaten kann dies jedoch langfristig nicht verhindern, sondern maximal nur verzögern.



Russischer Pionier in Aleppo

Russland hingegen wird seine Präsenz und seinen Erfolg in Syrien sicher als Basis für einen begrenzten regionalen Einfluss im MENA-Raum nutzen. Es stellt damit im begrenzten Umfang einen alternativen Partner für die lokalen Machthaber dar, hat aber selbst nur wenige spezifische politische Ziele in diesem Raum. Neben der Realisierung wirtschafts- und rüstungspolitischer Interessen wird Russland dabei dem Wirksamwerden dschihadistischer Kräfte im Raum entgegentreten, um eine Wechselwirkung mit muslimischen Kräften im postsowjetischen Raum zu verhindern. Trotz einiger Gegensätze zum wahhabitischen Saudi-Arabien hält es dabei weiterhin die Kommunikationslinien offen. Durch

die gleichzeitige Verbindung mit dem Iran hat es potentiell auch eine optimalere politisch-diplomatische Position als der Westen. Und auch die Verbindung zur mit Europa nur begrenzt kompatiblen Türkei dürfte trotz gegensätzlicher Positionen im Syrien-Konflikt stabil bleiben. Russlands Rolle könnte daher im MENA-Raum eine durchaus stabilisierende, Interessen einzelner westlicher Player jedoch abträgliche sein.

Russlands grundsätzliche strategische Ziele

Russlands vorrangiges strategisches Ziel ist es, eine auf globaler Ebene mitwirkende, jedenfalls aber auf regionaler Ebene dominante Großmacht zu sein. Primär will Russland auf dieser Basis seine regionale Sicherheit im postsowjetischen Raum absichern. Eine gleichberechtigte Position mit den Vereinigten Staaten zu erkämpfen, ist jedoch nicht erkennbar. Vielmehr zielt Russland darauf ab, die als destruktiv wahrgenommenen globalen Wirkungsmöglichkeiten der USA im Zusammenwirken mit anderen regionalen Mächten einzuschränken. Die russischen Streitkräfte sind dabei das zentrale Instrument, um seine Rolle als Großmacht aufrechtzuerhalten. Russland versucht dazu eine regionale militärische Überlegenheit im postsowjetischen Raum sicherzustellen. Dabei glaubt Russland auch eine potentielle Bedrohung primär durch die USA und sekundär durch die NATO zu erkennen. Dies umso mehr, als die NATO bzw. ihre Mitgliedsstaaten nicht nur politisch an der Peripherie Russlands sehr aktiv sind, sondern auch militärisch im Raum aufrüsten. Daher werden vor allem an der westrussischen und an der arktischen Front die eigenen Kräfte verstärkt, um die militärische Überlegenheit im Raum sicherzustellen. Es ist daher davon auszugehen, dass es bei Wirksamwerden westlicher Kräfte in diesem Raum auch weiterhin zu Spannungen kommen wird. Es ist aber auszuschließen, dass Russland offensive militärische Aktionen gegen den Westen durchführen wird, da es eine direkte militärische Konfrontation mit der NATO mit allen Mitteln zu vermeiden sucht. Die wechselseitigen Provokationen im Raum tragen jedoch das Potential in sich, durch Aktionen und Reaktionen eine unbeabsichtigte Kettenreaktion auszulösen. Durch die tendenziell russlandfeindliche Stimmung im Westen ist eine wie immer geartete Entspannung bzw. die Herstellung vertrauensvoller Beziehungen in näherer Zukunft nicht zu erwarten. Vor allem Russland versucht daher, politische Prozesse im Westen durch intransparente Kampagnen vor allem in den Sozialen Medien aber auch durch Cyber-Angriffe zu beeinflussen.

Die Bedrohung durch Cyber-Angriffe ist aber nicht nur ein von Russland ausgehendes Problem. Diese sind generell zu einer alltäglichen Realität geworden. Cyber-

Attacken spielen sich dabei sowohl auf wirtschaftlich-krimineller als auch politischer Ebene ab. Zukünftige Cyber-Angriffe gegen Behörden oder private Unternehmen, vor allem solche der Kritischen Infrastruktur, haben das Potential, ernste politische oder wirtschaftliche Krisen auszulösen. Sowohl nachrichtendienstliche als auch wirtschaftliche Ziele sind weiterhin wichtige Motivation hinter Cyber-Angriffen. Zahlreiche Länder entwickeln dazu destruktive Cyber-Angriffsfähigkeiten als politisches Kampfmittel gegen andere Staaten. Europa wird lernen müssen, mit dieser permanenten Bedrohung zu leben.

Europas interne Polarisierung - Links-Liberalismus versus patriotischer Konservatismus

Europa ist weiterhin und wohl auch längerfristig intern polarisiert und daher auch in seiner nach außen wirkenden Handlungsfähigkeit eingeschränkt. Die Polarisierung hat vor allem deshalb zu einer Schwächung Europas geführt, da die Kompromisswilligkeit der EU-Mitglieder gesunken ist. Überdies wenden sich einzelne Staaten auch bewusst anderen Partnern zu, da seitens der EU und europäischer Partner eine Ablehnung erfolgt.

Grund für die interne Polarisierung sind vor allem gesellschaftspolitische Fragen, bei denen radikal-liberale¹ Positionen patriotisch-konservativen bzw. nationalkonservativen Anschauungen gegenüberstehen.

Liberalismus ist in seinem Kern die Freiheit des Einzelnen und die Herrschaft des Rechts und in seinem radikaleren Verständnis die rechtliche Gleichstellung aller Menschen. In logischer Fortsetzung dieser linksliberalen oder radikal-liberalen Vorstellung ist daher eine rechtliche (und soziale) Differenzierung entlang von Staatsgrenzen widersinnig. In national organisierten Wohlfahrtsstaaten befinden sich linke und liberale Parteien insofern in einem Dilemma, als dass Sozialleistungen und ein universalistischer Menschenrechtshumanismus realistischer Weise nicht kompatibel sind. Denn vor allem in Sozialstaaten, deren Leistungen prinzipiell allen Teilnahmeberechtigten offenstehen, wird Massenmigration automatisch zu einem zentralen gesellschaftspolitischen Thema. Migration deckt dabei nicht einen wie immer gearteten Bedarf im Zuwanderungsland, sondern entsteht aus Sozialmigration zumeist unter dem Deckmantel des Asylrechts. Die dahinter stehende Vorstellung, soziale „Gerechtigkeit“ global verankern zu können, muss jedoch positiv formuliert als Sozialromantik bezeichnet werden. Dennoch bestimmten und bestimmen solche Vorstellungen in nicht unerheblichem Ausmaß

europäische Politik der vergangenen Jahre. Die gleichzeitige demographiepolitische Krise der Industriestaaten trägt in Zusammenwirken mit der bisher zumeist unregelmäßigen Migration überdies die Gefahr in sich, gesellschaftliche Konfliktpotentiale kurz- und mittelfristig entlang ethnischer, mittel- und langfristig vor allem entlang religiöser Trennungslinien zu erzeugen. Ein solcher Zusammenhang wird von radikal-liberalen Kräften jedoch dementiert oder ignoriert, da sie gesellschaftliche Konfliktpotentiale ausschließlich an sozialen, nicht jedoch an ethnischen oder religiösen Trennlinien verorten.

Diesen liberalen Vorstellungen treten patriotische bzw. nationalkonservative Parteien entgegen. Nationalismus wird von seinen Gegnern zumeist als gleichbedeutend mit Fremdenfeindlichkeit, Populismus, Autoritarismus und fehlendem Liberalismus definiert. Positiv betrachtet kann Patriotismus/Nationalismus jedoch den Gruppenzusammenhalt erzeugen, der notwendig ist, einen funktionierenden Staat und eine Solidargemeinschaft zu bilden, die unter anderem auch bereit ist, sozialen und wirtschaftlichen Disparitäten entgegenzuwirken. Die Vorstellung eines europäischen oder gar globalen Gruppenbewusstseins ist hingegen (vorerst) eher eine Wunschvorstellung. Denn die Bereitschaft, finanzielle und andere Bürden sozialer Verantwortung für Andere zu übernehmen, ist vom Bewusstsein einer Gruppenzugehörigkeit abhängig. In der modernen Geschichte wurde diese Gruppenzugehörigkeit durch den Nationalstaat realisiert. Gemeinsame Sprache, Kultur und Geschichte bedingen dabei ein patriotisches Bewusstsein.

Eliten versus Bürger?

Gleichzeitig scheint auch in europäischen Staaten eine Kluft zwischen Eliten und Bürgern zu entstehen, die nicht mehr wie gewohnt durch Volksparteien überbrückt werden. So haben beispielsweise in Frankreich Massenproteste der "Gelbwesten" die Regierung Macron in den letzten Monaten erheblich unter Druck gebracht. Auslöser für die Proteste waren von zahlreichen Bürgern als vollkommen weltfremd betrachtete Ökosteuer-Pläne. Die geplanten Steuererhöhungen waren aber nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hatte. Präsident Macron hat die (überzogenen) Erwartungen der Franzosen nicht erfüllen können und seine Zustimmungsrate in der Bevölkerung liegt derzeit bei nur knapp über 20 Prozent. Die "Gelbwesten" sind aber nicht nur ein Volksaufstand, sie ist auch ein nicht untypisches Beispiel einer basisdemokratischen Sozialbewegung. In den sozialen Medien, die zur Organisation, aber auch Diskussion der eigenen Forderungen genutzt werden, ist erkennbar, dass linke Umverteilungsforderungen sich

¹ Liberalismus, der nur ausgesuchte, primär linksliberale Standpunkte akzeptiert bzw. wahrnimmt

mit rechtem Nationalismus/Patriotismus verbinden. Ob eine ernstzunehmende politische Kraft aus einer solchen Melange an Ideen entstehen wird, ist fraglich, es zeigt sich aber, dass die etablierten politischen Parteien nicht (mehr) in der Lage sind, den Frust und die Erwartungen zahlreicher Bürger in den politischen Diskurs einzubringen.

Europäische Zukunftsvisionen – nationale versus europäische Souveränität

Die Krise französischer Innenpolitik hat aber auch massive Auswirkungen auf Europa. Nach dem bevorstehenden Abgang der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel schien zeitweilig Emmanuel Macron die neue Galionsfigur der europäischen (Links)liberalen und Verfechter einer weiteren Vertiefung der europäischen Einigung zu werden. Sein Glanz ist auf Grund der innerfranzösischen Auseinandersetzungen inzwischen zwar deutlich verblasst, aber dennoch positionierte er sich hinsichtlich europäischer Zukunftsvorstellungen deutlich. Grundsätzlich spricht Macron sich für eine Reduktion nationaler Souveränität und eine Zentralisierung von Aufgaben innerhalb Europas aus. Konkret beinhaltet dies eine europäische Fiskalpolitik, ein europäisches Flüchtlingsamt und eine gemeinsame europäische Armee.

Konsequenterweise würde durch ein von Macron und (links)liberalen Kräften forciertes europäisches Flüchtlingsamt zentral über Zuwanderungspolitik entschieden werden und die nationale Souveränität durch eine europäische Souveränität über die seit Jahren wohl umstrittenste Fragestellung abgelöst werden.

Ziel eines gemeinsamen europäischen Haushalts wäre es wiederum, die Eurozone krisenfester zu machen und die zwischen den EU-Staaten vorhandenen wirtschaftlichen Unterschiede auszugleichen. Diese Zielsetzung einer gemeinsamen Finanzpolitik ist eine Erweiterung der durch die Europäische Zentralbank (EZB) aktuell bereits betriebenen Geldpolitik. Die massiven Probleme vor allem der südlichen Euro-Länder im Zuge der letzten Finanz- und Wirtschaftskrise wurden ja dazu genutzt, das Aufgabenspektrum der EZB massiv zu erweitern. In Ermangelung einer europäischen Fiskalpolitik hat die EZB in massivem Ausmaß europäische Geldpolitik betrieben. Die EZB wurde dadurch zu einem mächtigen politischen Akteur und realisierte bereits den von Macron gewünschten Ausgleich wirtschaftlicher Unterschiede zwischen den europäischen Staaten. Zur bisher betriebenen europäischen Geldpolitik sollte nunmehr auch eine europäische Fiskalpolitik ergänzend wirksam werden.

Auch der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, will die Wirtschafts- und

Währungsunion, die Bankenunion und die Kapitalmarktunion vervollständigt wissen. Junckers Ziel ist es, dass der Euro zum "Gesicht und Werkzeug" der neuen europäischen Souveränität werde. Kritiker befürchten jedoch, dass ein europäisches Budget dazu benutzt werden würde, auf Kosten sparsamer schlecht wirtschaftende Staaten zu unterstützen. Hintergrund dabei sind die traditionell vollkommen unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Traditionen innerhalb Europas. Vor allem – aber nicht nur – die südeuropäischen Staaten haben in Phasen wirtschaftlicher Rezession traditionellerweise ihre Währungen abgewertet, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und gleichzeitig Staatsschulden zu reduzieren. Zahlreiche Wirtschaftstheoretiker wie beispielsweise Robert Mundell (Theorie des optimalen Währungsraums) stellen klar, dass eine gemeinsame Währung nur dann sinnvoll ist, wenn öffentliche Mittel zwischen reicheren und ärmeren Regionen transferiert werden. Wenn daher der Euro aus dem permanenten Krisenmodus geholt werden soll, ist eine entsprechende Anpassung der wirtschaftspolitischen Strukturen notwendig. Gleichzeitig beschneidet aber gerade eine solche strukturelle Anpassung die nationale Souveränität der Mitgliedsstaaten und löst überdies ein massives Akzeptanzproblem aus. Europäische Regierungen bedienen sich der EZB und ihrem Anleihekaufprogramm, um ihre Defizite zu finanzieren. Länder mit hohen Defiziten profitieren dabei auf Kosten anderer Staaten.

Fiskalpolitik ist ein wirtschaftspolitisches Instrument, welches mittels der Beeinflussung von Steuern und Staatsausgaben die konjunkturellen Schwankungen auszugleichen versucht.

Geldpolitik ist ein wirtschaftspolitisches Instrument, welches vor allem mittels Festlegung von Leitzinsen und der Steuerung der Geldmarktliquidität spezifische Ziele wie ein stabiles Preisniveau, Wirtschaftswachstum oder Vollbeschäftigung zu unterstützen sucht.

Mit Jahresbeginn hat die EZB zwar die bisher praktizierte monatliche Ausdehnung der Anleihenkäufe beendet. Immerhin wurden bisher im Quantitative Easing Programm etwa um 2,6 Billionen Euro Anleihen aufgekauft. An ihrem Zinsausblick hält die EZB jedoch weiter fest. Die Schlüsselzinsen will sie noch bis mindestens über den Sommer 2019 hinaus nicht verändern. Vermutlich wird erst Anfang 2020 die erste Leitzinserhöhung seit Jahren erfolgen. Aktuell liegt der Leitzins bekanntlich bei 0,0 Prozent. Abgesehen davon,

dass dadurch seit Jahren eine faktische Entwertung von Geldvermögen stattfindet, kann die EZB auf diesem Niveau auch nicht auf einen kommenden Wirtschaftsabschwung reagieren. Kritiker bemängeln daher bereits seit geraumer Zeit, dass die EZB es verabsäumt habe, rechtzeitig den Krisenmodus zu verlassen und zur Normalität zurückzukehren. Die globale und europäische Konjunktur schwächtelt inzwischen bereits wieder. Aktuell hat die EZB jedoch faktisch alle Möglichkeiten ausgeschöpft und wäre daher nicht in der Lage, einer möglichen nächsten Rezession zu begegnen.

Fehler in der Grundkonzeption sind in weiterer Folge nur mehr oder jedenfalls nur sehr viel schwieriger zu kompensieren, wie die Friktionen innerhalb der Euro-Gemeinschaft zeigen. Ob letztere in der Lage ist, eine weitere Wirtschaftskrise zu überleben, bleibt zumindest fraglich. Bis heute – 10 Jahre nach Beginn der letzten Wirtschaftskrise – befindet sich die EZB noch immer im Krisenmodus und auch zahlreiche europäische Staaten verabsäumen es, die notwendigen Vorbereitungen und finanzpolitischen Spielräume zur Lösung einer nächsten Krise zu schaffen.

Die europäische Armee

Neben den migrations- und fiskalpolitischen Zielsetzungen fordert Macron auch eine europäische Armee. Seinen Appell zur Gründung einer solchen begründete Macron mit der Warnung vor "autoritären Mächten, die an den Grenzen Europas aufsteigen und die sich wieder bewaffnen". Europa müsse sich verteidigen "mit Blick auf China, auf Russland und sogar auf die USA". Diese Forderung ergänzt Macrons bereits 2017 getätigte Anregung, eine europäische Interventionstruppe für Kriseneinsätze zu schaffen und eine gemeinsame strategische Kultur zu entwickeln.

Strategische Kultur ist das Gemenge der in der Identität eines Staates verwurzelten Normen, Ideen und Verhaltensweisen, die – vor allem über die sicherheitspolitischen Eliten – das sicherheitspolitische Handeln eines Staates prägen. Dies sind insbesondere Maßnahmen zur Vorbereitung und zum Einsatz der staatlichen Machtmittel, welche zum Zwecke der Realisierung der nationalstaatlichen Sicherheitsziele ergriffen werden.

Auch die scheidende deutsche Bundeskanzlerin Merkel ergänzte in einer Rede vor dem Europaparlament Mitte November 2018, eine Vision zu unterstützen, „eines Tages auch eine echte europäische Armee zu schaffen“.

Als Vision möglicherweise gefällig, ist eine solche von der politischen und militärischen Realität jedoch vollkommen abgetrennt. So zeichnen sich nur beispielsweise auf militärischer Ebene französisch-geführte Einsätze primär dadurch aus, dass trotz der offiziell verwendeten englischen Sprache die reale Kommandosprache französisch ist. Losgelöst von praktischen Fragestellungen wie dem Oberbefehl über eine solche Armee oder der Kommandosprache einer Streitkraft eines multilingualen Europa ignoriert die Forderung nach einer europäischen Armee auch vollkommen, dass aktuell Europa noch nicht einmal in der Lage ist, eine gemeinsame Verteidigungsallianz zu bilden und von der einigenden Kraft der USA innerhalb der NATO abhängig ist. Daher erschöpfen sich unabhängige europäische Militäreinsätze bereits bei einfach-strukturierten Peace Operations. Robustere Einsätze sind ohne US-amerikanische Unterstützung faktisch undurchführbar. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg erläuterte diesbezüglich vor kurzem, dass nach dem Brexit 80 Prozent der transatlantischen Militärausgaben von Nicht-EU-Staaten getätigt werden. Solche Banalitäten sind natürlich bei der Entwicklung einer Vision nicht notwendigerweise zu betrachten. Es ist aber kritisch anzumerken, dass in der aktuellen Realität Europa massive Schwierigkeiten hat, auch nur das bisher Angestrebte zu realisieren. Eine Politische Union – wie sie von den genannten Akteuren forciert wird – die nicht bereit ist, ihre Sicherheit, vor allem ihre Verteidigung zumindest in Form einer glaubwürdigen Allianz gemeinsam zu realisieren, ist schlussendlich keine Politische Union. Damit ist aber die sogenannte Irische Klausel ein ebensolcher Geburtsfehler für eine Politische Union wie die verweigerte gemeinsame Finanzpolitik für die Euro-Gemeinschaft. Man könnte dabei in Versuchung geraten, anzunehmen, dass die angeblichen Lichtgestalten europäischer Einigung lieber Visionen entwickeln, als sich den realen Banalitäten europäischer Sicherheitspolitik zu widmen. Von einer solchen kritischen Betrachtungsweise abgesehen, ist bei den dargestellten visionären Ideen auch klarzustellen, dass diese schlussendlich mit der Auflösung der europäischen Nationalstaaten einhergehen würden. Das Ziel der Bildung der „Vereinigten Staaten von Europa“ steht jedoch in einem diametralen Gegensatz zu den Vorstellungen aller nationalkonservativen Kräfte Europas. Der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, hat in seiner Rede zur Lage der Union im September 2018 zwar erklärt, dass „Europäische Souveränität [...] aus der nationalen Souveränität unserer Mitgliedstaaten [erwächst]“, doch ist dies nur dann wahr, wenn europäische Politik auch als Allianz souveräner Staaten realisiert wird. Im spezifischen Bereich der Verteidigungspolitik bedeutet dies eine Allianz nationaler Armeen und nicht die Bildung einer europäischen Armee.

Vertrag über die Europäische Union Artikel 42

(1) Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist integraler Bestandteil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Sie sichert der Union eine auf zivile und militärische Mittel gestützte Operationsfähigkeit. [...]

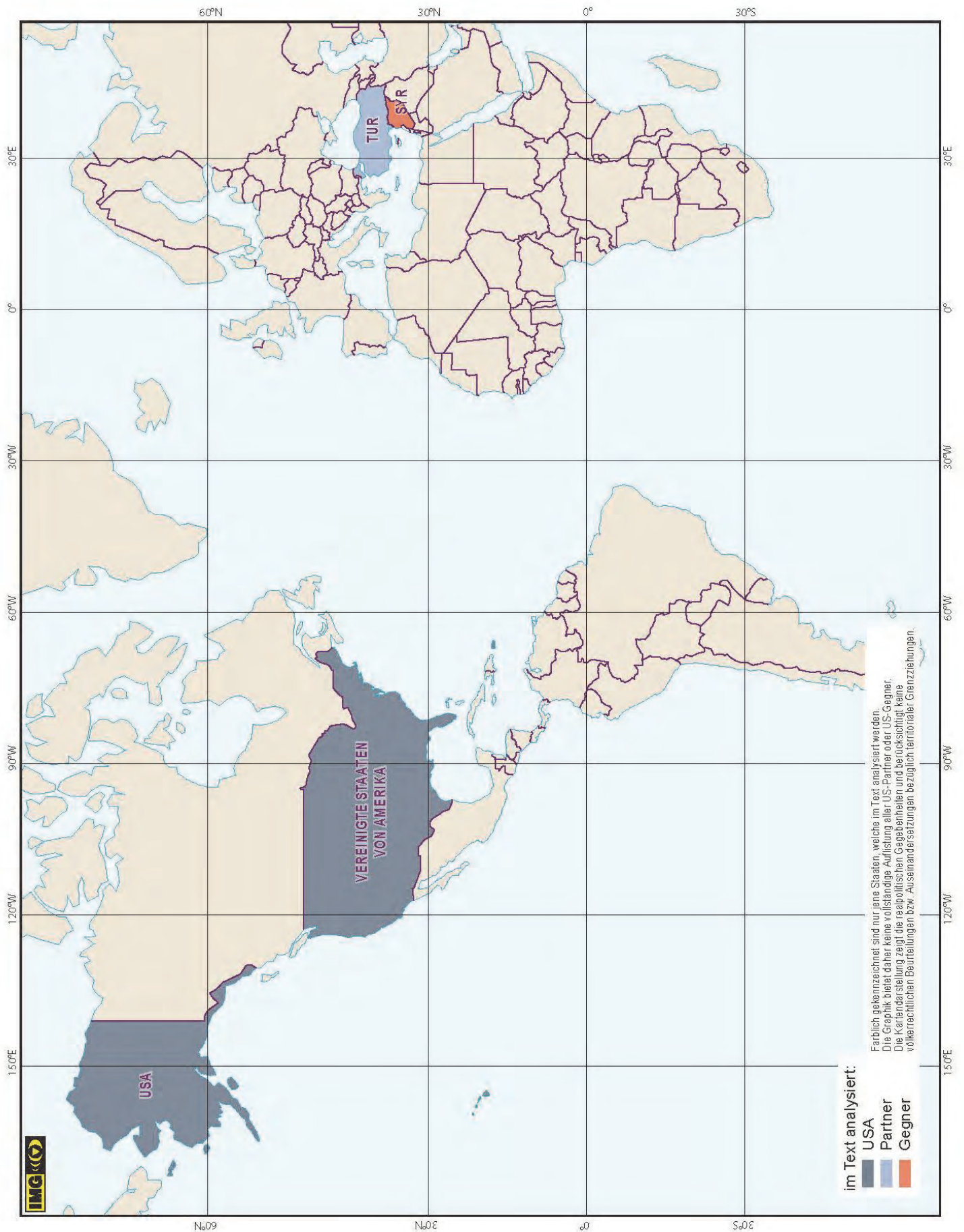
(2) Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik umfasst die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik der Union. Diese führt zu einer gemeinsamen Verteidigung, sobald der Europäische Rat dies einstimmig beschlossen hat. Er empfiehlt in diesem Fall den Mitgliedstaaten, einen Beschluss in diesem Sinne im Einklang mit ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften zu erlassen.

Die Politik der Union nach diesem Abschnitt berührt nicht den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten; sie achtet die Verpflichtungen einiger Mitgliedstaaten, die ihre gemeinsame Verteidigung in der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) verwirklicht sehen, aus dem Nordatlantikvertrag und ist vereinbar mit der in jenem Rahmen festgelegten gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

(fettgedruckt die sogenannte „**Irische Klausel**“)

Manche (österreichischen) Politiker bzw. Politikexperten interpretieren den ersten Satz des zweiten Absatzes von Art. 42 (2) - die sogenannte „Irische Klausel“ - so, dass für EU-Mitgliedsstaaten eine einseitige Bündnisverpflichtung zugunsten der Neutralen bestehe, andere sind der Meinung, dass trotz der „Irischen Klausel“ die grundsätzliche Verpflichtung bestehe, einem angegriffenen Mitgliedstaat zu Hilfe zu kommen - gegebenenfalls auch militärisch. Andere sind hingegen der Meinung, dass die Neutralität vollinhaltlich gelte und deshalb eine militärische Unterstützung eines angegriffenen Mitgliedsstaates rechtlich nicht möglich sei.

Herwig Jedlaucnik



Vereinigte Staaten von Amerika

Die westliche Welt ...

Halbzeit für Donald Trump

Die USA haben gewählt. Zwei Jahre sind nach der Angelobung des 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten ins Land gegangen. Vielen politischen Zeitzeugen kommt dieser Zeitraum subjektiv wesentlich länger vor, so viel ist in der Zwischenzeit passiert. Das Land, das durch den Wahlkampf 2016 eine seit dem Ende des Sezessionskrieges vor ca. 150 Jahren nicht mehr gekannte Polarisierung erlebte, zeigt sich – praktisch täglich neu angeheizt durch die social-media-gesteuerte „Echtzeit-Politik“ des US-Präsidenten – auch heute quer durch fast alle Gesellschaftsschichten weiterhin tief gespalten. Mit Donald Trumps (getwitterter und) gezielter Missachtung und Diffamierung all jener, die nicht seiner Meinung sind, hat darüber hinaus ein völlig neuer politischer Stil des Regierens in den USA Einzug gehalten.

Die Fragen, die sich dem Beobachter stellen, lauten nach nunmehr zwei Jahren Beobachtung daher immer öfter: Ist dieses anhaltend-ausgrenzende Verhalten mit seinem eigenen Wahlkampfmotto „America First“ und dem Selbstverständnis eines US-Staatsobershauptes eigentlich noch vereinbar? Von welchem „America“ spricht Donald Trump da eigentlich? WILL dieser Mann überhaupt Präsident ALLER US-Amerikaner sein?

Midterm-Elections

Die im November 2018 in den USA abgehaltenen sog. „Midterm-Elections“ galten unter Politikwissenschaftlern und –Interessierten als lang erwartete Nagelprobe für die Politik des seit 2016 amtierenden US-Präsidenten. Nach zwei turbulenten ersten Jahren seiner Amtszeit erwarteten sich politische Beobachter Aufschluss über den tatsächlichen Rückhalt des US-Präsidenten bei der US-amerikanischen Wählerschaft.

Bei den sog. „Halbzeitwahlen“ werden traditionell u.a. alle Abgeordneten im Repräsentantenhaus, die Gouverneure von 36 Bundesstaaten (plus drei von den USA verwalteten Territorien) sowie ein gutes Drittel aller Senatoren neu gewählt. Daneben wird eine Vielzahl von regionalen Öffentlichen Ämtern in den jeweiligen Bundesstaaten neu besetzt. Die Midterm-Elections gelten demnach zu Recht als Gradmesser der Politik des jeweiligen Präsidenten.

Schon früh zeichnete sich für die Midterm-Elections 2018 ab, dass es diesmal zu einer hohen Wahlbeteiligung kommen würde: Zahlreiche Kampagnen zur Mobilisierung der Wählerschaft konzentrierten sich vor allem auf Erstwähler, Frauen, aber auch ethnische

Minderheiten. Sehr auffällig waren diesmal bereits vor der Wahl die Anzahl der Frühwähler, also jener Wahlberechtigten, die ihr Recht auf Briefwahl schon Wochen vor dem eigentlichen Urnengang am traditionellen zweiten Dienstag im November wahrnahmen. Über 38 Millionen Wähler, d.h. ein gutes Drittel aller Wahlberechtigten, machte schließlich 2018 von der Briefwahl Gebrauch. Es gab sogar Bundesstaaten, in denen die Anzahl der Frühwähler jene der Gesamtwähler der letzten Midterms (2014) bereits im Vorfeld überstieg (so z.B. in Arizona, Nevada oder Texas). Diese Beobachtungen ließen bereits lange vor dem eigentlichen Wahltag auf eine hohe Wahlendbeteiligung schließen.

Tatsächlich nahmen 2018 mehr als 113 Millionen US-Bürger an den Midterm-Elections Wahl teil. Es war dies die höchste Wahlbeteiligung seit Jahrzehnten, genauer gesagt seit 1966 und bedeutete in Zahlen eine Wahlbeteiligung von – für US-amerikanische Verhältnisse – enormen 48,1 Prozent bei Midterms.

Den Demokraten gelang es, durch einen Zugewinn von 40 Sitzen das Repräsentantenhaus zurückzuerobern. Sie hielten am Wahlabend bei 236 Abgeordneten – gegenüber 200 bei den Republikanern. Der Senat blieb in republikanischer Hand. Hier konnten die Republikaner ihren Vorsprung sogar noch um zwei Stimmen ausbauen. Insgesamt konnten die Demokraten einen Vorsprung von 8,6 Millionen Wahlberechtigten auf sich vereinigen.

Das Wahlergebnis selbst ist durch die 2018 noch vertieften politischen Gegensätze zwischen Stadt und Land rechnerisch erklärbar: Während der amtierende Präsident seine Stimmen zu einem überwiegenden Großteil im ländlichen Regionen einfahren konnte, bauten die Demokraten ihre Vorherrschaft in urbanen und suburbanen Räumen aus. Damit setzte sich die schon seit 2016 eklatante Polarisierung der US-amerikanischen Wahlbevölkerung fort. Ein ähnlicher Trend ist bei der Geschlechterverteilung bemerkbar: Mehr als 59 Prozent aller weiblichen Wähler wählten bei den Midterms 2018 demokratisch, während die Republikaner 56 Prozent der männlichen Wahlbevölkerung auf sich vereinigen konnten. Bei den Hispanics punkteten wiederum die Demokraten mit 40 Prozentpunkten Vorsprung, während die Republikaner bei den Weißen 10 Prozentpunkte mehr auf sich vereinigen konnten.

Die zentrale Frage, die man sich vor der Wahl gestellt hatte, war, ob es den Demokraten gelingen würde, eine sog. „Wave Election“ einzufahren, d.h. mit einem großen Wahlsieg eine grundsätzliche politische Richtungsänderung durch eben eine „politische Welle“ („Blue Wave“) zu erzwingen.

Noch am Wahlabend sah es zwar nach einem Sieg, nicht aber wirklich nach einer Trendumkehr aus. Donald Trump sprach am folgenden Tag gar von einem „Sieg“ seiner Partei und lenkte das Interesse der Medien schnell auf andere Themen. Die hohe Anzahl von Frühwählern jedoch, deren Wahlkarten am Wahlabend noch nicht vollständig ausgezählt waren, ließ den Vorsprung der Demokraten in den kommenden Wochen stetig weiter ansteigen.



„Historischer Sieg“ für die Republikaner in den Midterm-Elections: Donald Trump

Wochenlang hatten Politikwissenschaftler in den USA darüber diskutiert, ob es sich 2018 um einen „normalen“ Wahlsieg der Demokraten, oder vielleicht doch um eine „Blue Wave“ gehandelt hatte. Im Dezember lag der Vorsprung der Demokraten bereits bei 9,6 Millionen Wählerstimmen, was den historisch-höchsten Vorsprung aller jemals abgehaltenen Midterm-Elections bedeutete. Der Nachrichtensender CNN kommentierte die neuen Zahlen einen Monat nach den Midterms so: *Latest House results confirm 2018 wasn't a blue wave. It was a blue tsunami.*

Doch was bedeutet diese Midterm-Wahl nun für die US-amerikanische Tagespolitik, was für den amtierenden Präsidenten?

Ähnlich wie Barack Obama in seinen zwei ersten Amtsjahren konnte sich auch Donald Trump bislang auf beide Häuser des Kongresses stützen. Damit ist es jetzt vorbei. Mit der Rückeroberung des Repräsentantenhauses haben die Demokraten nun die Mittel, Donald Trumps Gesetzgebung empfindlich zu stören bzw. zu verhindern. Nicht verhindern können die Demokraten jedoch, dass der amtierende Präsident weiterhin Richter und Exekutivämter besetzt. Dazu würden sie den Senat benötigen, der weiterhin fest in republikanischer Hand ist. Die republikanische „Umfarbung“ der Gerichtsbarkeit bzw. Trumps Einflussnahme auf Nominierungen bei wichtigen Ämtern ist also auch in den nächsten zwei Jahren von demokratischer Seite aus nicht wirklich zu verhindern. Auch die Anstrengung eines Amtsenthebungsverfahrens („Impeachment“) ist angesichts der Mehrheitsverteilung im Senat zwar theoretisch möglich, praktisch aber aussichtslos.

Anders sieht es jedoch im Repräsentantenhaus aus. Durch die Übernahme aller Komitees in dieser Kammer steht der Opposition nun ein mächtiges Machtinstrument zur Verfügung. Hier wird sowohl über die Freigabe etwaiger Finanzmittel zum Bau der Mauer zu Mexiko entschieden, wie auch über Trumps Steuergesetzgebung oder etwa die Beibehaltung von „Obamacare“ (bzw. was davon noch übrig ist).

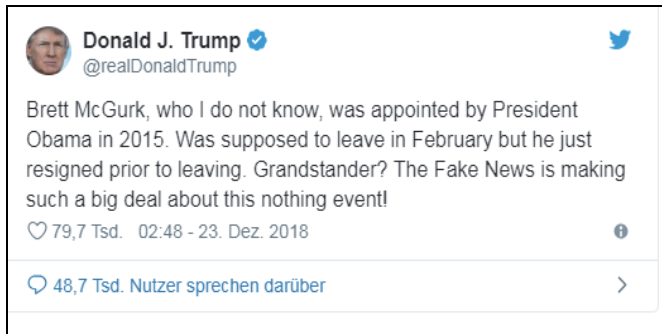
Syrien, Türkei und die Kurdenfrage

Am 19. Dezember verkündete der US-Präsident über seinen Twitter-Account die endgültige Niederlage der Truppen des Islamischen Staates (IS). Trump erklärte weiters, dass damit der einzige Grund der Anwesenheit US-amerikanischer Truppen in Syrien obsolet geworden sei und er an die schnelle Rückführung der etwa 2.000 US-Soldaten in die Heimat denke.

Das war insofern erstaunlich, als dass noch eine Woche zuvor Brett McGurk, seines Zeichens Anwalt, Diplomat und seit 2015 Sonderbeauftragter für die Internationale Allianz gegen den Islamischen Staat, versichert hatte, dass die Mission in Syrien nicht abgeschlossen sei und niemand diese für beendet erklärt habe.

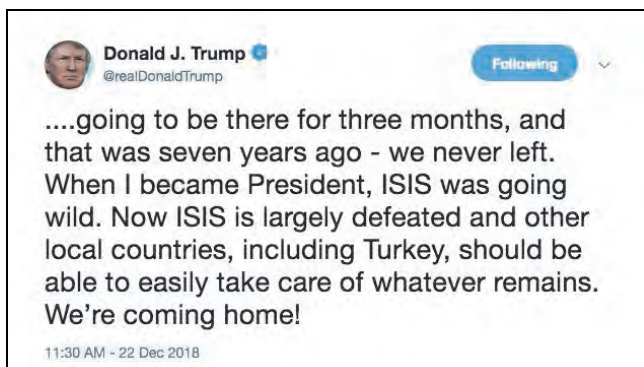
Unmittelbar auf die Trump'sche Rückzugsankündigung folgte nur zwei Tage später, am 21. Dezember 2018, die Ankündigung des türkischen Premiers Erdogan, mit seiner eigenen Offensive gegen die Demokratische Föderation Nordsyrien (DFNS) noch zuwarten zu wollen, bis die US-Truppen die Region verlassen hätten. Am gleichen Tag kündigte der bereits genannte US-Sonderberater Brett McGurk - von Trumps Ankündigung ebenso überrascht wie die übrige Welt - seinen Rücktritt mit Ende Dezember an. Laut New

York Times (NYT) sah sich McGurk schlichtweg nicht mehr in der Lage, unter diesen veränderten Umständen sein Amt länger auszuüben. McGurk via Email: "Die Entscheidung des Präsidenten war ein Schock. Sie war die totale Umkehr der Politik, die uns verkündet wurde. [...] Ich habe letztlich entschieden, dass ich die neuen Anweisungen nicht ausführen kann, ohne meine Integrität zu verlieren."



Trump's Reaktion auf den sich zu diesem Zeitpunkt bereits über drei Jahre im Amt befindlichen US-Diplomaten: Er, Trump, kenne McGurk nicht (was den US-Präsidenten jedoch nicht davon abhielt, seinen IS-Sondergesandten via Twitter als „Wichtigtuier“ zu verhöhnen). Wie Brett McGurk erging es vor allem auch den US-Verbündeten, die von der Nachricht des US-Abzuges vollkommen überrascht wurden und auch von Trump nicht vorgewarnt worden waren.

Die Welle internationaler Kritik, die daraufhin über dem US-Präsidenten zusammenbrach, ließ Trump nach der üblichen Medienschelte („Fake News“) peu à peu zurückrudern: Schon am 22. Dezember bezeichnete Trump den IS plötzlich nur noch als „weitestgehend besiegt“ („largely defeated“) und stellte fest, dass künftig die verbleibenden Verbündeten, allen voran die Türkei, in der Lage sein sollten, den militärischen „Rest“ zu erledigen.



McGurk war indes nicht das prominenteste Opfer dieser jüngsten Bauchentscheidung des US-Präsidenten in Syrien. Auch Verteidigungsminister Mattis warf endgültig das Handtuch.

Die Meldung über das Ausscheiden des Viersterne-Generals aus dem Kabinett Trump traf sowohl

Anhänger wie politische Gegner Trumps wie ein Keulenschlag: galt doch der umsichtige und loyale Marine als letzte Stimme der Vernunft in einem von personellen Dauerkrisen geschüttelten Weißen Haus.

Trump's Rückzugs-Entscheidung veränderte praktisch über Nacht die Koalitions-Landschaft auf dem syrischen Schlachtfeld: Bereits am 29. Dezember trafen sich der russische Außenminister Lawrow und sein türkischer Kollege Çavuşoğlu in Moskau. Die ehemaligen Gegner in Syrien vereinbarten nun plötzlich eine engere Kooperation: "Unter diesen neuen Bedingungen wollen wir an Land verstärkt zusammenarbeiten und so endgültig die terroristische Bedrohung bekämpfen" meinte nach dem Treffen der russische Außenminister wörtlich. Çavuşoğlu betonte, dass man nun zusammen die terroristischen Gruppen in Syrien bekämpfen wolle. Und genau hier begann das nächste Problem für Trump: Denn abseits des IS stehen hier auch Aufständische im türkischen Focus, die offiziell von den USA protegiert und unterstützt werden. Allen voran die kurdische YPG, die von der türkischen Armee als vermeintlicher Arm der in der Türkei verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK militärisch bekämpft wird.

John Bolton, Nationaler Sicherheitsberater von Donald Trump, bekräftigte Anfang Januar den Willen der US-Regierung zum Abzug aus Syrien, nannte allerdings die Bedingung, dies könne erst geschehen, wenn der Schutz der im Norden des Landes lebenden Kurden garantiert sei. Trump selber bekräftigte, der Abzug werde nicht abgeschlossen, bevor der „Islamische Staat“ völlig besiegt sei. Auf Nachfrage der Presse, wie lange das noch dauern könne, antwortete der US-Präsident mit Gelassenheit: „Es wird schnell gehen. [...] Der Iran hasst den IS mehr als wir, wenn das möglich ist. Russland hasst den IS mehr als wir. Die Türkei hasst den Iran vielleicht nicht ganz so sehr wie wir."

Trump's Sicherheitsberater Bolton, der sich auf eine Rundreise in der Region begab und in dieser auch Israel sowie die Türkei besuchte, sieht sie momentane Situation in Syrien nicht ganz so optimistisch wie der US-Präsident und schränkte ein: „Zeitpläne entstehen aus der Erfüllung von Bedingungen und aus der Schaffung von Umständen, die wir sehen wollen". Boltons Reise diene vor allem dem Zweck, unsichere Allianzpartner zu beruhigen. „Wir wollen den Schutz Israels und unserer anderen Freunde in der Region sicherstellen und wir wollen die beschützen, die gemeinsam mit uns den IS und andere Terrorgruppen bekämpft haben.“ Damit sind aber auch die Kurden angesprochen, die von den USA militärisch und wirtschaftlich unterstützt wurden und werden. Eine Garantie für die Kurdenmilizen lehnte die Türkei jedoch kategorisch ab – im Gegenteil: Das türkische Militär bereitet seit Wochen eine Offensive genau gegen die genannte YPG vor. Um ein konzertierteres Vorgehen in

der Syrienfrage sicherzustellen, wurde nun auch US-Außenminister Mike Pompeo in die Region beordert. Ab 9. Januar besuchte er Jordanien, Ägypten und Saudi Arabien.

Doch Trump, der ja bereits angefangen hatte, in der Abzugsfrage zeitlich zurückzurudern, legte am 13. Januar wieder ein „Schäufel“ nach: Falls die Türkei gegen die Kurden militärisch vorgehe, drohte er massiv mit „wirtschaftlicher Zerstörung“ des Landes. Daneben forderte er die Einrichtung einer 20 Meilen-Sicherheitszone, um die beiden Verbündeten zu trennen. Diese unverhohlene und im Rahmen der langjährigen NATO-Partnerschaft beispiellose Drohung Trumps blieb indes seitens der türkischen Regierung nicht unbeantwortet: Wie ein Sprecher des türkischen Präsidenten verlauten ließ, mache die Türkei auch in Zukunft keine Unterschiede zwischen der Terrorgruppe „IS“ und der kurdischen YPG: „Wir werden weiter gegen sie alle kämpfen!“ Auch der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu kritisierte Trump scharf, wies alle US-Drohungen zurück und stellte fest: "Strategische Partner sprechen nicht über Twitter und soziale Medien miteinander". Welcome to the club, Mr Çavuşoğlu !

Es wäre aber nicht Donald Trump, wenn tags darauf alles nicht wieder ganz anders gewesen wäre. Nur 24 Stunden nach seinem beispiellosen Türkei-Bashing stellte Donald Trump dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan plötzlich eine intensiverte wirtschaftliche Zusammenarbeit in Aussicht. Auf Twitter sprach Trump für die Weltöffentlichkeit (und wohl auch Herrn Erdoğan) völlig überraschend plötzlich von „großem Potential für einen bedeutsamen Ausbau“ der Beziehungen zwischen den beiden Staaten.

Schön is so ein Ringelspiel....das is a Hetz und kost net viel

Leider haben diese Liedzeilen des Ur-Wieners Hermann Leopoldi am Potomac nur begrenzt Gültigkeit. Mittlerweile ähnelt das Weiße Haus nicht nur einem von Leopoldis Karussellen im Wiener Prater – man hat unweigerlich das Gefühl, es handle sich hier eher um einen Pendlerbahnhof denn um das Zentrum der Macht der freien Welt.

Jüngstes prominentes Opfer war kein geringerer als der zurückhaltende und loyale General der Marines James N. („Jim“) Mattis. In seinem Rücktrittsschreiben formulierte es der scheidende 26. US-Verteidigungsminister so: „My views on treating allies with respect and also being clear-eyed about both malign actors and strategic competitors are strongly held

and informed by over four decades of immersion in these issues.[...] Because you have the right to have a Secretary of Defense whose views are better aligned with yours on these and other subjects, I believe it is right for me to step down from my position.“

Wer zwischen den Zeilen zu lesen vermag, weiß, dass dieser Mann über seine sicher hohen Grenzen persönlicher Loyalität hinaus dem unbedachten und oft irrationalen Treiben seines Präsidenten nicht mehr länger folgen und am Ende auch nicht mehr mit seiner Ehre als Marine vereinbaren konnte. Vor allem der Umgang mit langjährigen treuen Alliierten schien hier der Tropfen gewesen zu sein, der das Fass schließlich zum Überlaufen brachte.

Der Verschleiß des US-Präsidenten an Mitarbeitern ist derart hoch, dass man nach nur zwei Jahren Amtszeit Trump bereits leicht den Überblick verlieren kann. Allein im ersten Jahr seiner Amtszeit wurden 22 von 64 ranghohen Beamten des Weißen Hauses gefeuert oder reichten ihren Rücktritt ein – der höchste Aderlass seit 40 Jahren im entsprechenden Zeitabschnitt. Diese Liste beinhaltet freilich nicht die Kündigungen und Entlassungen der sonstigen Mitarbeiter des Weißen Hauses. Mittlerweile hat der Stabschef des Weißen Hauses immer mehr Probleme, geeignetes Personal zu bekommen. Und das betrifft freilich nicht nur die hochrangigen Beamten. Was sich unter normalen Umständen positiv in jeder vita ausmacht, ist unter Donald Trump zum Risikofaktor für den eigenen Lebenslauf geworden.

Aus Platzgründen seien in der hier folgenden Aufstellung daher nur die wichtigsten und prominentesten Personalrochaden in der US-Regierung der letzten zwei Jahre festgehalten:

Steven Kevin Bannon, Chefstrategie des Weißen Hauses. Amtszeit: August-Dezember 2016 Wahlkampfleiter, Januar-August 2017 Chefstrategie. Status: Gefeuert. Bemerkung: Gilt als politischer Ziehvater Trumps, den er über die Plattform „Breitbart News“ förderte. Was die mediale Opposition in den USA betraf, so äußerte sich Bannon 2017 in einem NYT-Interview wie folgt:

„Die hiesigen Medien sind die Oppositionspartei. Sie verstehen dieses Land nicht. Sie verstehen immer noch nicht, warum Donald Trump der Präsident der Vereinigten Staaten ist. [...] Die Medien sollten sich genieren, beschämt sein, ihren Mund halten und für eine Weile nur zuhören. [...] Die Medien verfügen über keinerlei Seriosität, Intelligenz und leisten keine harte Arbeit.“ Einen Tag darauf bekräftigte Donald Trump Bannons Aussage während eines CBN-Interviews.



Steven Kevin Bannon, 2017 Chefstrategie des Weißen Hauses

Bannon wurde von Trump im August 2017 mit dem Amtsantritt des neuen Stabchefs im Weißen Haus, John F. Kelly, ausgetauscht. Zu diesem Zeitpunkt hatte Trumps Schwiegersohn, Jared Kushner, bereits immer stärker Bannons Rolle an sich gezogen und folgte ihm schließlich als zentraler Berater seines Schwiegervaters nach. Wie sich 2018 herausstellte, waren Kushner und Donald Trump jr. von Bannon intern immer wieder wegen angeblicher Verbindung zu russischen Behörden bzw. wegen Geldwäsche kritisiert worden.

Gary David Cohn, Chef-Wirtschaftsberater. Amtszeit: 20. Januar 2017 - 2. April 2018. Status: Zurückgetreten. Bemerkung: Trat zurück, da er die Trump'sche Strafzollpolitik (Eisen und Stahl) nicht mittragen wollte.

James B. Comey, FBI-Director. Amtszeit: 4. September 2013 – 9. Mai 2017. Status: Gefeuert. Bemerkung: Unter Comey waren bereits vor Trumps Wahlsieg Untersuchungen bezüglich möglicher Russland-Verbindungen des Trump'schen Wahlkampfteams initiiert worden. Widersprach Trumps Anschuldigungen, die Obama-Administration habe ihn abhören lassen. Trump bezeichnete Comey nach seiner Entlassung als „Blender“ und „Angeber“ und warf ihm Destabilisierung des FBI vor. Schon zuvor hatte er Comey und das FBI via Twitter des Öfteren attackiert: Er bezeichnete die ihn betreffenden Russland-Untersuchungen als „vom Steuerzahler finanziert“ und als „Scharade“ bzw. „totaler Schwindel“. Trump drohte Comey via Twitter mit der Veröffentlichung von Tonbandaufnahmen ihrer Gespräche. Mehrere Wochen später betritt er öffentlich, zu wissen, ob solche Tonbandaufnahmen überhaupt existierten. Vom Geheimdienstausschuß des US-Senats am 8. Juni 2017

befragt, gab Comey zu Protokoll, von Trump persönlich zur Einstellung der Untersuchung gegen den früheren Sicherheitsberater Michael T. Flynn aufgefordert worden zu sein. Comey bezichtigte den US-Präsidenten in einem Interview vor einem amerikanischen Millionenpublikum der Lüge, was seine wahren Entlassungsgründe betraf: „Die Regierung hatte beschlossen, mich, und noch wichtiger: das FBI herabzuwürdigen. Sie sagten, die Organisation sei in Auflösung und schlecht geführt. Das waren Lügen, einfach und simpel.“

Sebastian Lukács Gorka, Präsidentenberater, Terrorspezialist. Amtszeit: ? – 25. August 2017. Status: Gefeuert. Bemerkung: Gorka selbst behauptet, zurückgetreten zu sein. Kontakte zur extremen rechten Szene („Alt-Right“). Verschwörungstheoretiker.

Michael Thomas Flynn, Nationaler Sicherheitsberater. Amtszeit: 22. Januar 2017 – 13. Februar 2017. Status: Zurückgetreten.



Michael („Mike“) Flynn, Trumps erster Nationaler Sicherheitsberater, mußte nach nur wenigen Tagen im Amt seinen Rücktritt einreichen.

Bemerkung: Gegen den ehemaligen Army-Offizier und Chef des militärischen Nachrichtendienstes Defence Intelligence Agency (DIA) wurden vom FBI kurz nach Trumps Amtsantritt im Januar 2017 Ermittlungen

aufgenommen, die sich um von ihm nicht angegebene Kontakte zu russischen staatlichen Dienststellen drehten. Am 26. Januar wurde das Weiße Haus von der damals amtierenden kommissarischen Leiterin des Justizministeriums, Sally Yates, über die daraus resultierende Möglichkeit der Erpressbarkeit des neuen Nationalen Sicherheitsberaters informiert. Wie das FBI herausfand, hatte Flynn bereits 2016 im Rahmen seiner Sicherheitsüberprüfung im Pentagon bewusst falsche Angaben zu seinen Russlandkontakten gemacht. Selbst nach seinem Ausscheiden aus dem Kabinett weigerte sich Flynn zunächst, vor dem Geheimdienstausschuss des Senats auszusagen. Im November 2017 jedoch wurde jedoch bestätigt, dass Flynn ab nun mit dem FBI und Sonderermittler Robert Mueller zusammenarbeite. Er bekannte sich mittlerweile der Falschaussage vor dem FBI sowie der verbotenen Geldannahme (530.000 US\$) und Lobbyistentätigkeit für die türkische Regierung Erdogan für schuldig. Urteil und Strafmaß standen bei Redaktionsschluss noch aus.

Hope Charlotte Hicks, White House Communications Director. Amtszeit: August 2017 – 29. März 2018. Status: Zurückgetreten. Bemerkung: Ließ in einer abschließenden Befragung durch ein Kongresskomitee durchblicken, dass sie öfters Notlügen („white lies“) für Trump benutzen musste. Wechselte zu Fox News.

John F. Kelly, Stabschef des Weißen Hauses. Amtszeit: 31. Juli 2017– 2. Januar 2019. Status: Gefeuert. Bemerkung: Ehemaliger General des USMC. Hatte im Sommer 2017 Reince Priebus abgelöst und davor den Posten des Ministers für Innere Sicherheit bekleidet. Versuchte durch Einrichtung eines selektiven Zugangs zum Präsidenten Ordnung im Weißen Haus einkehren zu lassen, was an der „Spontanität“ des US-Präsidenten aber wenig änderte. Im Laufe des ersten Halbjahres 2018 dann starker gegenseitiger Vertrauensverlust. Wurde von Trump am 8. Dezember gefeuert. Nachfolger wurde der bisher als Direktor des Amtes für Verwaltung und Haushalt amtierende John Michael Mulvaney. Mulvaney ist nun bereits der dritte Stabschef Trumps innerhalb von nur zwei Jahren Amtszeit.

Paul Manafort, Lobbyist, Wahlkampfmanager Trumps. Amtszeit: März-August 2016. Status: Offiziell Gefeuert, aber seit November 2016 weiterhin Beratertätigkeit für Trump. Bemerkung: Manafort hatte den Wahlkampf von Trump mehrere Monate geleitet, bis er aufgrund undurchsichtiger Geldflüsse als pro-russischer Ukraine-Lobbyist zurücktreten mußte. Wird vom FBI verdächtigt, bei den vermuteten Russland-Kontakten des Trump-Wahlkampfteams rund um die Email-Affäre

Clinton eine zentrale Rolle gespielt zu haben. Wurde wegen Bankbetrugs und zahlreicher Steuerdelikte am 21. August 2018 in acht von 18 Anklagepunkten schuldig gesprochen. Einigte sich im Zuge eines weiteren Prozesses im September 2018 auf einen deal mit der Staatsanwaltschaft bzw. dem FBI („plea bargain“). Arbeitet ab sofort mit dem Sonderermittlerteam des FBI rund um Robert Mueller III. zusammen. Seinen Aussagen kann entscheidende Bedeutung für die Gesamtermittlung zukommen, da es sich mit Manafort um den zentralen Insider aller Wahlkampfaktivitäten Trumps handelt.

Robert Roger Porter, White House Staff Secretary. Amtszeit: 20. Januar 2017 – 7. Februar 2018. Status: Zurückgetreten. Bemerkung: Der Trump-Berater musste unter großem medialen Druck seinen Hut nehmen, nachdem ihm beide seiner Ex-Frauen eheliche Gewalt und Psychoterror vorgeworfen hatten.

Dina Powell, Nationale Sicherheitsberaterin für Strategie, Wirtschaftsexpertin. Amtszeit: Januar 2017 – Januar 2018. Status: Zurückgetreten. Bemerkung: Wechselte zurück in die Finanzbranche.

Tom Price, Gesundheitsminister. Amtszeit: 10. Februar 2017 – 29. September 2017. Status: Zurückgetreten. Bemerkung: Stolperte über seine Reisekostenabrechnung und Dienstreisen, der er z.T. privat nutzte.

Reince Priebus, Stabschef im Weißen Haus. Amtszeit: Januar-Juli 2017. Status: Gefeuert. Bemerkung: Zeigte zu wenig Durchsetzungsvermögen. Wurde von Trump via Twitter gefeuert.

Lt-Gen Herbert Raymond McMaster, Nationaler Sicherheitsberater. Amtszeit: 15. März 2017 – 9. April 2018. Status: Gefeuert. Bemerkung: Trump in Hochform: McMaster war die sechste Personalrochade in nur sechs Wochen. Wurde durch Bolton ersetzt.

Mira Ricardell, stellv. Sicherheitsberaterin des Präsidenten. Amtszeit: Mai – November 2018. Status: Von Melania Trump gefeuert. Bemerkung: Nach Auseinandersetzungen mit der First Lady, Melania, im Zuge der ersten Solo-(Afrika)-Reise der Präsidentengattin, wo es u.a. um organisatorische Fragen wie etwa die Verteilung der Sitzplätze in der Maschine ging, ließ ein Sprecher des Büros der

Präsidentengattin am 13. November verlautbaren: "It is the position of the Office of the First Lady that she [Ricardel] no longer deserves the honor of serving in this White House". Bereits am nächsten Tag kam Donald Trump dem Wunsch seiner Gattin nach und feuerte Ricardel. Sarah Sanders, Sprecherin des Weißen Hauses, gab bekannt, Ricardel werde nach Verlassen des Weißen Hauses eine „neue Rolle“ in der Administration wahrnehmen.

Anthony Scaramucci, Kommunikations-Direktor des Weißen Hauses. Amtszeit: 22.-31. Juli 2017. Status: Wurde noch vor seiner Ernennung gefeuert. Bemerkung: Setzte Journalisten unter Druck und beschimpfte Stabschef Reince Priebus und Chefstrategie Steve Bannon auf unflätigste Weise. Musste nach der Veröffentlichung der entsprechenden Zitate seinen Hut nehmen.

Jefferson Beauregard („Jeff“) Sessions III, Justizminister. Amtszeit: 9. Februar 2017- 7. November 2018. Status: Gefeuert. Bemerkung: Früherer Senator von Alabama. Wegen rassistischer Äußerungen wurde ihm 1986 die Laufbahn eines Bundesrichters verwehrt. War einer der frühesten Wahlstrategen von Donald Trump. Seine Strategie: Die Arbeiterklasse, ohne deren Stimmen er keine Chance für Trump sah, gegen die Einwanderer zu mobilisieren. Wurde unter Trump trotz eines offenen Briefes von 1.400 Iura-Professoren (!) und dem Protest von fünf US-Generalstaatsanwälten 2017 zum Justizminister bestellt.



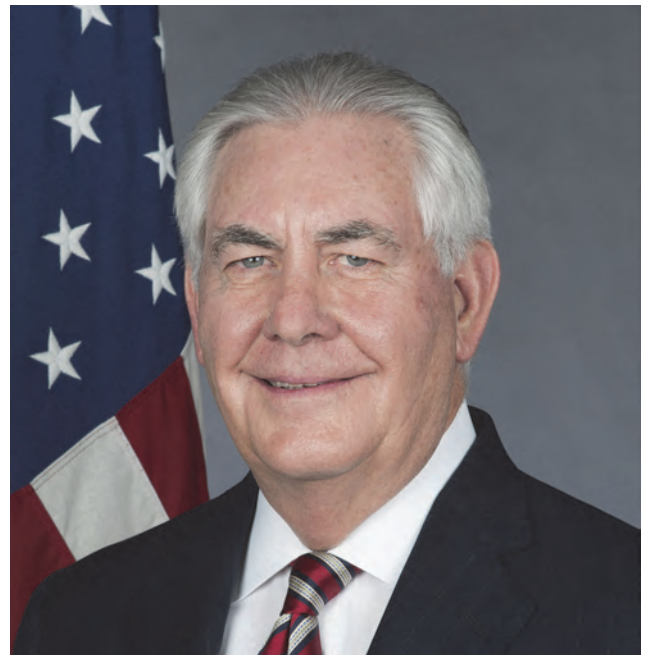
Erfüllte für Donald Trump nicht die in ihn gesetzten Erwartungen: Justizminister Jeff Sessions

Zog sich bald aus den Ermittlungen im Rahmen der Russland-Affaire zurück, was ihm Trump übelnahm, der wohl gehofft hatte, Sessions würde Sonderermittler Robert Mueller III als direkter Vorgesetzter einfach stoppen können. Senatoren aus den eigenen

republikanischen Reihen äußerten sich bereits Mitte 2017 über dieses offensichtliche Ansinnen Trumps äußerst kritisch. Trump startete daraufhin mehrere Versuche, Sessions in Mißkredit zu bringen, wurde aber u.a. von der eigenen Partei dabei stark kritisiert, so z.B. von Senator Ben Sasse (Nebraska), der vor allem die Unabhängigkeit der Justiz unangetastet sehen wollte und Trump ausrichten ließ, die USA seien keine „Bananenrepublik“. Am Tag nach den Midterms erklärte Sessions auf Druck Trumps schließlich doch seinen sofortigen Rücktritt. Ihm folgte Mathew J. Whitaker, ein großer Kritiker von Sonderermittler Robert Mueller, als neuer Justizminister nach. Gegen seine Berufung (und die Entlassung Sessions) gab es landesweite Demonstrationen und Proteste.

David Shulkin, Veteranenminister. Amtszeit: 13. Februar 2017- 28. März 2018. Status: Gefeuert. Bemerkung: Laut Weißem Haus trat er zurück. Shulkin selbst wusste nur nichts davon und wurde so von seinem eigenen Rücktritt überrascht.

Sean Spicer, Sprecher des Weißen Hauses. Amtszeit: Januar 2017-Juli 2017. Status: Zurückgetreten. Bemerkung: Trat wegen der Ernennung von Scaramucci zum Kommunikations-Direktor des Weißen Hauses zurück. Wurde durch Sarah Huckabee Sanders ersetzt.



Rex Tillerson, Außenminister 2017-2018

Rex Tillerson, Außenminister. Amtszeit: 1. Februar 2017 – 31. März 2018. Status: Gefeuert. Bemerkung: Nach Kritik an Russland aufgrund des Giftanschlags auf Sergei Skripal („wahrhaft ungeheure Tat“) von Trump

entlassen und durch Mike Pompeo ersetzt. Erfuhr über Twitter von seiner Entlassung

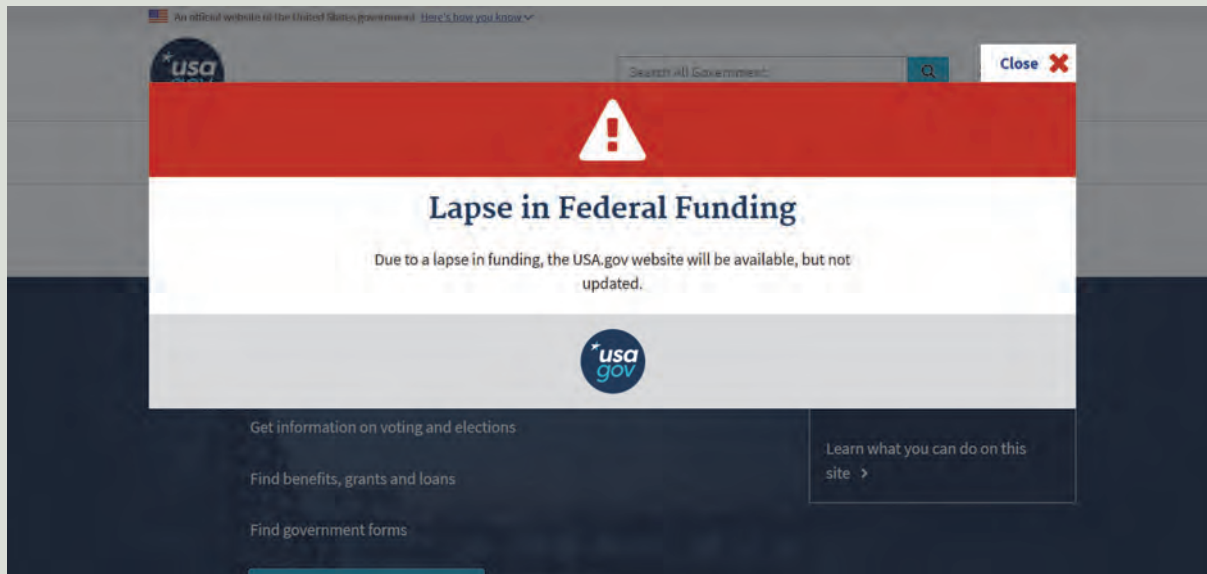
Sally Yates, geschäftsführende Justizministerin. Amtszeit: 20. Januar 2017 – 30. Januar 2017. Status: Gefeuert. Bemerkung: Sollte als Platzhalterin fungieren, bis Jeff Sessions angelobt sein würde. Nach nur 10 Tagen im Amt von Trump gefeuert, da sie Trumps Executive Order 13769 vom 27. Januar 2017, mit der muslimischen Bürgern mehrerer Staaten die Einreise in die USA verwehrt werden sollte, als frühere Bundesstaatsanwältin für nicht rechtmäßig hielt und dies im Justizministerium, dem sie zu diesem Zeitpunkt formell vorstand, auch kundtat. Gilt mitunter als das erste prominente Opfer Trumps.

Ryan Zinke, Innenminister. Amtszeit: 1. März 2017 – 31. Dezember 2018. Status: Gefeuert. Bemerkung: Machte Ende 2017 mit seinem Plan Schlagzeilen, das Einfuhrverbot von Elfenbein in die USA aufheben lassen zu wollen. Zinke, selbst passionierter Großwildjäger, begründete das u.a. mit schönen Kindheitserinnerungen an die Jagd. Wurde von Trump dabei unterstützt. Nach Shitstorm in allen Medien gab Trump zwei Tage später an, sich vorerst noch einmal informieren zu wollen und zog zurück. Ohne jede Presseinformation hob Trump im Oktober 2018 das Einfuhrverbot von Elefantentrophäen dann auf. Zinke bereiste im August 2018 aufgrund der dort wütenden katastrophalen Großbrände Kalifornien und behauptete, nicht der Klimawandel, sondern die Umweltaktivisten seien für die Brände verantwortlich zu machen, da sie gegen die Abholzung der Wälder eintreten würden. Wegen u.a. finanziellen Unregelmäßigkeiten und vermutetem Amtsmissbrauch im Rahmen eines Grundstücksentwicklungsprojektes in seinem Heimatort Whitefish und vieler teurer Reisen wurden von der Staatsanwaltschaft schließlich Ermittlungen aufgenommen. Bevor die Ermittlungen abgeschlossen werden konnten, schied Trump Ende 2018 Zinke aus der Regierung aus. Mit zweijähriger Amtszeit einer der am längsten dienenden Beamten der Administration Trump.

Felix Schneider

Government-Shutdown

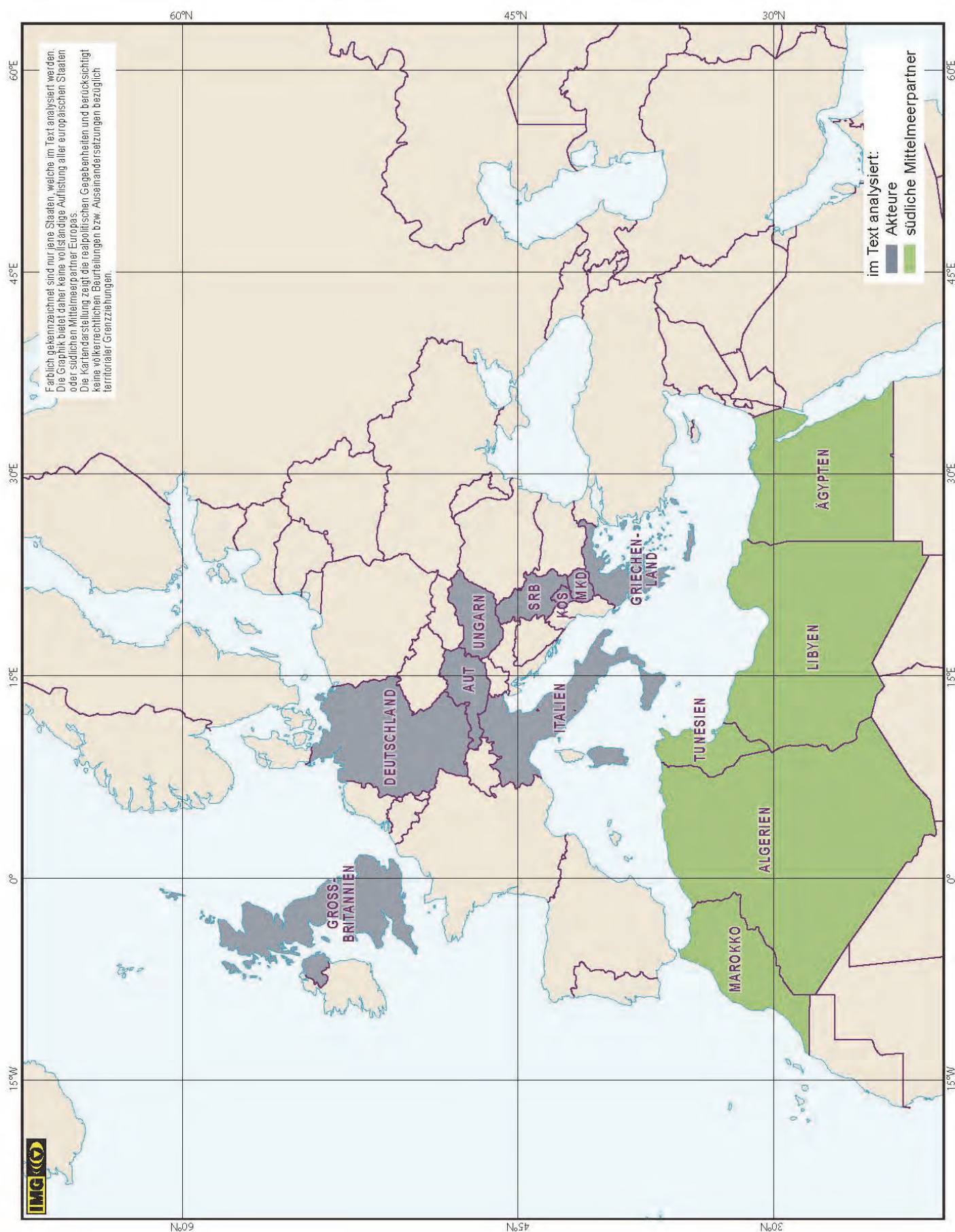
Unter Government-Shutdown (Haushaltssperre) versteht man die Stilllegung eines Großteils der US-Bundesverwaltung. Zum Hintergrund: Der Kongress muss die zur Aufrechterhaltung des US-Staatshaushaltes benötigten Gelder per Gesetz am 1. Oktober beschließen oder zumindest verlängern, um die Finanzierung des neuen Haushaltsjahres zu sichern. Kommt es durch den Kongress weder zu einem Gesetzesbeschluss noch zu einer Verlängerung des bestehenden Haushaltes, tritt der sog. „Shutdown“ in Kraft, denn die US-amerikanische Verfassung schreibt vor, dass der Staatskasse Finanzmittel „nur aufgrund gesetzlicher Bewilligungen entnommen werden“ darf. Nur die wichtigsten staatlichen Institutionen arbeiten dann weiter, gut ein Viertel aller Staatsbediensteten werden nach Hause geschickt.



Auch die Website der US-Regierung ist vom momentanen Shutdown betroffen: Keine Updates!

Seit dem 3. Januar 2019 dauert der bislang längste jemals zugelassene Shutdown der US-Geschichte bei Redaktionsschluss dieses Artikels (15. Januar) noch an. Mehr als 800.000 Bundesbeschäftigte sind von dem Shutdown betroffen, davon mussten 380.000 in unbezahlten Urlaub geschickt werden, während der Rest vorerst ohne Bezahlung weiterarbeitet, da ihre Positionen als unverzichtbar klassifiziert wurden. Grund für den Shutdown ist die von den Demokraten im Repräsentantenhaus verweigerte Freigabe von mehr als 5 Milliarden US\$ zum Bau eines Teils der Mauer zu Mexiko, einem der wichtigsten Wahlversprechen Donald Trumps, in den Augen der Demokraten jedoch Geldverschwendung. Irritation am Rande: Zum Zeitpunkt der Fertigstellung vorliegenden Beitrages hatte der Schaden, welcher der US-Wirtschaft durch den (bisher) 25-tägigen Mega-Shutdown entstand, die 5-Milliarden \$-Grenze schon bei weitem überschritten. Vor allem betroffen sind tausende Dienstleistungsunternehmen und Freiberufler, die auf staatliche Gelder bzw. Aufträge angewiesen sind und die auch keine realistische Möglichkeit haben, den Verdienstentgang einzuklagen. Die ausstehenden Gehälter der Staatsdiener werden indes nach Ende der staatlichen Blockade nachgezahlt.

Falls es zu keiner Einigung kommt, könnte der US-Präsident den Shutdown perpetuieren, auch auf Jahre hinaus (was Trump bereits androhte) oder aber aufgrund der Gefährdung der Nationalen Sicherheit den Notstand ausrufen. Im letzten Fall wäre er befugt, die Mauer zu Mexiko auch ohne die Zustimmung des Kongresses bauen zu lassen. Ob Trump den Shutdown zum Showdown mit den demokratischen Institutionen missbraucht, bleibt abzuwarten.



Europa und die EU

Brexit: Ergebnis bleibt offen

Großbritanniens Parteien – vor allem die Tories und die Labour-Party – bleiben in der Frage, wie und ob ein Brexit-Deal mit der EU vollzogen werden soll, weiterhin äußerst gespalten. Am 9. Juli 2018 erklärten David Davis als Brexit-Minister und Boris Johnson als Außenminister ihre Rücktritte. Kurz zuvor hatte Johnson Warnungen der Firmen Airbus, BMW und auch Land Rover/Jaguar vor einem harten Brexit mit: „Fuck business!“ kommentiert. In seinem Rücktrittsbrief erklärte Johnson: „Der Brexit-Traum stirbt, erstickt von unnötigen Selbstzweifeln.“ Beide Brexit-Hardliner traten aufgrund eines Regierungsbeschlusses vom 6. Juli 2018 zurück, wonach sich Großbritannien um einen möglichst weichen Ausstieg aus der EU („soft Brexit“) bemühen wolle, der vor allem eine harte Grenzziehung zwischen der Republik Irland und Nordirland verhindern solle. Alles deutete seither dennoch auf eine schmerzhaft Scheidung zwischen Großbritannien und der EU hin. Nachfolger von Davis wurde der bis zu diesem Zeitpunkt amtierende Staatssekretär Dominic Raab, Jeremy Hunt folgte Johnson als Außenminister nach. US-Präsident Donald Trump goss während seines Besuches in Großbritannien Mitte Juli noch Öl ins Feuer, als er Premierministerin Theresa May empfahl, sie solle die EU vor Gericht verklagen und nicht in Verhandlungen eintreten. Diese „Empfehlung“ von Trump wies May jedoch entschieden zurück.

Eine große Niederlage erlangte Premierministerin May beim informellen Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs am 21. September 2018 in Salzburg. May stellte ihren „Chequers-Plan“ vor, der einen gemeinsamen Binnenmarkt nur für Waren vorsieht. Die EU-27 lehnte ihren Vorschlag als Rosinenpickerei ab. May bezeichnete das Vorgehen der EU-27 daraufhin als „inakzeptabel“ und forderte „eine genaue Klärung und Gegenvorschläge“. Entweder gebe die EU nach oder es folge ein „Hard Brexit“ – also kein Abkommen. May werde weder das Ergebnis der Brexit-Volksbefragung rückgängig machen noch ihr Land auseinanderbrechen lassen. Damit nahm May Bezug auf den sogenannten „Backstop“, der als allerletzte Lösung vorsieht, dass nur die britische Provinz Nordirland in der Zollunion mit der EU verbleibt. So wäre zwar eine inner-irische De-facto-Grenze vermieden, jedoch würde eine neue Grenze zwischen Nordirland und dem Rest Großbritanniens entstehen. Gerade diesen Punkt lehnen die Brexit-Hardliner ab, so auch der Koalitionspartner der Tories, die nordirische DUP (Democratic Unionist Party): „Der Backstop muss weg.“

Der Brexit-Vertragstextentwurf, der zwischen Großbritannien und der EU ausverhandelt wurde, umfasst 585 Seiten. Nordirland soll demnach bis Ende 2020 fast unverändert im gemeinsamen EU-Binnenmarkt bleiben. Ausschließlich tierische Produkte und Lebewesen, die nach Nordirland eingeführt werden, würden an nordirischen See- und Flughäfen kontrolliert werden, um die Lebensmittelsicherheit zu garantieren. Sonstige Waren, die von der britischen Hauptinsel nach Nordirland transportiert würden, sollten lediglich eine elektronische Erklärung benötigen bzw. einen gescannten Strichcode am Container. In dieser zeitlichen Periode würde ganz Großbritannien Teil der Zollunion mit der EU bleiben, d.h. London müsste genauso hohe Außenzölle einheben wie die EU, die jedoch in diesem Fall in das britische Budget fließen. Zudem müsste Großbritannien dieselben handelspolitischen Instrumente wie Anti-Dumping oder Strafzölle einsetzen wie die EU. Daraus folgt, dass Großbritannien bis zur endgültigen Lösung der Nordirland-Frage keine eigenen Freihandelsabkommen schließen könne – die EU hätte nach wie vor ein Veto. Bis zum 1. Juli 2020 müssten sich Großbritannien und die EU also einigen,

- wie der gegenseitige Zugang zu Fischfanggebieten geregelt werden soll. Diese besonders für Frankreich, Irland, die Niederlande und Dänemark äußerst relevante Frage wurde vorerst im Brexit-Abkommen ausgespart.
- Zudem muss eine dauerhafte politische und wirtschaftliche Lösung betreffend Nordirland ausverhandelt werden, sonst tritt der „Backstop“ in Kraft. Das würde eine faktische Grenze für Waren zwischen Nordirland und dem Rest Großbritanniens bedeuten, Nordirland würde somit weiterhin in der Zollunion mit der EU bleiben.
- Weiters geklärt werden müsste auch die Frage der Personenfreizügigkeit für die ca. drei Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger in Großbritannien und die mehr als eine Millionen Britinnen und Briten in der EU.
- Die britischen Gerichte müssten auch nach dem Ende jeder Übergangsfrist an die Urteile des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) gebunden sein, sofern diese jene Fragen betreffen, die das Brexit-Abkommen betreffen. Die Judikatur des EuGH müsste in britischen Richtersprüchen so angewendet werden, dass die Interpretation und Anwendung des EU-Rechts auf gleiche Weise erfolgt wie in der EU selbst.

Gleich zwei Rücktritte aufgrund dieses Vertragsentwurfes erfolgten Mitte November 2018 von Brexit-Minister Dominic Raab sowie von Nordirland-

Staatssekretär Shailesh Vara. Ein Rücktritt vom Brexit wiederum wäre jedoch theoretisch noch möglich: dazu würde nur ein Regierungsbeschluss aus London ausreichen, dem die 27 EU-Mitgliedstaaten letztlich folgen könnten. Derzeit sieht es jedoch nach einem „Hard Brexit“ aus. Premierminister May hat mit großen Widerständen in der eigenen Partei gegen einen „Soft Brexit“ zu rechnen, ebenso wird sie vom Labour-Chef Jeremy Corbyn betreffend das Verhandlungsergebnis mit der EU torpediert. Die Labour-Partei zeigt sich wie die Tories in Hinblick auf das Brexit-Procédere äußerst gespalten. Nach einem Gutachten des Generalanwaltes des EuGH, Manuel Campos Sánchez-Bordona, könnte Großbritannien das Austrittsgesuch einseitig zurückziehen und den Brexit ausfallen lassen. Ursprünglich ist im Artikel 50 des EU-Vertrages in der Fassung von Lissabon ein „Rückzieher“ vom Austritt nicht vorgesehen. Zudem müsste für einen Rückzug des Austrittsgesuches das britische Unterhaus das seit Juni 2018 in Kraft getretene Austrittsgesetz ändern, das den 29. März 2019 (Mitternacht) als Austrittsdatum fixiert. Dafür existiert im Unterhaus derzeit keine Mehrheit – abgesehen davon, dass das Unterhaus tief gespalten bleibt. Am 11. Dezember 2018 wurde eine ursprünglich geplante Brexit-Abstimmung von Premierministerin May verschoben, einer neuen Brexit-Volksbefragung oder -abstimmung erteilte May eine Absage: „Dies würde das Land erneut spalten.“ EU-Ratspräsident Donald Tusk stellte klar: „Wir werden keine Neuverhandlungen des Deals führen. Aber wir sind bereit, darüber zu sprechen, wie wir seine Ratifikation in Großbritannien erleichtern können.“

Streitpunkt während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft: Migration

Unter dem Motto „Ein Europa, das schützt!“ versuchte die österreichische EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2018 Lösungsvorschläge zur Beantwortung der Migrationsfrage zu unterbreiten. Folglich sollte aus Sicht des Bundeskanzlers Sebastian Kurz (ÖVP) und des Vizekanzlers Heinz-Christian Strache (FPÖ) „das Vertrauen in die EU wieder gestärkt“ und auch sichergestellt werden, „dass die EU ihre großen Aufgaben lösen kann.“ Die Migrationsfrage stand auch im Zusammenhang mit der Forderung der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft, das Subsidiaritätsprinzip zu stärken. So erklärte das Bundeskanzleramt: „Die EU soll in großen Fragen (z.B. Außengrenzschutz) groß sein und sich in kleinen Fragen zurücknehmen, in denen die einzelnen Regionen und Mitgliedstaaten selbst bessere Lösungen finden können.“

Mit den Schwerpunktthemen „Kampf gegen die illegale Migration“ und den „Schutz der EU-Außengrenzen“

sollte aus Sicht Österreichs vor allem ein EU-weiter Rahmen geschaffen werden mit dem Ziel, Migration in die EU wirksam und nachhaltig zu steuern. Ziel der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft war es auch, die Mittelmeeroute für Migranten zu schließen und eine gemeinsame Regelung zu schaffen, mit der Migranten an der Weiterwanderung innerhalb der EU gehindert würden. Sollte demnach es jedoch zu keiner Verständigung kommen, werden, so Bundeskanzler Kurz, sowohl Deutschland als auch Österreich Maßnahmen setzen müssen, „die zu einer faktischen Durchsetzung dessen führen, was heute eigentlich europäisches Recht sein sollte.“

Österreich hatte sich während der EU-Ratspräsidentschaft zwar zum Ziel gesetzt, ein Brückenbauer zu sein. Nationale Alleingängen scheinen jedoch gerade beim Thema Migration unvermeidbar, hatte doch Deutschland gleich zu Beginn des österreichischen Vorsitzes alleinige Maßnahmen gegen Sekundärmigration angekündigt.

Die Europäische Kommission hielt damals eine Lösung der Migrationsfrage nur dann für möglich, wenn zuvor alle rechtlichen Voraussetzungen für einen EU-Außengrenzschutz und für die Errichtung von „regional disembarkation platforms“ bzw. Auffanglagern („Anlandezentren“ oder „Ausschiffungsplattformen“) außerhalb der EU geschaffen würden – wie auf dem EU-Gipfel von Brüssel Ende Juni 2018 vereinbart. Bundeskanzler Kurz äußerte stets Verständnis für die Vorbehalte der Visegrád-4 in Hinblick auf die Aufnahme von Flüchtlingen. Nun war es Ziel des österreichischen EU-Vorsitzes, eine Lösung zu finden, die eine ausreichende freiwillige Aufnahme garantiert. Italien und Griechenland wollen keinem Kompromiss zustimmen, der sie nicht ausreichend entlastet. Abseits offizieller Diskussionspunkte schien ein Vorschlag an Bedeutung gewinnen, der äußerst informell von Ministern und Mitarbeiterstäben zunächst besprochen und abgetastet wurde: die Einführung sogenannter „kontrollierter Asylzentren“ an den Innengrenzen der Schengen-Staaten, mit denen Sekundärmigration bewältigt werden soll. Die Umsetzung derartiger Zentren auf „rein freiwilliger Basis“ war jedoch nicht zu realisieren, kein EU-Mitgliedstaat hatte sich dafür ausgesprochen.

Was die Schaffung von „Anlandezentren“ betrifft, lehnten die Regierungen Marokkos, Algeriens, Libyens, Tunesiens und Ägyptens die Errichtung derartiger Einrichtungen auf deren Territorien ab. Libyens Außenminister Mohammed Syala setzt vor allem auf Vereinbarungen, die Libyen mit dem Tschad, Niger und Sudan getroffen hat, um die libysche Südgrenze zu schützen: „Dort beginnt eigentlich auch die europäische Grenze, nicht erst im Mittelmeer.“ Libyen, so Syala, benötige dazu „Landcruiser, Drohnen, Hubschrauber,

vielleicht ein paar leichte Waffen.“ Die italienische Regierung gab bereits Libyen Schiffe zur Kontrolle der Küstengewässer. Zudem trainierten italienische, deutsche und britische Spezialisten die libysche Küstenwache, „die nun auch besser als früher ist. [...] Auch deshalb hat sich die Zahl der Ankömmlinge in Europa verringert.“ Libyen kann – abgesehen vom gegenwärtigen Handlungslimit der von der UNO anerkannten Regierung in Tripolis – kein Flüchtlingsabkommen mit der EU wie zwischen der Türkei und der EU abschließen: „Wir haben eine andere Perspektive als die Europäer: Libyen hat die Genfer Flüchtlingskonvention nicht unterschrieben. Unserem Gesetz nach ist illegale Immigration ein Verbrechen, das geahndet werden muss“, erklärte Syala. Auch Ägyptens Parlamentspräsident Ali Abd al-Aal sowie Außenminister Samih Shukri erklärten, dass die Errichtung von EU-Auffangslagern in Ägypten gegen ägyptisches Recht verstoßen würde. Tunesiens Premierminister Youssef Chahed hat derartige Konzepte ebenso strikt abgelehnt wie die Regierungen von Mali und dem Sudan. Die Frage der „Anlandezentren“ wurde somit einzig und allein aus europäischen Bedürfnissen und Wünschen heraus diskutiert, die unmittelbar betroffenen afrikanischen Staaten stimmten nicht zu, dass über ihre Köpfe hinweg über die Errichtung von Auffangzentren von EU-Ländern entschieden wird.

Anfang Juli 2018 verkündeten Deutschlands Innenminister Seehofer sowie Österreichs Bundeskanzler Kurz und Vizekanzler Strache die Absicht, die Mittelmeerroute zu schließen. Bei einem Ministertreffen am 12. Juli in Innsbruck sollte Italien dazu gebracht werden, abgewiesene Migranten aus Mitteleuropa zurückzunehmen. Seehofer und Kurz beabsichtigten zudem, den Druck auf Italien zu erhöhen, um Flüchtlinge zurückzunehmen, die nach Deutschland wollen. Es geht vor allem dabei um Sekundärmigranten. Im Juni hatte bereits Italiens Innenminister Matteo Salvini die Häfen von Italien für private Seenotretter sperren lassen, im Juli wurde auch staatlichen Schiffen mit geretteten Migranten an Bord ein Hafenverbot erteilt. Italiens Ministerpräsident Giuseppe Conte forderte daraufhin in einem Brief an die Staats- und Regierungschefs der EU „ein klares Zeichen“ für eine Lastenaufteilung innerhalb der EU. Im Juli stellte die italienische Regierung die EU-Operation EUNAVFOR Med „Sophia“ in Frage, also jene Operation, in der die EU-Mitgliedstaaten seit 2015 auch ihren Kampf gegen Schlepper koordinieren. Italiens Außenminister Enzo Moavero Milanesi teilte in einem Schreiben an die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, mit, dass Italien nicht mehr weiter akzeptieren wolle, dass Schiffe der „Sophia“ gerettete Migranten in italienische Häfen bringe. So wurde am 20. Juli die „Sophia“

zunächst eingestellt. Im Fall einer Weiterführung dieser Operation müssten die Migranten von italienischen Häfen aus auf weitere EU-Mitgliedstaaten aufgeteilt werden. Spaniens Außenminister Josep Borrell forderte wie Italien einen EU-Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge, so würde auch Spanien Häfen für Rettungsschiffe öffnen.

Im Gegensatz zum EU-Gipfel in Brüssel Ende Juni finden sich in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 18. Oktober 2018 die Begriffe „Ausschiffungsplattformen in Nordafrika“ oder „kontrollierte Asylzentren“ nicht mehr. Mit der „verpflichtenden Solidarität“ versuchte Bundeskanzler Kurz zwar, die festgefahrene Lage in der Frage zu entkrampfen, wer im Weg eines Quotensystems wie viele Asylwerber aufzunehmen motiviert werden soll. Fazit: In den wesentlichen Fragen einer Migrationspolitik bleibt in der EU nach wie vor alles offen. Die Verschleppung zukunftsweisender Entscheidungen wird zudem dadurch begünstigt, dass es im Sommer und Herbst 2018 um durchschnittlich 95 Prozent weniger Ankünfte irregulärer Migranten an den EU-Außengrenzen gab als im Sommer 2015. Grenzen zu verriegeln erscheint einfach, einfache Lösung in Hinblick auf die Bewältigung von Migration gibt es auch in Zukunft nicht. Hinter der Flüchtlings- und Migrationskrise stehen vor allem Probleme, die nicht so rasch gelöst werden können: neben wirtschaftlichen auch demografische Herausforderungen - und zunehmend der Klimawandel.

Die CDU-CSU-Krise in der Asyl- und Migrationspolitik

Der Streit zwischen der CDU und der CSU über das weitere Vorgehen in der Asylpolitik hatte sich am 1. Juli 2018 – am ersten Tag der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft – zugespitzt. Der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer widersprach der Bewertung von Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel, wonach die Forderungen der CSU durch den EU-Gipfel von Brüssel Ende Juni 2018 erfüllt seien. Seehofer meinte, die geplanten Maßnahmen seien „kein wirkungsvolles Surrogat“ zu Zurückweisungen an der Grenze, die die CSU gefordert hatte. Gleiches galt demnach für den Vorschlag Merkels, Flüchtlinge, die bereits in einem anderen EU-Land registriert seien, in geplanten „Ankerzentren“ unterzubringen. Merkel und Seehofer hatten sich am 2. Juli 2018 auf die Errichtung sogenannter Transitzonen an der österreichisch-deutschen Grenze geeinigt. Dort sollten Migranten, die nach Deutschland einreisen wollen, jedoch in einem anderen EU-Mitgliedstaat einen Asylantrag gestellt haben und somit registriert worden sind („Sekundärmigranten“), künftig abgefangen und binnen

48 Stunden in ihr EU-Erstankunftsland zurückgeschickt werden. In den meisten Fällen wären davon Italien oder Griechenland betroffen gewesen. Griechenland hatte Deutschland inzwischen Bereitschaft signalisiert, weitergewanderte Flüchtlinge zurückzunehmen. Bei Italien war dies zu diesem Zeitpunkt noch nicht der Fall gewesen. Seehofer sollte daraufhin bilaterale Abkommen mit EU-Staaten über Rückführregelungen treffen. Ziel von Deutschland ist es, gemeinsam mit Österreich und Italien die „Fortwanderung“ von Flüchtlingen zu unterbinden: „Das wollen wir eindämmen beziehungsweise stoppen an der deutsch-österreichischen Grenze“, so Seehofer. Für Österreich habe diese Vorgehensweise demnach keine Nachteile: „Wir werden weder jetzt noch in der Zukunft Österreich für Flüchtlinge verantwortlich machen, für die es nicht zuständig ist“, führte Seehofer weiter aus.

Bei seinem Besuch in Berlin am 5. Juli 2018 hatte der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán es abgelehnt, Flüchtlinge von Deutschland zurückzunehmen. Ungarn sei nicht für Geflüchtete zuständig, die in Griechenland zuerst die EU betreten hätten, dort jedoch nicht registriert worden seien, so Orbán nach dem Treffen mit Merkel. Deutschland, so Orbán, könne Ungarn dankbar sein, weil es die Balkanroute abriegelt habe: „Sonst würden täglich 4000 bis 5000 Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Das ist Solidarität.“ Ungarn registriert zwar die Migranten, die es nach Ungarn schaffen, akzeptiert jedoch keinesfalls den Status eines Landes, in dem Migranten als Erster die EU betreten haben. Nach den Dublin-Regeln wäre ein derartiges Land für das Asylverfahren zuständig – genau das möchte Ungarn auf jeden Fall vermeiden. Die allermeisten Migranten seien zuerst in Griechenland eingereist, jedoch dort nicht registriert worden. Deshalb, so Orbán, müsste Griechenland die Flüchtlinge zurücknehmen.

In Österreich wurde auch über eine mögliche Schließung des Brenners nachgedacht, entsprechende Anlagen existieren bereits seit dem Jahr 2016. Österreich hat seither immer wieder mit Grenzkontrollen gedroht, diese werden stichpunktartig durchgeführt. Falls die Schlagbäume am Brenner fielen, hätte dies enorme symbolische und wirtschaftliche Auswirkungen. Österreichs Infrastrukturminister Norbert Hofer (FPÖ) hat einen derartigen Fall als „Katastrophe“ bezeichnet, der Landeshauptmann von Tirol, Günther Platter, hatte mit Grenzkontrollen in Kufstein gedroht: „Das würde einen Stau bis Nürnberg zur Folge haben.“

Am 5. Juli einigten sich CDU/CSU sowie die SPD auf ein anderes Vorgehen an der bayerisch-österreichischen Grenze: Flüchtlinge, die bereits in einem anderen EU-Land um Asyl angesucht haben, werden in Polizeieinrichtungen oder am Flughafen München

geprüft – und nach 48 Stunden dem zuständigen Staat übergeben. Weigern sich die dortigen Behörden, müssten die Betroffenen zurück nach Österreich, allerdings nur mit dem Einverständnis Österreichs.

Keine Gesamteinigung beim EU-Außengrenzschutz

Die Sicherheit der EU hängt von der Stabilität der Nachbarregionen ab. Missionen und Operationen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP) sollen mit spezialisierten EU-Agenturen (Frontex, Europol u.a.) zusammenwirken, um auch den EU-Außengrenzschutz und die Sicherheitslage in Drittstaaten zu verbessern. Es geht vor allem darum, zivile Einsatzkräfte in Zukunft durch militärische Beiträge zu unterstützen. Bisher fanden sogenannte „militärische Assistenzen“ überwiegend auf nationaler Ebene der einzelnen EU-Mitgliedstaaten statt. Diese Assistenzen wurden bei hybriden Bedrohungen wie irregulärer Migration, Terrorismus und zur Bewachung von kritischer Infrastruktur eingesetzt. Ein Anliegen des österreichischen Bundesministeriums für Landesverteidigung (BMLV) ist es auch, dass in anderen EU-Mitgliedstaaten überlegt wird – soweit es notwendig und sinnvoll ist – das Militär für die Bewältigung von Auswirkungen der Migration einzusetzen – aus verfassungsrechtlichen Gründen geht das in Deutschland nicht.

Geht es nach Österreichs Vorstellungen, sollen die EU-Außengrenzen nicht nur von der Grenzschutzagentur Frontex, sondern auch von Soldaten der Streitkräfte aus den EU-Mitgliedstaaten kontrolliert werden. Österreichs Verteidigungsminister Mario Kunasek hatte bereits Mitte Juli 2018 angekündigt, mehrere Hundert Soldaten aus Österreich an die EU-Außengrenze zu schicken. Als mögliche Einsatzorte wurden damals Italien, Griechenland und auch die Länder des westlichen Balkans genannt. Ebenso für das Bundesheer wäre ein Einsatz im nördlichen Afrika denkbar. Unklar war und ist, wie das juristisch-politische Mandat eines derartigen Einsatzes aussehen soll.

Auf Druck aus Wien hatte die Europäische Kommission vorgeschlagen, die Aufstockung der EU-Grenzschutzagentur Frontex auf 10.000 Grenzschützer anstatt im Jahr 2027 bis 2020 zu erreichen und vorzuziehen. Ein derartiger Vorschlag wurde von Italiens Innenminister Matteo Salvini genauso abgelehnt wie von der niederländischen Regierung.

Grundsätzlich, so Bundeskanzler Kurz, seien zwar „alle Staaten“ bereit, „Militär oder Polizei für den Schutz der Außengrenze zu stellen“, jedoch stellte er in Hinblick auf eine mögliche Aufstockung der Frontex von 1.500

auf 10.000 Grenzschrützer fest: „Wenn Staaten ihre Außengrenzen selbst gut beschützen, wie es Bulgarien macht, brauchen wir keinen neuen Weg auszuprobieren. Es wäre deutlich teurer, da deutsche oder österreichische Sicherheitskräfte hinzuschicken.“ Frontex sollte demnach nur in folgenden Fällen verstärkt tätig werden:

- bei der Ausbildung der libyschen Küstenwache;
- bei der Zusammenarbeit mit Drittstaaten;
- bei der Rückführung abgelehnter Asylbewerber und
- dort, wo der Grenzschutz nicht funktioniert

Kurz forderte, dass jener EU-Mitgliedstaat, der nicht imstande ist, seine Grenze zu schützen, und beim Aufbau eines wirksamen Grenzschutzes sich nicht unterstützen lassen möchte, aus dem Schengen-Raum ausgeschlossen werden solle: „Wer Hilfe braucht, sie aber nicht annimmt und damit allen schadet, muss Konsequenzen spüren.“ Aus diesem Grund, so führte Kurz weiter aus, „haben wir 2016 die Westbalkan-Route geschlossen und den Migrantenstrom an der griechisch-mazedonischen Grenze gestoppt.“

Zusammenfassend resümierte Kurz: „Ich bin absolut dafür, Frontex zu stärken. Ich bin aber auch Realist und weiß, was möglich ist. Einige Länder an der EU-Außengrenze artikulieren ihre Bedenken. Es wird derzeit an einem Kompromiss gearbeitet.“ Die nationale Eigenständigkeit beim Grenzschutz, so Italiens Innenminister Matteo Salvini, solle bewahrt werden – das sei eine Grundbedingung seiner Regierung: „Wir haben schon bewiesen, dass wir auch ohne Hilfe Europas die Migration eindämmen können.“ Salvini fordert weiterhin eine Verteilung Schutzbedürftiger innerhalb der EU. Premier Viktor Orbán sieht weiterhin keinen Grund für die Frontex, die ungarische Grenze zu schützen.

Die praktische Erprobung des österreichischen „Assistenz-Modells“ der zivil-militärischen Kooperation im Grenzschutz ist dennoch 2019 vorgesehen – und zwar im Rahmen einer Außengrenzschutzübung der Staaten der Zentraleuropäischen Verteidigungskooperation (Central European Defence Cooperation – CEDC) in Ungarn. Daran teilnehmen werden auch Kroatien, die Slowakei, Slowenien und die Tschechische Republik. Ihr Interesse als Beobachter bekundet haben Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Montenegro, Serbien sowie Griechenland und Rumänien.

Österreich unterzeichnet den UNO-Migrationspakt nicht

Vom Februar bis Juli 2018 verhandelten Diplomaten aus mehr als 190 Staaten unter dem Dach der UNO einen globalen Migrationspakt aus. Die Einigung war folglich nur möglich, weil bereits in der Präambel des 34-seitigen Papiers bekräftigt wird, dass das Abkommen selbst rechtlich nicht bindend ist (Punkt 7) und somit die UNO-Mitgliedstaaten weiterhin souverän über ihre Migrationspolitik entscheiden könnten. Dieser Migrationspakt – wie der Name schon sagt – bezieht sich ausschließlich auf Migration und nicht auf den Umgang mit Flüchtlingen, das Abkommen selbst bildet ausschließlich einen „Kooperationsrahmen mit politischen Verpflichtungen“, der im Original als „Compact“ und nicht als „Pakt“ bezeichnet wird. Der Pakt enthält neben Bekenntnissen zu den Menschenrechten insgesamt 54 Punkte und 23 Zielerklärungen, um Migration global zu steuern. Migranten sollen demnach auch Zugang zu Arbeitsmärkten und sozialen Sicherungssystemen erhalten. Das Dokument selbst enthält das Bekenntnis, bessere wirtschaftliche Bedingungen global zu schaffen, damit Migranten ihre Herkunftsländer nicht verlassen müssen (Ziel 2). Neu ist der Bezug auf Migration und auf Migranten, die ihre Heimat aufgrund von Naturkatastrophen oder Klimawandel verlassen müssen. Es wird empfohlen, derartigen Migranten humanitäre Visa auszustellen. Ausdrücklich wird jedoch die Kategorie des „Klimaflüchtlings“ nicht eingeführt. Die UNO-Mitgliedstaaten haben sich auch auf folgende Punkte verständigt: exakte Datenerfassung (Ziel 1), die Bekämpfung des Menschen schmuggels (Ziel 9), die Unterzeichnerstaaten erklären sich auch zu einem koordinierten Grenzmanagement bereit, um irreguläre Migration zu unterbinden (Punkt 27). Herkunftsländer von Migranten verpflichten sich auch, abgeschobene Migranten wieder auf- bzw. zurückzunehmen (Punkt 37). Der Pakt enthält auch Appelle zum Kampf gegen den Menschen schmuggel, es werden darin auch alle Staaten aufgerufen, abgeschobene Migranten wieder zurückzunehmen. Obwohl österreichische Diplomaten an den Verhandlungen zum Migrationspakt beteiligt waren, lehnte die österreichische Bundesregierung den UNO-Migrationspakt schlussendlich ab. Neben Österreich verweigerten weitere 14 Staaten die Zustimmung - unter anderem die USA, Australien, Ungarn, Bulgarien, die Tschechische Republik, die Slowakei, Polen und Israel. Der Bundesrat in Bern stimmte am 10. Oktober dem Pakt zu und stellte lediglich in einem völkerrechtlichen Vorbehalt klar, dass in der Schweiz weiterhin Schubhaft für Minderjährige ab 15 Jahre möglich sein werde.

Österreichs Bundesregierung sieht viele Punkte aus dem Migrationspakt sehr kritisch, „zum Beispiel die

Verpflichtung, Migranten eine Arbeitserlaubnis zu erteilen. Wir wollen da unsere nationale Eigenständigkeit bewahren“, betonte Bundeskanzler Kurz. Dass jedoch Migration ein Menschenrecht sei, ist im Migrationspakt nicht vermerkt. Generell ist eine Rechtsverbindlichkeit des Paktes nicht gegeben, obwohl der Pakt von Verpflichtungen bei der Umsetzung spricht. Am 10. Dezember 2018 wurde der „Compact“ in Marrakesch angenommen.

Westbalkanstaaten als künftige „Sicherheitsproduzenten“

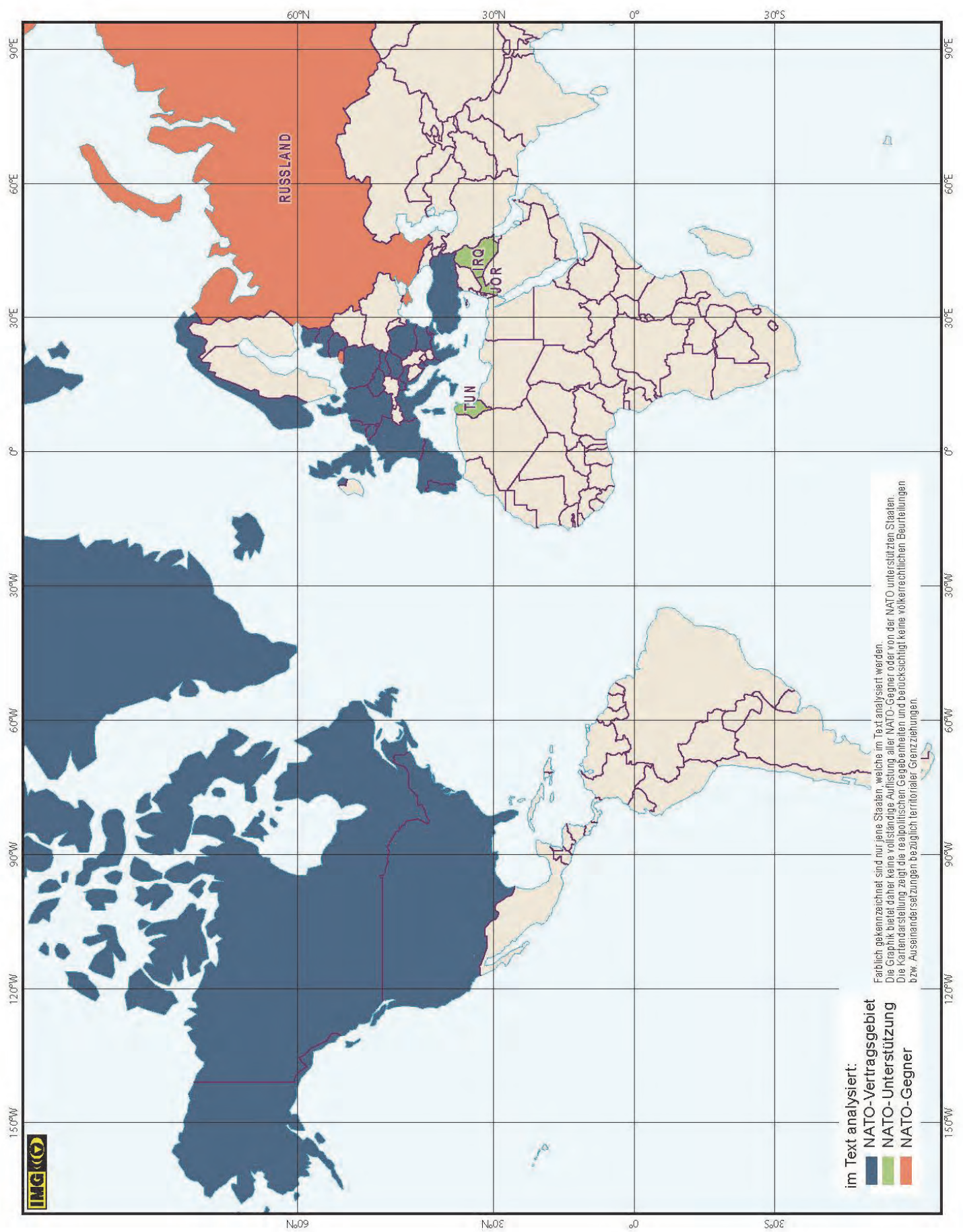
Die österreichische EU-Ratspräsidentschaft hatte die Annäherung der Westbalkanstaaten an die EU zum Ziel. Eine EU sei, so Bundeskanzler Kurz, ohne den Westbalkan „in geographischer Sicht unvollständig“. Dazu benötigt es jedoch die Stärkung der Resilienz dieser Länder, künftig sollen die Westbalkanländer zu „Sicherheitsproduzenten“ werden. Zahlreiche Spannungen gilt es bis dahin noch zu lösen, wie auch jene zwischen Serbien und dem Kosovo. So verhinderte Serbien im November 2018 die Aufnahme des Kosovo in die Interpol. Prishtina verhängte 100% Importzölle auf Güter aus Serbien. Kosovos Premier Ramush Haradinaj meinte dazu: „Wir haben aber jahrelang unter der Handelssperre gelitten, die uns Serbien auferlegt hat. Darauf haben wir mit Zöllen geantwortet.“ Zum Thema neue Grenzziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo gibt sich Haradinaj äußerst skeptisch bis ablehnend: „Niemand auf dem Balkan ist zufrieden mit den bestehenden Grenzen. [...] Aber wenn wir diese Grenzen ändern, öffnen wir ein neues Kapitel, bei dem wir nicht wissen, wer wie weit gehen will. So etwas ist auf dem Balkan gefährlich. Wir müssen die Grenzen respektieren und zugleich kreative Lösungen finden, damit sie in Zukunft weniger Bedeutung haben als heute.“ Jede Grenzkorrektur in dieser Region drohe, neue Teilungs- und Sezessionsbegehrlichkeiten auszulösen. Zudem existieren am Balkan zahlreiche politische und wirtschaftliche Begehrlichkeiten Chinas, Russlands, der Türkei und der USA. Premier Haradinaj betonte diesbezüglich: „Der Kosovo denkt euroatlantisch. Wir fühlen uns als Teil der europäischen und amerikanischen Zone, nicht in der Zone Russlands.“ Kosovo ist bestrebt, den EU-Kandidatenstatus zu bekommen, zugleich zeigte sich Haradinaj enttäuscht von der EU in punkto Ablehnung der Visafreiheit: „Alle 95 Bedingungen, die uns gestellt wurden, haben wir erfüllt.“ Die Visafreiheit in die EU lässt noch auf sich warten.

Das kosovarische Parlament stimmte am 14. Dezember 2018 für die Umwandlung der bisherigen Sicherheitskräfte in reguläre Streitkräfte (106 der 120 Abgeordneten stimmten dafür). Die Abgeordneten der

Serbischen Liste blieben dem Parlament aus Protest fern. Die Mannschaftsstärke der leicht bewaffneten Sicherheitskräfte soll um 2.200 auf 5.000 Soldaten erhöht werden. Begrüßt wurde diese Entscheidung von den USA und Großbritannien. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg riet jedoch von einem derartigen Schritt ab. Diese Entscheidung des kosovarischen Parlaments stehe im völligen Widerspruch zu allen internationalen Abkommen, klagte Serbiens Präsident Aleksandar Vučić. Die „Terroristen“ hätten die „sogenannte Kosovo-Armee“ nur geschaffen, „um Serbien und die Serben anzugreifen“, so äußerte sich Serbiens Verteidigungsminister Aleksandar Vulin. Doch bis daraus tatsächlich eine schlagkräftige Armee wird, wird es jedoch noch einige Jahre dauern: für eine rasche Aufrüstung fehlen dem Kosovo die dafür nötigen finanziellen Mittel.

Etwas unkomplizierter gestaltete sich die Lösungsfindung beim Namensstreit zwischen Mazedonien und Griechenland. Am 21. Oktober 2018 haben exakt zwei Drittel der mazedonischen Parlamentsabgeordneten dem von der mazedonischen und der griechischen Regierung ausverhandelten Lösungsvorschlag und der Einleitung der dafür notwendigen Verfassungsänderung zugestimmt: aus Mazedonien soll demnach künftig Nord-Mazedonien werden. So ist nun Mazedonien einen großen Schritt der NATO- und EU-Mitgliedschaft näher. Die Zustimmung des griechischen Parlaments blieb 2018 noch aus. Griechenlands Premier Alexis Tsipras gratulierte dem sozialdemokratischen Premier Mazedoniens Zoran Zaev zu diesem parlamentarischen Ergebnis, verärgert über das Ergebnis zeigte sich jedoch die nationalpopulistische Opposition in Skopje.

Gunther Hauser



North Atlantic Treaty Organization (NATO)

Die NATO und ihre Partner

Das Treffen der NATO- Staats- und Regierungschefs im Juli in Brüssel, die Großübung „Trident Juncture“ und die sich abzeichnende Beendigung des INF-Vertrags standen im Mittelpunkt des zweiten Halbjahrs 2018. Abgesehen von einzelner Störfeuer aus dem Weißen Haus hat sich das nordatlantische Bündnis ruhig weiterentwickelt.

Das Treffen der NATO- Staats- und Regierungschefs im Juli

Das hochrangige Treffen wurde wegen der massiven Kritik des US-Präsidenten, vor allem gegenüber dem wichtigen Verbündeten Deutschland, mit Spannung erwartet. Inhaltlich dominierten ähnliche Themen die zweitägigen Beratungen wie vor zwei Jahren in Warschau, wie beispielsweise Abschreckung und Verteidigung.

Vor dem Hintergrund „hybrider“ Herausforderungen, die durch gezielte Desinformation- und Cyber-Aktivitäten eine ungewisse „Grauzone“ zwischen Frieden und Krieg herbeiführen sollen, muss die NATO rasch die politischen Entscheidungen treffen und die Kräfte bereitstellen. Zu bereits früher vereinbarten Maßnahmen wurde in Brüssel nun die „Readiness Initiative“ beschlossen, um für eventuelle Konflikte über gut ausgebildete und ausreichende Truppen aus den Mitgliedstaaten zu verfügen. So sollen in den nächsten Jahren 30 Marineeinheiten (Schiffe und U-Boote), 30 schwere oder mittlere Kampfbrigaden und 30 Kampfflugzeugstaffeln innerhalb von maximal 30 Tagen in den Einsatz gehen können. Ob diese Kräfte neu aufgestellt oder aus der NATO Response Force herausgelöst werden, ist noch unklar.

Doch neben der ausreichenden Abhaltungswirkung gegenüber Russland ist auch die Stabilität in den Nachbarregionen, vor allem der südlichen, von eminenter Bedeutung. Schon länger bestehende Überlegungen wurden erneut bekräftigt, mittels Ausbildung von Partnerkräften in Nordafrika und im Nahen bzw. Mittleren Osten Stabilität auch nach außerhalb des Bündnisgebietes zu „projizieren“. Ähnlich wie die Resolute Support Mission in Afghanistan führt die NATO seit kurzem eine Unterstützung für die irakischen Streitkräfte durch. Dabei berät die NATO hohe Sicherheitsbeamte im irakischen Verteidigungsministerium und bildet Personal in militärischen Einheiten aus. Australien, Finnland und Schweden beteiligen sich als Partner an dieser „NATO Mission Iraq“. In diesem Kontext sollen auch Übungstätigkeiten ausgedehnt werden. Daneben zeigen sich Jordanien und Tunesien zur Zusammenarbeit bereit und profitieren von einem „Package of the South“. Auch für Libyen würde die NATO bereitstehen, doch

fehlt hier ein entsprechendes Kooperationsansuchen aus Tripolis. Durch das Regionalzentrum der „NATO Istanbul Cooperation Initiative“ in Kuwait arbeitet das Bündnis schließlich noch mit Partnern in der Golfregion zusammen. Koordiniert wird das Ganze durch einen „Regional Hub for the South“ im NATO-Kommando in Neapel.

Zusammenarbeit mit der EU:

Die beiden Organisationen verfügen über beinahe deckungsgleiche Mitgliederregister und verfolgen auch sonst ähnliche Interessen. Nach mehreren Ansätzen in den 1990-er Jahren wurden 2002/03 erste gemeinsame Beschlüsse gefasst, die eine aufeinander abgestimmte Entwicklung der Streitkräfte bei gleichzeitiger Betonung der jeweiligen Autonomie bei politischen Entscheidungen beinhalteten. Auch wurde der EU damals zugesichert, unter bestimmten Umständen für ihre Operationen auf Mittel der NATO zugreifen zu können („Berlin plus“-Abkommen). Nach Jahren des Stillstands wurde die Kooperation beim NATO-Gipfel von Warschau im Juli 2016 durch eine gemeinsame Erklärung wieder reaktiviert. Vor allem beim Kampf gegen hybride Bedrohungen, in der Migration, im so weit als möglich abgestimmten Aufbau der Verteidigungsfähigkeiten und der Unterstützung östlicher und südlicher Partnerländer sollte mehr zusammengearbeitet werden. Das im April 2017 in Helsinki gegründete „European Centre of Excellence for Countering Hybrid Threats“ und „Military Mobility“ sind Ausdruck gemeinsamer Interessen. Bei Letzterem sollen die europäische Verkehrsinfrastruktur verbessert und gleichzeitig nationale Transithürden beseitigt werden, um die rasche Verlegung von Truppen zu erleichtern. Als erstes Ziel sollen bis Ende 2019 Anmeldeverfahren vereinheitlicht werden und ihre Genehmigung innerhalb von fünf Tagen erfolgen. Das würde den NATO-Kräften aus der Tiefe, aber auch den EU-Battlegroups zugutekommen.

Verteidigungsausgaben:

Zwei Drittel der NATO-Staaten sind bestrebt, bis 2024 zwei Prozent des BIP für Verteidigung aufzuwenden. Mehr als die Hälfte der NATO-Staaten investiert bereits jeweils mehr als 20 Prozent ihrer Verteidigungsausgaben in Beschaffung, einschließlich Forschung und Entwicklung. So dürften nach derzeitigen Planungen 24 NATO-Staaten das 20-Prozent-Ziel bis 2024 erreichen. Letztlich konnte die NATO ein geschlossenes Bild am Gipfeltreffen präsentieren. Befürchtungen, US-Präsident Trump könnte entweder Alliierte unverhältnismäßig scharf kritisieren, alle US-Soldaten aus Deutschland bzw. Europa abziehen oder wie nach dem G-20 Treffen die Gipfelerklärung aus dem Flugzeug mittel „Twitter“-Meldung „entsorgen“, haben sich nicht erfüllt. Nun wird abzuwarten sein, wie die Beschlüsse in den kommenden Jahren umgesetzt werden.

Die NATO-Manöver „Trident Juncture“

Die lang geplante Übung „Trident Juncture“ wurde vom 25. Oktober bis 7. November in Zentralnorwegen samt den angrenzenden Seegebieten und den Lufträumen Schwedens und Finnlands abgehalten. Sie hatte ein „Artikel 5“-Szenario als Grundlage, also den möglichen Auslöser der kollektiven Beistandspflicht. An ihr nahmen etwa 50.000 Soldaten mit bis zu 250 Flugzeugen, 65 Schiffen und über 10.000 Militärfahrzeuge teil. „Trident Juncture“ war die größte NATO-Übung seit dem Ende des Kalten Krieges. Die USA entsandten dazu extra den Flugzeugträger „Harry Truman“. Insgesamt beteiligten sich alle 29 Verbündeten mit zwei Partnern, Finnland und Schweden.

Dafür marschierten ab Mitte Oktober u. a. stärkere britische und deutsche Kräfte auf (Phase 1). Das britische Heer verlegte im Landmarsch von Holland über Norddeutschland nach Dänemark und überprüfte dabei auch die gesetzlichen Transitbedingungen für die „militärische Mobilität“ (s. o.). Von Dänemark ging es per Schiff nach Norwegen, eine Transportart, die auch Kampfpanzerseinheiten der Deutschen Bundeswehr wählten. Diese verlegten am 10. Oktober von Emden Richtung Übungsraum.

Die Phase 2 galt dem eigentlichen Manöver, einer fiktiven Konfliktsituation. Dabei wurde überprüft, ob die teilnehmenden Staaten in einer Gefechtssituation friktionsfrei zusammenwirken können. Die NATO soll nämlich auch weiterhin in der Lage sein, „auf jede Bedrohung, egal, woher sie kommt und welcher Art sie ist, zu antworten“.



NATO-Truppen im Manöver 2018

Das Übungsland Norwegen unterhält eine 200 Kilometer lange Grenze zu Russland. Dass sich das Übungsszenario gegen Russland richtete, wurde aber seitens des Kommandanten der Übung, General Rune Jakobsen (Norwegen), zurückgewiesen. Das „Kerngebiet“, so Jakobsen, befand sich „1.000 Kilometer von der russischen Grenze entfernt“. Demnach fanden Einsätze der Fliegerkräfte in 500

Kilometer Abstand von der russischen Grenze statt. Russland wurde auch über „Trident Juncture“ informiert, zudem wurden entsprechend den Regeln der OSZE- Beobachter aus Russland eingeladen. Trotz dieser Vorsichtsregeln legt das Übungsszenario aber einen Konflikt im Nordosten des Bündnisgebietes nahe, was ja auch der aktuellen politischen Ausrichtung der Allianz entspricht.

Seitens der NATO wird beklagt, dass Russland generell unangekündigte Manöver durchführt, „was das Risiko von Fehlkalkulationen, Zwischenfällen und Überraschungen erhöht“, wie eine NATO-Sprecherin erklärte. Wenige Tage nach der Übung „Trident Juncture“ beschuldigte das norwegische Verteidigungsministerium Russland, von der Halbinsel Kola aus gezielt GPS-Signale gestört zu haben. Diese Behauptungen stützten sich auf Geheimdiensterkenntnisse und werden von Finnland geteilt. Derartige Störungen sind nicht ungefährlich und beeinträchtigen auch die zivile Luftfahrt, dennoch bestritt der Kreml jegliche Einmischung. Die Halbinsel Kola ist Stützpunkt der russischen Nordmeerflotte.

Neben der Großübung „Trident Juncture“ fanden zur selben Zeit weitere Manöver statt. In Polen und in den angrenzenden baltischen Republiken wurde unter dem Namen „Anakonda 2018“ die Zertifizierungsübung des Multinationalen Divisionskommandos Nordost abgehalten. In Rumänien wurde eine weitere Übung dieser Art für das Multinationale Brigadekommando Südost durchgeführt und in Litauen übte die dortige NATO-Battlegroup mit einheimischen Kräften. Die Übungen hatten durchwegs ein „Artikel 5“-Szenario als Grundlage, umfassten Real- und Stabsübungen und bezogen in Litauen auch den NATO-Partner Ukraine mit ein.

Oberflächlich entwickelt sich das nordatlantische Bündnis ruhig weiter, wie die Großübung „Trident Juncture“ und die ambitionierten Gipfelbeschlüsse zeigen. Doch Querschüsse aus Washington, einsame Entscheidungen ohne Konsultationen der Alliierten und die Risse in der EU bedrohen unverändert die Allianz von innen her.

INF-Vertrag

Bei seinem Besuch in Berlin Mitte November forderte NATO-Generalsekretär Stoltenberg die russische Seite auf, am INF-Vertrag (INF: Intermediate Range Nuclear Forces; Verpflichtung der USA und Russlands zur Vernichtung aller landgestützten ballistischen Raketen und Marschflugkörper mit einer Reichweite zwischen 500 und 5500 Kilometern und zugleich Testverbot

derartiger Systeme) festzuhalten. Die von Moskau entwickelte SSC-8 verletze seiner Meinung nach den 1987 abgeschlossenen Abrüstungsvertrag. Abschließend betonte er, dass die NATO kein Interesse habe, beim Vertragsbruch neue Nuklearwaffen zu stationieren. Aber ein derartiger Schritt könne auch nicht unbeantwortet bleiben.

Die russische Reaktion kam erwartungsgemäß. Ende November warnte der stellvertretende Außenminister Riabkow die USA vor der Stationierung neuer Raketensysteme in Europa, da diese in der Lage wären, ohne große Vorwarnzeit russisches Territorium zu treffen. Obwohl diese Argumentation auch für die NATO gilt, betonte er, Russland könne das nicht hinnehmen und würde seinerseits diejenigen Staaten anvisieren, die einer Stationierung von US-Systemen zustimmen würden. Gleichzeitig wurde Washington beschuldigt, die Vorwürfe nie zu detaillieren und diese nur auszusprechen, um ohne Abwarten der russischen Antwort aus dem Vertrag aussteigen zu können.

Beim Treffen der Außenminister betonte NATO-Generalsekretär Stoltenberg wie schon zuvor in einzelnen Konsultationen des NATO-Russland Rates, dass es nun an Moskau liege, wieder zum Vertrag zurückzukehren. Er wiederholte, dass die Allianz kein Wettrüsten wolle und an Abrüstung interessiert sei, sie sich aber auf eine Situation einstellen müsse, in der der INF-Vertrag keine Gültigkeit mehr hat. Auch der US-Geschäftsträger, Mike Pompeo, beschuldigte die russische Seite, den INF-Vertrag durch die Entwicklung neuer Waffen zu gefährden. Er bot Moskau eine 60-tägige Frist an, innerhalb derer Russland wieder zum gemeinsam unterzeichneten Rüstungskontrollabkommen zurückkehren solle, andernfalls Washington den INF-Vertrag kündigen würde. Demokratische Senatoren bedauerten, dass diese Aussage ohne Konsultation mit den NATO-Verbündeten getroffen wurde. Davon würde der russische Präsident profitieren, der die transatlantische Gemeinschaft spalten wolle. Die vom US-Außenminister ausgesprochene Warnung untermauerten Meldungen vom Oktober, wonach US-Präsident Trump das 1987 geschlossene Abkommen aufgeben möchte, nicht zuletzt, da China nicht eingebunden sei und damit keinen Beschränkungen unterliege.

Nach Ablauf der Hälfte dieser Frist, zu Jahresanfang 2019, forderte NATO-Generalsekretär Stoltenberg Moskau wieder auf, „die letzte Chance zur Beilegung des Streits über den INF-Vertrag zu nutzen“. Die Lage soll beim Treffen der NATO-Verteidigungsminister im Februar erörtert und unterschiedliche Handlungsoptionen beurteilt werden. Obwohl er es ablehnte, über mögliche Reaktionen zu spekulieren, sickerten doch zwei Möglichkeiten durch: Eine „symmetrische“ Antwort könnte die erneute

Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenwaffen in Europa bedeuten, eine „asymmetrische“ den Einsatz von see- oder luftgestützten Systemen, da diese vom INF-Vertrag ohnehin ausgenommen sind.

Partner

Die Ukraine

Nach dem Zwischenfall in der Straße von Kertsch trat im NATO-Hauptquartier die NATO-Ukraine Kommission zusammen. Die Botschafter der NATO-Staaten unterstrichen dabei die politische Unterstützung für ihren Partner und forderten die Russische Föderation auf, die Freiheit der Seefahrt in der Straße von Kertsch sowie im Asowschen Meer zu garantieren. Auch die festgesetzten Schiffe wie Seeleute der ukrainischen Marine müssten wieder freigegeben werden. Wie der NATO-Generalsekretär weiters ausführte, wurde auch die Militarisierung der Krim und der Küsten des Schwarzen wie des Asowschen Meeres durch Moskau verurteilt, da diese Aktivitäten eine Bedrohung der Unabhängigkeit der Ukraine darstellten. Zwei Wochen später vereinbarten die NATO und die Ukraine die Lieferung sicherer Führungsmittel an die Streitkräfte des Landes.



NATO-Generalsekretär Stoltenberg

Westbalkan

Beim Außenministertreffen Anfang Dezember wurde Bosnien-Herzegowina angeboten, den ersten „Annual National Plan“ zu akzeptieren, als Teil des „Membership Action Plan“ (MAP). Der MAP ist mit dem EU-Beitrittsprozess vergleichbar. Damit soll nach jahrelangem Stillstand ein kleiner Fortschritt bekräftigt werden, wenn auch der multiethnische Staat viele von der Allianz gesetzten Bedingungen noch erfüllen muss. Die fast gleichzeitig von der kosovarischen Regierung erlassene Erklärung zur Umwandlung der Sicherheitskräfte in eine eigene Armee wurde von den

Außenministern mit Zurückhaltung aufgenommen. Eine Woche später, nach der Billigung der entsprechenden Gesetze durch das Parlament in Prishtina, kündigte NATO-Generalsekretär Stoltenberg die Überprüfung des NATO-Mandats für die kosovarischen Sicherheitskräfte und damit die weitere Unterstützung der Allianz an.

Zusammenfassung

An der Oberfläche präsentiert sich die NATO knapp vor ihrem 70. Geburtstag als gefestigtes Bündnis. Die im vergangenen Sommer beim Gipfeltreffen gefassten Beschlüsse wie die "Readiness Initiative" sind zukunftsweisend und die Abschreckung gegenüber Russland werden genauso wie die Stabilisierungsversuche Richtung Nordafrika und Naher Osten im Sinne eines "360 Grad"-Ansatzes fortgeführt. Darunter brodelt es aber, innere Unsicherheiten nehmen zu. Vor allem der US-Präsident sorgt mit seiner sprunghaften, einzig nach der Umsetzung von Wahlversprechen ausgerichteten Politik für Kopfzerbrechen. Allein der angekündigte überraschende Abzug aus Syrien zeigt das in aller Deutlichkeit. Denn davon profitiert u. a. der Iran, der vor wenigen Monaten noch als "Erzfeind" mit hegemonialen Absichten im Raum bezeichnet und deswegen das Atomabkommen aufgekündigt wurde. Für Israel, das Trump mit der Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem vor einem Jahr aufwertete, bedeutet der US-Rückzug nun die Gefahr einer Landbrücke Teherans zur Hisbollah im Libanon, etwas, was immer verhindert werden sollte. Diese kaum mehr zu überbietende Konfusion in der US-Nahostpolitik wurde durch Äußerungen wenige Tage später relativiert, die diese Beschlüsse wieder infrage stellen. Und überdies wird ohne Konsultation langjähriger Verbündeter entschieden, die dafür aber oft beleidigt werden. "Verbündete sind mit Respekt zu behandeln" schrieb US-Verteidigungsminister Mattis in seine Abdankung und meinte damit vor allem die in Syrien im Stich gelassenen Kurden. Aber welche Lagebeurteilungen werden nun in Tallinn, in Riga und in Vilnius angestellt?

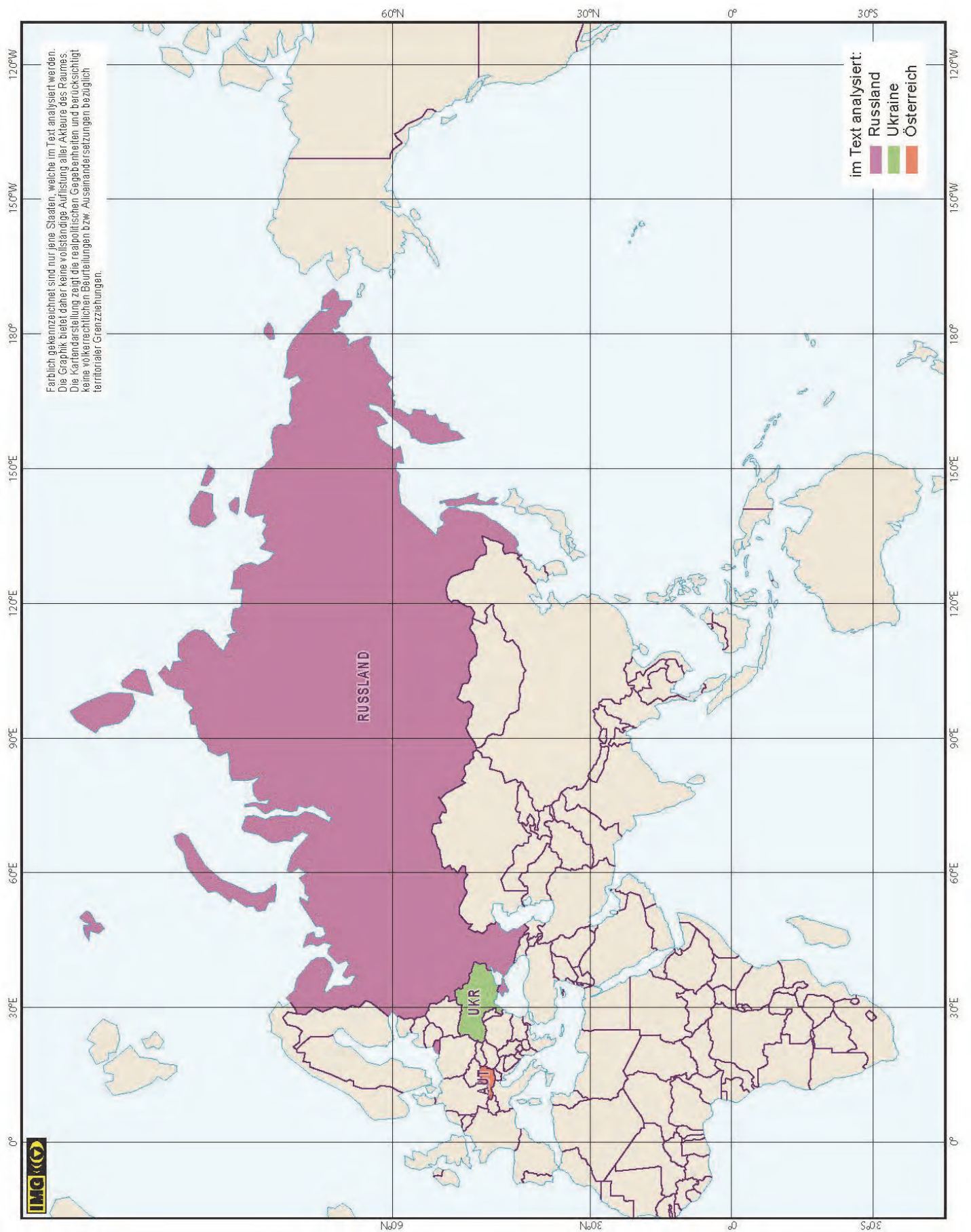
Die USA verfolgen eben eher den Unilateralismus im Sinne eines „America first“, als Kompromisse mit Alliierten im Kontext des Multilateralismus einzugehen. Die transatlantische Kluft zeigt sich auch in der Kritik der US-Administration an der EU und im bilateralen Zollstreit. Dabei wären eine gemeinsame Bekräftigung bzw. Erneuerung der liberalen Ordnung im Interesse beider Seiten, da diese vorteilhafte Ordnung nun vor allem von China und Russland herausgefordert wird. Doch für diese Erneuerung fehlt in Washington der Wille und in Brüssel eine kohärent darauf abgestimmte Politik. Aber eine echte transatlantische Partnerschaft

wäre vor allem bei einer Auseinandersetzung mit China von enormer Bedeutung, wenn dann das Gros der amerikanischen Streitkräfte im Pazifik gebunden wäre und die NATO die Abschreckung gegenüber Russland weiterhin aufrechterhalten soll.

Und die nächste Herausforderung steht mit dem INF-Vertrag und der damit verbundenen Frage einer möglichen atomaren Wiederaufrüstung in Europa schon im Raum. Russland wird aller Wahrscheinlichkeit nach auf das US-Ultimatum nicht eingehen - warum auch, ist es doch einer Abkoppelung der europäischen von der amerikanischen Sicherheitspolitik schon so nahe wie schon lange nicht mehr. Und sollte doch wieder die Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen erörtert werden, so ist die Zustimmung der europäischen Alliierten, die zunehmend von nationalistischen und prorussischen Parteien (mit)regiert werden, mehr als unsicher. Warum sollte man auf europäischem Territorium auch diese Waffen zulassen, wenn den Einsatzbefehl dazu (nur) US-Präsident Trump geben kann?

Diese Frage werden die Sympathisanten der dann wieder erwachten Friedensbewegung stellen, die aber, im Gegensatz zu den 1980-er Jahren, dann möglicherweise auch von rechten Kräften unterstützt werden würden.

Otto Naderer



Russland

... und ihre Partner und Herausforderer

Russland und der zentralasiatische Raum

Die für die erste Jahreshälfte für möglich gehaltene Entspannung der Beziehungen zwischen der EU und Russland aufgrund eines differenzierten Zugangs der österreichischen Bundesregierung zu Moskau – unter Nutzung des Momentums der österreichischen EU-Ratsvorsitzes – ist nicht eingetreten, im Gegenteil. Die Einleitung eines weiterführenden deeskalierenden Dialoges zwischen Brüssel und Moskau, der von der österreichischen Bundesregierung hätte initiiert werden können, um vor allem sicherheitspolitische Spannungen abzubauen, wurde nicht realisiert. Als Ursache wäre zunächst ein Ereignis der bilateralen österreichisch-russischen Beziehungen zu nennen, das in den Medien als „Spionageaffäre“ bezeichnet wurde. Des Weiteren wären die verschlechterte Sicherheitslage im Osten der Ukraine sowie militärische Spannungen zwischen Kiew und Moskau im Kontext eines ersten Zwischenfalls in der Meerenge von Kertsch zu konstatieren. Diese Ereignisse sind für die strategische Ausgangslage im Jahr 2019 von höchster Relevanz und somit für weiterführende außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Ableitungen ausschlaggebend.

Österreich-russische Beziehungen

Zweifellos war zu Beginn der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2018 Potential für eine Entkrampfung des sehr angespannten Verhältnisses zwischen der EU und Russland vorhanden. Nachdem der erste Auslandsbesuch des russischen Präsidenten Putin nach seiner Wiederwahl im März 2018 ausgerechnet vom 4. bis 5. Juni 2018 in Wien stattfand – dabei wurde unter anderem ein Vertrag für Gaslieferungen zwischen der OMV und Gazprom bis 2040 unterzeichnet – waren Erwartungshaltungen für eine Annäherung in den EU-Russland-Beziehungen geweckt worden. Ein weiterer Besuch des russischen Präsidenten ereignete sich dann am 18. August, der vor allem international viel Kritik und Polemik ausgelöst hatte. Der russische Präsident nahm als Gast an der Hochzeit von Außenministerin Karin Kneissl teil. Österreich wurde daraufhin zum Teil von anderen EU-Staaten heftig kritisiert. Vor allem sah man die einheitliche EU-Sanktionspolitik und somit die Glaubwürdigkeit der EU in ihrer Position gegenüber dem russischen Vorgehen in der Ukraine gerade durch den österreichischen Ratsvorsitz als gefährdet an. Heftige Missbilligung kam vor allem von Großbritannien und den baltischen Staaten, während sich das offizielle Brüssel weitgehend zurückhielt. Die Bundesregierung und vor allem Außenministerin Kneissl betonten den privaten Charakter des Besuchs und versuchte somit eine strikte Trennung zu außen-

und sicherheitspolitischen Aspekten zu ziehen. Obwohl zu Beginn der österreichischen Präsidentschaft seitens Österreichs keine weiteren nennenswerten öffentlichkeitswirksamen Initiativen mehr im Sinne eines Zugehens auf Russland erfolgten, schienen die bilateralen österreichisch-russischen Beziehungen gestärkt und die Spannungen auf der europäischen Ebene vordergründig auf eine gewisse Entspannung hinzudeuten. Gerade in dieser Situation wurden die Beziehungen durch ein Ereignis negativ beeinträchtigt.

Am 9. November klärten Bundeskanzler Sebastian Kurz und Verteidigungsminister Mario Kunasek die Öffentlichkeit über einen Spionagefall in einer Pressekonferenz auf. Ein zu diesem Zeitpunkt bereits pensionierter österreichischer Oberst hatte demnach seit den 1990ern Jahren gegen Bezahlung regelmäßig Informationen an Russland weitergegeben. Der Beschuldigte wurde angezeigt, worauf die Staatsanwaltschaft Ermittlungen einleitete und einen Haftbefehl beantragte. Dieser Vorfall führte dazu, dass Außenminister Kneissl einen für Dezember angesetzten Besuch in Moskau – also am Ende der EU-Ratspräsidentschaft – absagte. Die Einzelheiten des Spionagefalls sowie nähere sicherheitspolitische Umstände sind nicht nur Gegenstand von strafrechtlichen Ermittlungen, sondern müssen in einem weitergefassten sicherheits- und geopolitischen Kontext betrachtet werden. Obwohl die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Russland nicht nachhaltig beschädigt sein dürften, wie es Bundespräsident Alexander van der Bellen zu verstehen gab, erscheint eine substantielle Verbesserung des Verhältnisses der EU zu Moskau auf absehbare Zeit nicht realistisch zu sein. Ob das Ansehen Russlands in der österreichischen Bevölkerung wegen des Spionagefalls beeinträchtigt wurde, ist ebenfalls fraglich. Eine im November 2018 von CNN durchgeführte Studie, die sich unter anderem auf Meinungsumfragen stützt, bezeugt, dass Österreicher Russland generell positiver wahrnehmen würden als die USA. Demnach haben 49,5% der Befragten gegenüber den USA eine ablehnende Haltung, hingegen hätten nur 33,5% der befragten Österreicher eine negative Einstellung gegenüber Russland.

Eine Verbesserung der EU-Russland-Beziehungen könnte erst mittelfristig nach den EU-Parlamentswahlen im Mai 2019 von der neuen EU-Kommission eingeleitet werden. Bis auf weiteres bleiben sicherheitspolitische Spannungen zwischen der EU und Russland ein dominierendes Charakteristikum, das im Wesentlichen von den Entwicklungen in der Ukraine abhängt.

Lage im Osten der Ukraine

Wie bereits angeführt, ist die Situation in der Ukraine und die Maßnahmen Russlands, die im Allgemeinen als gegen die Souveränität des ukrainischen Staates gewertet

werden, ein zentraler Aspekt der europäischen Sicherheit. Neben den ständigen Waffenstillstandsverletzungen in den umkämpften Gebieten der selbsternannten „Volkrepubliken“ Donezk und Lugansk im Osten der Ukraine, wo seit Ausbruch der Kämpfe 2014 mehr als 10.000 Menschenleben ums Leben kamen, sind innenpolitische Prozesse als zentrale Analyseebene für sicherheitspolitische Entwicklungen entscheidend. In den von pro-russischen Rebellen kontrollierten beiden „Volksrepubliken“ wurden am 11. November Präsidentschafts- und Parlamentswahlen abgehalten. Diesen Wahlen wurden sowohl von ukrainischen Vertretern als von westlichen Politikern als nicht mit den Vereinbarungen des Minsk II-Abkommens in Einklang stehend verurteilt. Dennoch wurden die Wahlen durchgeführt, bei denen sich die jeweils amtierenden „Republikführer“ an der Spitze der nicht anerkannten separatistischen Entitäten durchsetzen konnten. In der „Volksrepublik Lugansk“ (VRL) mit ca. 1,5 Mio. Einwohnern gewann mit 68,3% der abgegebenen Stimmen Leonid Paseschnik die Wahl. In der ca. 2,3 Mio. Einwohnern zählenden „Volksrepublik Donezk“ (VRD) wurde der amtierende Denis Pushilin mit 60,84% im „Amt“ bestätigt. Denis Pushilin ersetzte somit Alexander Sachartschenko, der im August 2018 von einer Autobombe getötet wurde. In der Vergangenheit wurden bereits mehrere hochrangige Separatistenführer getötet, wobei keiner der Fälle bis dato aufgeklärt wurde. Hinter den Anschlägen werden neben dem ukrainischen Geheimdienst auch interne Machtkämpfe oder kriminelle Machenschaften vermutet.

Im Vorfeld der Wahlen haben die EU-Kommission und die deutsche Regierung die Führung in Moskau ersucht, die Wahlen nicht durchführen zu lassen, da dadurch Vereinbarungen des Minsk II-Abkommens verletzt werden würden. Diese Forderungen wurden von Russland abgelehnt. Vielmehr sieht man die Wahlen als nützlich und somit auch legitim an. Die ukrainische Regierung hat die Wahlen scharf verurteilt und den Organisatoren jahrelange Haftstrafen wegen Landesverrats angedroht. Begleitet wurden die Vorgänge vor, während und nach der Wahl durch anhaltende Waffenstillstandsverletzungen beider Seiten.

Militärischer Zwischenfall zwischen Russland und Ukraine

Neben den andauernden Waffenstillstandsverletzungen im Donbass ereignete sich ein ernster Zwischenfall zwischen Russland und der Ukraine in der Meerenge von Kertsch. Die als „Straße von Kertsch“ bezeichnete Meerenge verbindet das Schwarze und das Asowsche Meer. Diese bedeutende Enge wird von der von Russland mit viel Aufwand gebauten 19km langen sogenannten „Krim-Brücke“ überspannt, die die 2014 annektierte Halbinsel Krim mit dem russischen Festland

– der Halbinsel Taman – vereint. Da aber der Weg über die Straße von Kertsch zu ukrainischen Hafenstädten wie z.B. zu Mariupol mit ca. 450.000 Einwohnern führt, ist die Meerenge sowohl für Russland als auch für die Ukraine von höchster strategischer Bedeutung. Ohne russisches Einverständnis ist für ukrainische Schiffe seit der Fertigstellung der Brücke im Mai 2018 die Meerenge von Kertsch de facto nicht passierbar und die Spannungen nehmen immer mehr zu.

Im Berichtszeitraum drohte die Lage zu eskalieren, nachdem am 25. November ukrainische Marineboote daran gehindert wurden, die Meerenge zu passieren. Laut Kiewer Darstellung wurden ukrainische Marineboote nicht nur an der legalen und vorher angemeldeten Weiterfahrt von Odessa nach Mariupol gehindert, sondern diese wurden zudem auch von den Russen beschossen. Ein Marineschlepper wurde zudem von einem Schiff des russischen Grenzschutzes gerammt. Insgesamt sollen bis zu sechs Ukrainer verletzt worden sein, 24 Besatzungsmitglieder wurden festgenommen und die Boote beschlagnahmt. Gemäß Vereinbarung müssen sich ukrainische Schiffe bei russischen Behörden anmelden, um ungehindert zu ihren Gewässern und Häfen gelangen zu können. Russland behauptet, die ukrainischen Boote hätten sich weder vorher angemeldet, noch hätten sie auf Anweisungen reagiert und deshalb wirft man ihnen eine illegale Grenzverletzung und Kiew im Allgemeinen „gefährliche Manöver“ vor. Laut der ukrainischen Darstellung verstoße Russland gegen das UN-Seerechtsübereinkommen und den Vertrag zwischen der Ukraine und Russland zur Nutzung des Asowschen Meers und der Straße von Kertsch. Die Folge war eine ernstzunehmende Eskalation.

Ausrufung des Kriegsrechts

Noch am gleichen Abend tagte in der Ukraine ein hochbesetzter Krisenstab unter Leitung des Präsidenten Petro Poroschenko zusammen mit dem Innenminister, Verteidigungsminister und dem Geheimdienstchef. Dabei wurden weitere sicherheits- und verteidigungspolitische Maßnahmen wie das Versetzen der Streitkräfte in Alarmbereitschaft und die Verhängung des Kriegsrechts in Teilen der Ukraine beschlossen. Die EU und NATO riefen die Beteiligten zur sofortigen Deeskalation auf, wobei insbesondere seitens der Allianz bekundet wurde, uneingeschränkt die Souveränität der Ukraine unterstützen zu wollen. Nachdem der Vorfall bekannt wurde, mahnte die Sprecherin der Kommission, Maja Kocijanic, ein entsprechendes Handeln seitens Moskaus ein: „Wir erwarten von Russland, die freie Passage der Straße von Kertsch wiederherzustellen.“ Trotz internationaler Aufforderungen, eine Eskalation zu verhindern, deutete alles auf weitere Zuspitzung der Situation hin.

In einer Fernsehansprache erklärte der ukrainische Präsident, dass laut Geheiminformationen Russland einen Angriff auf die Ukraine planen würde, deshalb wären weitere militärische Vorkehrungen notwendig. Schließlich wurde per Präsidentendekret das Kriegsrecht verhängt, um laut offiziellen Darstellungen „das Land für die Abwehr einer möglichen russischen >Invasion< zu rüsten.“ Poroschenko verkündete medial, dass unmittelbar ein „großer Krieg“ drohe. Mit der Ausrufung des Kriegsrechts, wohlgemerkt erstmals seit der Annexion der Krim durch Russland und dem Ausbruch des bewaffneten Konfliktes im Dobass, schien es kurzzeitig tatsächlich so, als ob die Situation außer Kontrolle geraten könnte.

Auch Russland hat den Vorfall dafür genutzt, die Truppenpräsenz auf der Krim zu verstärken und verlegte laut Medien über ein Dutzend Kampfflugzeuge vom Typ SU-27 und SU-30 auf den Luftwaffenstützpunkt Belbek. Damit wäre man aus der Sicht des russischen Außenministers Sergej Lawrow auf "eine Provokation" der Ukraine zu Neujahr vorbereitet gewesen. Bereits Ende November kamen Gerüchte auf, wonach Moskau auch die Verlegung des Flugabwehr-Raketensystem S-400 auf die Krim beabsichtige.

Von einigen Experten wurden diese Vorkommnisse auch als Ablenkung der russischen Regierung von sozialen Protesten im Zuge der Anhebung des Pensionsalters angesehen. Im Oktober unterzeichnete Putin das Gesetz der Pensionsreform mit der erstmals seit 90 Jahren das Pensionsalter bei Männern von 60 auf 65 Jahren und bei Frauen schrittweise von 55 zunächst auf 60 Jahre angehoben werden soll. Begleitet wurden die Regierungsabsichten von landesweiten Protesten einhergehend mit einem Popularitätsverlust von Präsident Putin. Inwieweit die militärischen Spannungen mit der Ukraine Auswirkungen auf die innenpolitischen Befindlichkeiten haben würden, bleibt offen. Jedenfalls rückte mit dem Vorfall in der Meerenge von Kertsch der seit 2014 tobende Konflikt in der Ukraine wieder in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der internationalen und sicherlich auch russischen und vor allem der ukrainischen Öffentlichkeit.

Aufgrund des Kriegsrechts wurden besonders die weiterführenden Entscheidungen und Maßnahmen der ukrainischen Regierung danach bewertet, ob das Kriegsrecht über die 30 Tage hinaus verlängert werden würde. Am Tag des Auslaufens dieser rechtlichen Ausnahmeregelung verkündete schließlich der ukrainische Präsident, dass aufgrund der Sicherheitslage keine weitere Verlängerung des Kriegsrechts durchgeführt werde. Im Rahmen des Kriegsrechts dürften männliche russische Staatsbürger im Alter von 16 bis 60 Jahren die Ukraine nicht betreten. Poroschenko betonte, dass 1.650 Russen an der Einreise gehindert wurden. Zudem sagte er ausdrücklich, dass das Kriegsrecht in „keiner Weise den Alltag der

Zivilbevölkerung beeinflusst“ hatte. Damit reagierte der Präsident auf die Kritik sowohl aus dem In- als auch Ausland. Denn diese kriegsrechtlichen Maßnahmen, die ursprünglich gleich 60 Tage hätten dauern sollen, wurden auch im Westen kritisiert.

Obwohl die zunächst befürchtete Eskalation ausblieb, wurde ein vereinbarter Waffenstillstand im Donbass im Vorfeld des Neujahrs, der bis zum 7. Januar hätte dauern sollen, bereits wenige Stunden nach der Ausrufung gebrochen. Aufgrund gegenseitiger Beschuldigung war die Situation entlang der Kontaktlinie zwischen ukrainischen Streitkräften und den Separatisten zu Jahresbeginn 2019 sehr unklar. Es ist anzunehmen, dass sich die Lage in der Konfliktregion bei Verbesserung der Witterungsverhältnisse zuspitzen könnte. Ausschlaggebend werden jedenfalls die innenpolitischen Entwicklungen in der Ukraine, die weiteren Maßnahmen der russischen Regierung sowie die generelle internationale Sicherheitslage sein.

Internationale Reaktionen

Bereits einen Tag nach dem Vorfall in der Meerenge von Kertsch tagte der UN-Sicherheitsrat zum Zwischenfall. Die US-Botschafterin bei der UNO, Nikki Haley, sprach von einer „>skandalösen Verletzung< der ukrainischen Souveränität und einem >arroganten Akt<, den die internationale Gemeinschaft verurteilen muss“. Auch US-Präsident Donald Trump äußerte sich gegenüber Russland scharf, sprach von einer „Aggression“ und betonte, die Ukraine unterstützen zu wollen. Der NATO-Generalsekretär, Jens Stoltenberg, sprach von einer "sehr ernsten" Situation und forderte Russland auf, die beschlagnahmten ukrainischen Schiffe freizugeben und deren Besatzungen freizulassen. Ähnlich fielen die Reaktionen von EU- und NATO-Staaten aus. Großbritannien, Frankreich, Polen, Dänemark und Kanada bezeichneten die Ereignisse als „russische Aggression“. Deutschland wiederum handelte etwas zurückhaltender. In einem Telefongespräch betonten Angela Merkel und der russische Präsident Wladimir Putin die Notwendigkeit eines Dialoges und man vereinbarte "die Option einer Analyse des Vorfalls unter Beteiligung russischer und ukrainischer Grenzschutzexperten". Russland lehnte jedoch das Angebot von deutsch-französischen Vermittlungen zwischen Kiew und Moskau dezidiert ab.

Aufgrund des Vorfalls wurden neue Sanktionen der EU gegenüber Russland angedacht. Erweiterungen der Sanktionen wurden von einigen EU-Mitgliedsländern, insbesondere von baltischen Staaten, vehement gefordert. In diesem Zusammenhang äußerte sich die österreichische Außenministerin Karin Kneissl wie folgt: "Alles hängt von der Sachverhaltsdarstellung ab und vom weiteren Verhalten der beiden Kontrahenten", aber, so Kneissl weiter:

"(...) das [d.h. die Verhängung von EU-Sanktionen, Anm. d Verf.] wird zu prüfen sein".

Wie erwartet wurde beim Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs am 13. Dezember die Verlängerung der bestehenden EU-Sanktionen gegen Russland beschlossen. Zwar konnte man sich aufgrund der Vorkommnisse in der Straße von Kertsch nicht auf eine Ausweitung der Sanktionen einigen, sowie dies von einigen Staaten verlangt worden war, allerdings wurden auch keine Diskussionen über eine Lockerung der bereits seit 2014 verhängten Maßnahmen geführt. In einer Erklärung der Kommission heißt es: *„Die Maßnahmen zielen auf den Finanz-, Energie- und Verteidigungssektor sowie auf den Bereich der Güter mit doppeltem Verwendungszweck ab. Sie wurden am 31. Juli 2014 angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, zunächst für einen Zeitraum von einem Jahr eingeführt, dann jedoch im September 2014 verschärft.“* Des Weiteren sind 164 Einzelpersonen und 44 Organisationen von den Sanktionen betroffen. Eine Lockerung der Sanktionen, wie in der Vergangenheit von Vertretern der österreichischen Bundesregierung eingefordert wurde, dürfte es auf absehbare Zeit nicht geben. Auch wird die Position der neuen EU-Kommission, die sich 2019 bilden wird, entscheidend sein.

Anstehende Präsidentschaftswahlen in der Ukraine

Russische Regierungsvertreter bezeichneten die Atmosphäre im Kontext des Vorfalls in der Meerenge von Kertsch als „Kriegshysterie“ und warfen ihrerseits der Ukraine vor, die westlichen Partner Kiews in „einen Konflikt provozieren“ zu wollen. Dies solle laut russischen Vertretern im Kontext der Präsidentschaftswahl in der Ukraine am 31. März 2019 stehen, in der sich der amtierende ukrainische Präsident Poroschenko der Widerwahl stellt. Das Kriegsrecht schränkte bürgerliche Freiheiten wie das Recht auf Versammlungsrecht ein. Angesichts der schlechten sozialen Lage sind zum Teil auch gewalttätige Demonstrationen in der Ukraine keine Seltenheit. Laut Meinungsumfragen wurden Poroschenko im Berichtszeitraum nur geringe Chancen auf eine Wiederwahl attestiert. In einer Umfrage von Anfang November wünschten sich 64% der Ukrainer Frieden im Land. Als die größten Probleme wurden von 66% Befragten der bewaffnete Konflikt genannt, gefolgt von der landesweiten grassierenden Korruption mit 44%. Die Arbeitslosigkeit lag mit 30% an dritter Stelle der am dringendsten zu lösenden Herausforderungen. Dem amtierenden Präsidenten würden dabei lediglich nur 10 Prozent der Wähler ihre Stimme geben. Somit lag Poroschenko in den Meinungsumfragen weit hinter der erstgereihten Julia Timoschenko mit 21% und dem

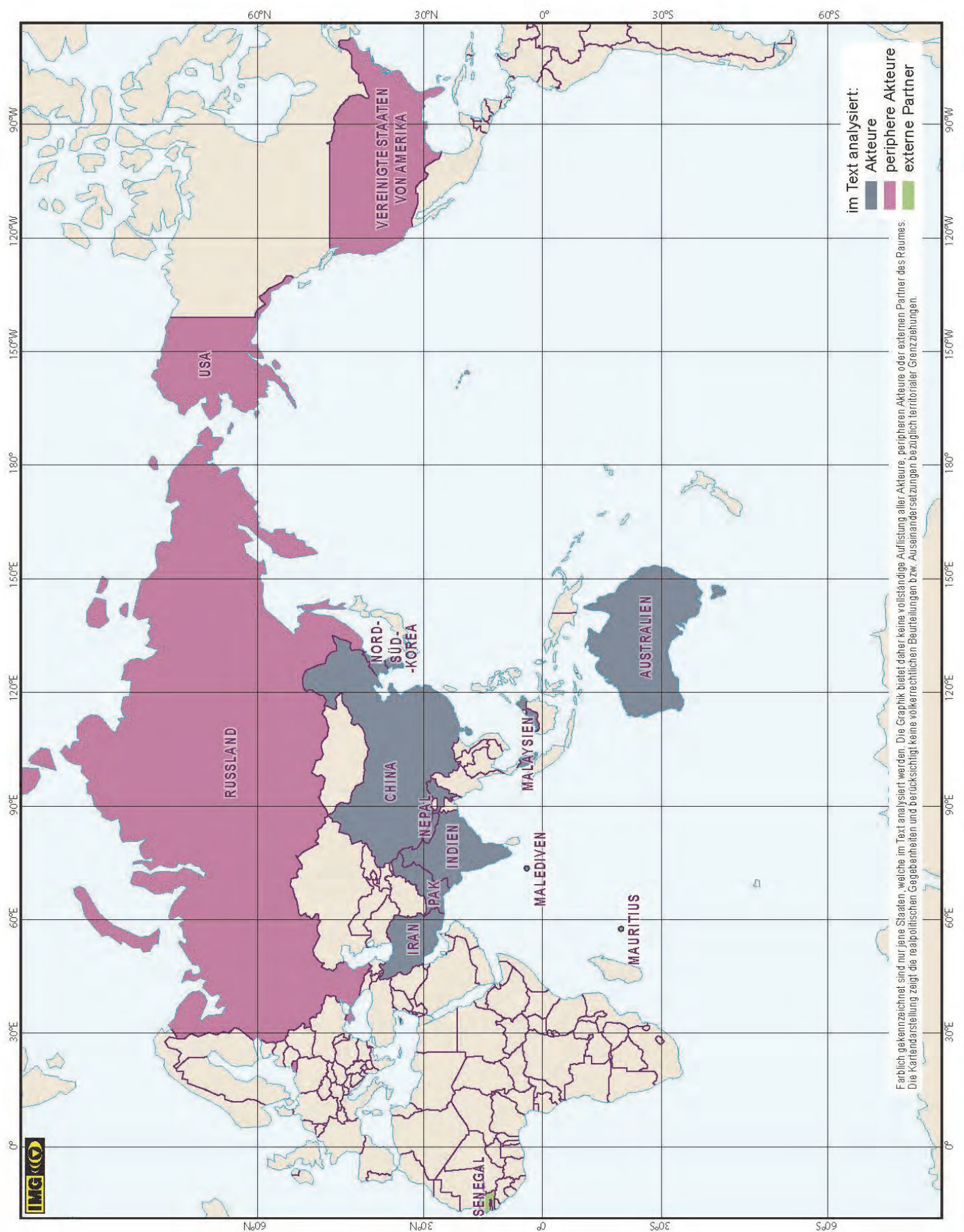
Schauspieler Wolodymyr Selenskyj, der 11% bei den Meinungsumfragen erreichte.

Die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine können von unterschiedlichen Entwicklungen beeinflusst werden. Derzeit versucht der amtierende Präsident durch öffentlichkeitswirksame Maßnahmen die Stimmung zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Dazu gehörte auch, dass am 15. Dezember eine unabhängige ukrainische orthodoxe Kirche gegründet wurde, die unabhängig vom russischen Patriarchen und somit der Orthodoxie Russlands sein soll. Das Oberhaupt der neugegründeten ukrainischen Nationalkirche, Metropolit Epifani von Perejaslawl, wurde von Poroschenko nach seiner Wahl durch Bischöfe persönlich vorgestellt. Dabei hob der ukrainische Präsident die Bedeutung dieser Maßnahme als eine Abgrenzung gegenüber Russland mit folgenden Worten hervor: *"Heute ist der Tag der endgültigen Erlangung der Unabhängigkeit von Russland"*. Inwieweit der amtierende Präsident seine schlechten Popularitätswerte verändern und somit auch die anstehenden Wahlen gewinnen wird können, war zu Jahresbeginn 2019 nicht absehbar. Allerdings kann nicht ausgeschlossen werden, dass im Vorfeld der Wahlen eine Eskalation mit Russland oder konkret zwischen den ukrainischen Streitkräften und den pro-russischen Separatisten im Donbass die Stimmung beeinflussen könnte. Aus Poroschenkos Sicht musst zunächst das Ziel erreicht werden, in die Stichwahl zu kommen.

Ausblick

Das Jahr 2019 wird für die weiteren EU-Russland-Beziehungen ausschlaggebend sein, da sich mit der Wahl zum EU-Parlament nicht nur eine neue Kommission bildet, sondern sich auch veränderte Dynamiken im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik ergeben könnten. Vieles wird davon abhängen, wer im März 2019 in die Stichwahl der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine kommen wird. Ohne eine nachhaltige Verbesserung der Beziehungen zwischen Kiew und Moskau ist eine nachhaltige Annäherung zwischen der EU und Russland kaum vorstellbar. Deshalb müssen auch die Entwicklungen in der Ostukraine beobachtet werden. Ein weiterer wichtiger Faktor bleibt die Politik des Weißen Hauses. In jenem Maße, in dem Präsident Donald Trump innenpolitisch unter Druck gerät, könnte er mit untererwarteten außenpolitischen Manövern aufhorchen lassen. Derzeit deutet einiges auf eine Zuspitzung des Konfliktes mit dem Iran und China hin. Welche Rolle Russland für die USA dabei spielen wird, scheint noch nicht eindeutig festzustehen.

Rastislav Bachora



Indo-pazifischer Raum

Der indopazifische Raum

Durch den langfristigen Denuklearisierungsprozess in Nordkorea sowie den als strategische Eingrenzung Chinas konzipierten US-Handelsstreit, der sich auf den Sicherheitsbereich und regional auf das Südchinesische Meer auswirkt, beginnen sich die (militärischen) Machtverhältnisse im Konfliktfeld China–Indien–Russland–USA zu verlagern. Drittstaaten stehen im strategischen Wettbewerb und wegen der deutlichen Verschlechterung der chinesisch-US-amerikanischen Beziehungen unter dem Druck der USA, Partei zu ergreifen, wobei sie strategische Vorsicht und wirtschaftliche Integration unterschiedlich gewichten. Erstmals unter Xi Jinping agiert China zurückhaltender.

Das Konfliktfeld China–Indien–Russland

Die traditionellen Achsen China–Pakistan–Iran bzw. Indien–Russland–Afghanistan–Iran verändern sich, z.B. bei der chinesisch-russischen Koordinierung betreffend Afghanistan. Indien, das sich in enger Abstimmung mit Russland und Iran gegen eine Ausbreitung der Taliban in Afghanistan engagierte, sieht diese nach wie vor als radikale militante Gruppe, die von Pakistan im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet gefördert den Dschihad nach Indien exportiert, v.a. nach Jammu und Kashmir. Russland akzeptiert nun ebenso wie China die Rolle Pakistans und der Taliban als mögliche Verbündete gegen potentielle Aktivitäten des Islamischen Staates. China will das Eindringen von IS-Terrormilizkämpfern verhindern und unterstützt die Errichtung einer Militärbasis im Wakhan-Tal und das Training afghanischer Soldaten finanziell, mit einem chinesischen Bataillon personell sowie mit Waffen und Militärgerät. Eine begrenzte indisch-russische Beziehung akzeptiert China wegen der potentiellen Verlangsamung einer Annäherung Indiens an die USA.

Der Einfluss Russlands

Mit strategisch und ökonomisch bedeutenden Ressourcen- und Waffenverkäufen sowie der Beteiligung an überregionaler Transportinfrastruktur stärkt Russland seine geopolitische Position und Marktpräsenz. Pragmatisch unterhält Russland Beziehungen zu einander konkurrierenden Ländern, z.B. zu China und Indien im RIC-Mechanismus. Die traditionellen Rivalen Indien und Pakistan nahmen als neue Mitglieder in der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit erstmals an der in Russland abgehaltenen Antiterrorübung Peace Mission 2018 teil. Die beim südkoreanisch-russischen Gipfel im Juni unterzeichnete Absichtserklärung für eine Transportverbindung von Süd- über Nordkorea und Russland bis Europa mit Baukosten von 3,5 Mrd. US-\$

ermöglicht Südkorea eine Landbrücke und Nordkorea Profite durch Transitgebühren. In die Gegenrichtung plant Russland die erste, 1.100 km lange und 2,5 Mrd. US-\$ teure Erdgaspipeline nach Südkorea. Bisher importierte Südkorea als global zweitgrößter Käufer nach Japan ausschließlich das aufgrund der flexibleren Transportwege strategisch unabhängigere Flüssiggas.

China & Russland

Die Ziele Chinas und Russlands konvergieren hinsichtlich des westlichen Drucks, der Chance zur Machtprojektion und der Werte. Zu internationalen Fragen stimmen sie ihre Position häufig ab, als langfristiges überregionales Ziel präferieren beide eine asiatische Sicherheitsarchitektur. Begrenzt wird die Kooperation durch die Vermeidung formeller Allianzen und - bei Interessenskonflikten und territorialen Ansprüchen - großer Risiken, wegen Russlands Unzufriedenheit mit seinem untergeordneten Status, Chinas stärkerem Streben nach Aufrechterhaltung der Weltordnung sowie Widerstand Dritter.

Mit 50 Mio. Tonnen jährlich ist Russland Chinas bedeutendster Erdöllieferant. Nach Fertigstellung der Kraft-Sibiriens-Gaspipeline (Sila Sibiri) 2019 fließt die Jahreskapazität von 61 Mrd. Kubikmetern großteils nach China. Drei der Seidenstraßenkorridore betreffen Russland. Mit einem Überschuss für Russland beträgt die bilaterale Handelsbilanz nach zweimaligem Wachstum um je ein Fünftel 100 Mrd. US-\$. Der russische Indien-Handel erreicht mit angestrebten 30 Mrd. US-\$ bis 2025 nur einen Bruchteil davon.

China verbessert seine strategische Langstrecken-Luftabwehr mit dem nun realisierten, bereits 2014 vereinbarten Kauf von S-400 im Wert von 3 Mrd. US-\$ als Nachfolge der SA-20 (S-300PMU1/2) und der einheimischen CSA-9. Gemäß dem Vertrag aus 2015 über 24 SU-35 Kampfflugzeuge erfolgte eine 10-Stück-Teillieferung. Mit 15 Mrd. US-\$ drittgrößter Abnehmer russischer Waffen 2017 will China die technologische Kooperation intensivieren.

Die im Mai vereinbarte verstärkte militärische und strategische Zusammenarbeit resultierte in Chinas erstmaliger Teilnahme am größten russischen Militärmanöver Wostok 2018 in der Transbaikal Region in Ostsibirien. Die nicht kampferfahrene PLA profitierte durch das praktische Erproben der russischen Militärtechnologie, Taktik und Strategie sowie Kampferfahrung aus dem Syrienkrieg. Im Gegensatz zu bisherigen gemeinsamen Militärübungen standen im September konventionelle Gefahren im Mittelpunkt. Das 4-tägige simulierte Manöver zur Abwehr eines Einmarsches umfasste unter einer russisch-chinesischen Einsatzführung den grenzüberschreitenden Einsatz, Übungen für die Stabsorganisation bzw. die Einheiten mit scharfer Munition sowie die Militärparade. Ziel war

die Steigerung der Einsatzfähigkeit in einer abgelegenen Region. China entsandte 3.200 Mann der Land- und Luftstreitkräfte des Northern Theater Commands, 1.000 Fahrzeuge und Waffensysteme sowie 30 Flugzeuge und Hubschrauber, darunter Typ 99 Kampfpanzer, ZBD-08 Schützenpanzer, WZ-9 und WZ-19 Kampfhubschrauber, Mi-171 Hubschrauber sowie sechs Xian JH-7A Jagdbomber.



Wostok 2018 (chinesische Fahnenaufschrift 攻无不克: „Stets siegreich“)

Der Indische Ozean

Indien zwischen Russland & den USA

Indien strebt nach Beibehaltung seiner maximalen Handlungsfreiheit, strategischen Autonomie und historischen Führungsrolle trotz der machtdynamischen Veränderungen, u.a. durch Aufrüstung und Beziehungen zu rivalisierenden Ländern. Seine Waffen stammen aus Russland und mit einem 10-Jahres-Volumen von 15 Mrd. US-\$ vermehrt aus den USA. Basierend auf einem Vertrag aus 2016, als ihm strategische US-Verteidigungssysteme verwehrt blieben, erwarb Indien nun fünf weitere S-400 im Wert von 5,8 Mrd. US-\$, unter Sanktionsandrohung der USA im Rahmen von CAATSA. Entscheidend ist die Fähigkeit zur Neutralisierung von chinesischen Fernaufklärungs- und Luftbetankungsflugzeugen sowie Bombern in bis zu 400 km Entfernung, denn die Alternativen Patriot plus THAAD bzw. Aegis fokussieren bei großer Reichweite auf ballistische Bedrohungen bzw. nur bei kurzer Reichweite auf die gewünschte Flugabwehr. Angesichts der westlichen Isolierung Russlands und des wachsenden Waffenmarktanteils der USA in Asien zeigt der S-400-Erwerb Indiens Vertrauen in und Unterstützung für die russische Waffenindustrie. Er bekräftigt die traditionelle indisch-russische Zusammenarbeit vor dem Hintergrund der verstärkten Kooperation Indiens mit den USA bzw. Russlands mit China und Pakistan. Indien plant zudem den Kauf von 4 Fregatten der Kriwak-III-Klasse um 2 Mrd. US-\$, von AK-103 Sturmgewehren um 1 Mrd. US-\$ sowie die

lokale Produktion von 200 Kamow Ka-226 Sergei leichten Mehrzweckhubschraubern um 1,5 Mrd. US-\$.

Durch den erstmaligen Zugang zu den verschlüsselten US-Kommunikationsnetzwerken verbessert Indien die Verteidigungsbereitschaft und Interoperabilität. Mit der Stärkung der strategischen Bedeutung des gesamten Raumes formalisieren die USA die Integration Indiens in das asiatische Machtgleichgewicht. Bis jetzt wurde die hochwertige Kommunikationstechnik bei Lieferungen an Indien entfernt, zuletzt bei Lockheed Martin C-130 J Super Hercules Militärtransportflugzeugen, Boeing P-8 Poseidon Seefernaufklärungs- und U-Boot-Jagdflugzeugen sowie Boeing C-17 Globemaster III Militärtransportflugzeugen. Bereits am 30.7. erhielt Indien, obwohl kein US-Verbündeter, den STA-1 Status für erleichterte US-Waffenkäufe, über den in Asien nur Südkorea und Japan verfügen. Am 6.9. unterzeichneten Indien und die USA das COMCASA-Verteidigungsabkommen im Rahmen des 2+2 Dialogs der Verteidigungs- und Außenminister.

Indien & China: pragmatischer Wettbewerb

Der bilaterale Handel zwischen Indien und China stieg um 30%, doch verstärken vier der Seidenstraßenkorridore, v.a. in Pakistan, die langjährigen Grenzstreitigkeiten; eine Militärhotline soll die Konfliktgefahr nun reduzieren. Angesichts Chinas Unterstützung für die pakistanische Perspektive im Kaschmir-Konflikt befürchtet Indien die Unterminierung seiner Territorialansprüche. Eine zunehmende Kooperation zeigt sich im Bereich Big Data, künstliche Intelligenz und IoT. Bei der Etablierung von Hafenstützpunkten in Drittländern agieren Indien und China in pragmatischer Koexistenz.

... im Iran

Im Iran, Drehscheibe zwischen Zentralasien, Kaukasus und Nahem Osten, beschleunigen die Seidenstraße und der Nord-Süd-Transportkorridor als indisch-russisch-iranisches Joint Venture den Zugang zu den zentralasiatischen Energieressourcen und die Anbindung an Europa. Chinas Exportzuwächse nach Zentralasien übertreffen inzwischen bereits jene von Indien. Der iranische Tiefseehafen Tschabahar am Golf von Oman dient als strategischer Knotenpunkt eines Indiens, den Iran und Afghanistan umspannenden Transportnetzwerks. Die von Indien mit 500 Mio. US-\$ unterstützte Entwicklung resultiert aus der pakistanischen Verweigerung von Transitrechten an Indien für dessen Handel mit Afghanistan und ist auch als Gegengewicht zu Chinas Präsenz im 70 km entfernten pakistanischen Hafen Gwadar zu sehen. Die Offenheit des Irans für eine Projektbeteiligung auch durch China und Pakistan limitiert die indisch-

iranischen Beziehungen. Indiens Finanzpartner für Infrastrukturprojekte, Japan, erwog vor den US-Sanktionen die Errichtung eines Industriezentrums in Tschababar. Über den Hafen Bandar Abbas, einem Hauptquartier der iranischen Marine, plant Indien einen weiteren Transportkorridor via Mundra Port in Gujarat, dem größten privaten Hafen Indiens, nach Westbengalen bzw. über Turkmenistan und Kasachstan nach Ostrussland.

... und auf Mauritius

Neben der strategischen Lage bietet Mauritius, das diplomatisch China und Indien einbindet, eine stabile Demokratie, vermuteten Ölreichtum in seiner EEZ, Vorteile des Offshore-Bankings und die Mitgliedschaft in afrikanischen Wirtschaftspartnerschaften. Chinas Bedeutungszuwachs als Investor zeigt sich in der 1,3 Mrd. US-\$ teuren Modernisierung des Hafens Port Louis in einen Hub zwischen Asien und Afrika und mit COSCO als zukünftigem Hafenmanager, der Finanzierung eines neuen internationalen Flughafenterminals um 260 Mio US-\$ sowie der Einrichtung der Afrika-Zentrale von Huawei. Für den traditionellen Sicherheits- und Finanzpartner Indien ist die Kontrolle der Seewege mit der Passage von 70% des globalen maritimen Erdölhandels und 50% der kommerziellen Transitfracht essenziell. Nach der Verweigerung einer Militärbasis auf den Seychellen finanziert Indien die Landebahnerweiterung durch zwei indische Bauunternehmen auf den politisch zu Mauritius gehörenden, allerdings 1.100 km nördlich und damit näher bei den Seychellen liegenden Agalega Inseln mit 87 Mio. US-\$. Die Überdimensionierung lässt eine künftige Nutzung als Militärbasis vermuten.

Indien & Australien

Zum 4. Mal in Folge schloss Indien Australien von der jährlichen Marineübung Malabar aus, die ursprünglich nur Indien und die USA, seit 2015 auch Japan umfasste. Mit Australien wäre das von 7. - 16.6.2018 nahe Guam abgehaltene Manöver eine Demonstration der militärischen Zusammenarbeit des im Herbst 2017 wiederbelebten strategischen Verteidigungsdialogs Quad. Indien setzt jedoch auf trilaterale Beziehungen zu den USA und Japan bzw. Australien, auch um China nicht zu provozieren. Australien sichert seine Verteidigungskapazitäten durch Aufrüstung und Intensivierung der technologischen Kooperation mit den USA, deren strategische Prioritätensetzung sich bei schwindender Interventionsbereitschaft und als bisheriger Garant für Australiens überregionale Sicherheit vom Pazifik auf den von China zunehmend beeinflussten Indischen Ozean verlagert.

Beim Werben um eine strategische Partnerschaft mit dem demokratischen Indien setzt Australien auf die geopolitische Übereinstimmung im Sinne einer inklusiven Wirtschaftsintegration und einer auf Regeln basierenden internationalen Ordnung. Die Einparteienherrschaft seines wichtigsten Wirtschaftspartners China sieht Australien wegen ihrer Begünstigung der raschen und koordinierten Durchsetzung der wachsenden chinesischen Interessen als Problem. Die langfristigen Motive Australiens liegen in der Diversifizierung und der strukturellen ökonomischen Komplementarität mit Indien. Zu den Herausforderungen zählen Indiens Protektionismus und der Fokus auf FDI zum Nachteil des Handels. In Indien locken die Urbanisierung, die schrittweise Verlagerung der zu 90% informellen in die formelle Wirtschaft, der Fokus auf Weiterqualifizierung und die Demographie.

US-Machtprojektion im Südchinesischen Meer

Die verstärkte US-Militärpräsenz, u.a. mit B-52H Bombern, der US-Verbündeten sowie die Verknüpfung der Territorialdispute mit Taiwan erhöhen den Druck auf China und Drittstaaten. China strebt die Ausweitung seines strategischen Raumes in der maritimen Peripherie sowie den Status einer Seenation an und fühlt sich durch die an Häufigkeit und Ausmaß zunehmenden Manöver im Namen der grundsätzlich respektierten FONOPs provoziert. Routinemäßig halten sich China und die USA seit 2014 an den nicht bindenden Verhaltenskodex CUES (Code for Unplanned Encounters at Sea) für die Kommunikation der Luft- und Seestreitkräfte. Im Mittelpunkt stand einmal mehr das von China militariserte und auch von den Philippinen, Taiwan und Vietnam beanspruchte Mischief Reef in den Spratley Inseln westlich der philippinischen Insel Palawan. Die strategisch bedeutende Lage ermöglicht China die Beobachtung der US-Militäraktivitäten, v.a. im Luftwaffenstützpunkt Antonio Bautista auf Palawan, den die USA seit 2016 als einen von fünf philippinischen Militärflugplätzen nutzen dürfen. China könnte die militärischen Aktivitäten der Philippinen stören, die auf der nahen Insel Thitu über eine Landebahn und auf Second Thomas Shoal über eine kleine Garnison verfügen.

Die USS Decatur, ein Zerstörer der Arleigh-Burke-Klasse, wurde am 30.9. auf einer Routinemission innerhalb der 12-nm-Zone des Gaven bzw. Johnson Reefs in den Spratley Inseln während eines „unsafe encounters“ vom chinesischen Lenkwaffenzerstörer Lanzhou der Luyang-Klasse (Typ 052C) zum Verlassen des Gebiets aufgefordert.

FONOPs: Die Freiheit der Navigation

Im Südchinesischen Meer, einer essenziellen Transportroute mit einem jährlichen Frachtvolumen im Wert von 5 Billionen US-\$, erheben zahlreiche Anrainerstaaten wie Brunei, China, Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Taiwan und Vietnam Ansprüche auf teilweise überlappende Gebiete.

Als Zeichen der Nichtakzeptanz der v.a. chinesischen Ansprüche auf Gewässer und Meereszonen, nicht jedoch der Territorialansprüche an sich führt die US-Marine seit 2015 regelmäßig demonstrative Fahrten mit Kriegsschiffen (Freedom of Navigation Operations, FONOPs) durch.



Die territorialen Ansprüche im Südchinesischen Meer

Die meisten US-FONOPs richteten sich gegen die Forderung von China, Taiwan und Vietnam nach einer Vorankündigung für eine friedliche Durchfahrt oder für Militärübungen. Die vierte US-FONOP im Südchinesischen Meer protestierte gegen Chinas Handhabung der rund 30 Paracel Inseln als Archipel. Denn nur natürlichen Inselgruppen gesteht UNCLOS das Ziehen einer geschlossenen Linie um alle Inseln zu, wodurch die gesamte Region als Hoheitsgewässer betrachtet wird und ihrerseits eine Anschlusszone begründet. Der Aufforderung der USA an ihre Verbündeten zur Durchführung von FONOPs mit der eigenen Marine im Südchinesischen Meer folgten Japan, Australien, Großbritannien und Frankreich. Indien hingegen weigerte sich mangels Nutzens und um keine lokalen Konflikte anzufachen.

Die US-FONOPs betrachtet China als im Rahmen des Wettbewerbs der Großmächte, jene der US-Alliierten jedoch eher als Protest gegen seine Territorialansprüche.

Diese untermauert China seit einigen Jahren mit der künstlichen Aufschüttung von Inseln und der Errichtung von Militärstützpunkten, doch erwirken die Aufschüttungen gemäß des internationalen Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (UN Convention on the Law of the Sea, UNCLOS) keine erweiterten Rechte für die Nutzung oder Seefahrt. Diese basieren auf der zuvor existierenden natürlichen Formation Insel, Fels oder Erhebung bei Niedrigwasser.

Nur natürliche **Inseln** begründen drei Meereszonen.

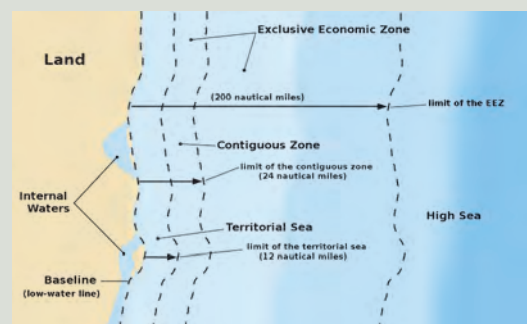
Erstens das Küstenmeer mit vollem Territorialrecht, das sich bis 12 nautische Meilen (nm) von der Küste aus erstreckt und den Luftraum und den Meeresgrund einschließt. Zweitens die als Teil der internationalen Gewässer geltende Anschlusszone, die an das Küstenmeer angrenzt und ebenfalls 12 nm weit reicht. Drittens die ausschließliche Wirtschaftszone (exclusive economic zone, EEZ), die auf einer Ausdehnung von 200 nm von der Küste aus auch das Küstenmeer und die Anschlusszone umfasst. Die EEZ generiert spezielle Rechte für die Erforschung und Nutzung von natürlichen Ressourcen. Sie gilt wie die Anschlusszone als Teil der internationalen Gewässer, die üblicherweise als Hochsee bezeichnet wird.

Felsen generieren eine Anschlusszone, jedoch keine EEZ.

Gesteinsformationen, die nur bei **Niedrigwasser** über den Meeresspiegel reichen, berechtigen zu keinen territorialen Ansprüchen, außer sie befinden sich innerhalb des Küstenmeeres und begründen dadurch als neuer Ausgangspunkt die unterschiedlichen Meereszonen.

Im Küstenmeer gilt gemäß UNCLOS für Handels- und Kriegsschiffe ausschließlich das Recht der friedlichen Durchfahrt auf direktem Kurs (innocent passage), die keiner vorherigen Erlaubnis bedarf. Eine Ankündigung ist nur bei Anlaufen eines Hafens nötig.

Ab der Anschlusszone dürfen keine Einschränkungen für die freie Seefahrt erfolgen, d.h. auch Militärübungen und Kursänderungen sind möglich.



Die Meereszonen gemäß UNCLOS

FONOPs der US-Verbündeten

Japan intensivierte seine Militäraktivitäten u.a. mit einem Manöver seines Hubschrauberträgers Kaga (DDH-184) und des Zerstörers Inazuma (DD-105) mit der britischen Fregatte HMS Argyll Ende September im Indischen Ozean. Die Militärübung nahe des von China und den Philippinen beanspruchten Scarborough Shoal im selben Monat mit dem U-Boot Kuroshio, gemeinsam mit dem Hubschrauberträger Kaga und den zwei Zerstörern Inazuma und Suzutsuki bestätigten die japanischen Selbstverteidigungskräfte erstmalig. Zuvor lief die Kuroshio als erstes japanisches U-Boot im Rahmen eines 5-tägigen Port Calls eine strategisch bedeutende Militärbasis in Vietnam an, dem schärfsten China-Kritiker.

Unter Berufung auf die in UNCLOS verankerte freie Navigation näherte sich das größte britische amphibische Kriegsschiff HMS Albion am 31.8.2018 auf ihrer Fahrt von Japan nach Ho Chi Minh City den Paracel Inseln, die von China kontrolliert und von Vietnam und Taiwan beansprucht werden. Die von der chinesischen Marine entsandte Fregatte und zwei Hubschrauber verwarnten die Briten.



Chinesischer Luyang-Lenkaffenzerstörer

Die Seidenstraße

Strategisch dient die Seidenstraße neben der Transportinfrastruktur auch Chinas Energiesicherheit, besonders im Falle einer Blockade der Malakka-Straße, sowie als Gegengewicht zur (maritimen) US-Präsenz in Asien. Sie übt einen erheblichen Einfluss auf die regionale und globale Sicherheitspolitik aus. Die chinesische Staatsführung bezieht ihre Legitimität aus dem Wirtschaftswachstum und der Armutsreduktion. Gleichzeitig ermöglicht die Entwicklung einer eigenständigen, integrierten Wirtschaftsregion China den gewinnbringenden Absatz seiner Überproduktion, die Internationalisierung seiner Unternehmen und eine stabile Peripherie, die selbst vom Infrastrukturausbau profitiert. Die rasche und in Asien aufmerksam verfolgte Projektevaluierung durch die neu gewählten Regierungen in Malaysia, Pakistan und den Malediven dient der Korruptionsaufdeckung der Vorgängerregierungen und der aktuellen

Wirtschaftlichkeitsbewertung. Der Vorwurf der Schuldendiplomatie veranlasst China zu einem umsichtigeren Vorgehen.

Malaysien: Baustopp

Zwei Monate nach dem historischen Machtwechsel stoppte der neue Premierminister Dr. Mahathir Mohamad Anfang Juli mit der Begründung der mangelnden Profitabilität zwei chinesische Großprojekte. Die Staatsschulden betragen 250 Mrd. US-\$. Im Gegensatz zu heute setzte sich Dr. M während seiner ersten Amtsperiode von 1981 bis 2003 für die Partnerschaft mit China ein. Die ökonomische Verflechtung und die Kritik daran nahmen unter seinem Amtsvorgänger Najib Razak zu, heute ist China der wichtigste Wirtschaftspartner. Der 20 Mrd. US-\$ teure und 688 km lange East Coast Rail Link ist eine strategisch bedeutende, nun als entbehrlich eingestufte Landbrücke zwischen dem Südchinesischen Meer und dem Indischen Ozean und könnte auf ein BOT-Modell (build, operate, transfer) mit nur 12% der Originalkosten reduziert werden. Der sofortige Baustopp betrifft auch zwei Gaspipelines im Wert von 2,3 Mrd. US-\$. Die Hochgeschwindigkeits-Bahn zwischen der Hauptstadt Kuala Lumpur und Singapur, ein noch nicht ausgeschriebenes 27 Mrd. US-\$ Projekt mit potentiellen Investoren aus China, wird zwei Jahre aufgeschoben. Unter Dr. M steigen die Spannungen mit Singapur. Die Korruptionsvorwürfe gegen Najib Razak beziehen sich nicht nur auf die ohne Ausschreibung im November 2016 vergebenen Infrastrukturprojekte. Auf seinem privaten Bankkonto befinden sich 972 Mio. US-\$, die vermutlich aus dem staatlichen Investitionsfonds 1MDB stammen, laut Najib jedoch von Gönnern aus der saudi-arabischen Monarchie. Der insgesamt 4,5 Mrd. US-\$ vermissende Staatsfonds steht im Zentrum eines 2015 publik gewordenen Geldwäscheskandals mit Auswirkungen auf mindestens sechs Länder, darunter die USA, Singapur und die Schweiz.

Pakistan: Kapitalbedarf

Die Handlungsfreiheit des im Sommer 2018 erstmals gewählten Premierministers Imran Khan bei der Neubewertung ist limitiert, da der 63 Mrd. US-\$ teure China-Pakistan Wirtschaftskorridor (CPEC) seit der 2017 erfolgten Integration in die nationale Sicherheitspolitik der politischen Führung des Militärs untersteht. Eine Reduktion der Kosten und Abhängigkeit von China soll das Aufschieben von künftigen CPEC-Projekten ermöglichen. Khan, ein US-Kritiker, verfügt nach seinem einzigartigen Sieg über die etablierten politischen Dynastien der Bhuttos und Sharifs zwar über die für einen zivilen Führer unerlässliche Unterstützung des Militärs, dieses förderte

jedoch stets eine funktionsfähige Beziehung sowohl zu China als auch zu den USA. Das zuletzt abgekühlte Verhältnis zwischen Pakistan und den USA wird das Militär künftig stärker formen als Khans regierungsunerfahrene Partei PTL. Den im Wahlkampf versprochenen Antikorruptionskampf realisierte Khan mit der Beauftragung eines 9-köpfigen Untersuchungskomitees für alle CPEC-Vereinbarungen hinsichtlich einer nachteiligen Verhandlungsführung und Misswirtschaft durch den vorigen Premierminister Nawaz Sharif. Im Fokus stehen überhöhte Einspeisetarife an chinesische Energieunternehmen und ein Autobahnbau in Zentralpakistan. Im September luden Pakistan und China offiziell Drittländer zur CPEC-Teilnahme ein, v.a. in den künftigen Sonderwirtschaftszonen.

Ein Fünftel der externen Verbindlichkeiten von insgesamt 92 Mrd. US-\$ entfällt auf China. Mit 70% des BIPs (BIP: 305 Mrd. US-\$) erreichen die öffentlichen Schulden den höchsten Wert seit 15 Jahren und zwingen Pakistan trotz Wirtschaftswachstums zur Verhandlung eines 8 Mrd. US-\$ schweren, nunmehr zwölften Rettungsplans mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF). Dieser bedingt allerdings die Offenlegung der CPEC-Konditionen. Saudi-Arabien gewährte Pakistan im Oktober einen dreijährigen Kredit über 6 Mrd. US-\$ und investiert im Gegenzug in Energie- und Ressourcenprojekte an der iranischen Grenze, darunter eine Erdölraffinerie und ein strategisches Öllager im von China verwalteten Hafen Gwadar. Dies ruft Bedenken hinsichtlich einer potentiellen Verlagerung des saudi-arabisch – iranischen Stellvertreterkriegs in die Region hervor. Die Vereinigten Arabischen Emirate stellten am 6.1.2019 6,2 Mrd. US-\$ zur Verfügung. China ist trotz seiner Präferenz für eine IWF-Lösung unter der Bedingung von strukturellen Wirtschaftsreformen nach 6 Mrd. US-\$ 2017 zu einer weiteren finanziellen Unterstützung bereit. Weitere Gelder erhofft sich Pakistan von Malaysia.

Malediven: Neuverhandlung

Die an den Hauptschifffahrtsrouten im Indischen Ozean liegenden Malediven stehen zunehmend wegen der Luftzutrittsrechte im Mittelpunkt des chinesisch-indischen Misstrauens. Bei Realisierung des chinesischen Vorschlags zur Errichtung eines Hafens und Flughafens auf dem Atoll Laamu in den südlichen Malediven könnten diese der PLA für eine weitreichende See- und Luftraumüberwachung, auch über die US-Militärbasis auf Diego Garcia, dienen. Auf Laamu unterhält die indische Marine ebenso wie auf der Insel Gan seit einem Jahrzehnt Hubschrauberflugplätze, die die Malediven während der politischen Krise Anfang 2018 Indien verwehren wollten. Hier vermutet Indien ebenso militärische Absichten Chinas wie bei der künftigen

Nutzung des 400 km von der indischen Küste entfernt neu errichteten chinesischen Meeresobservatoriums.

Der am 23.9. überraschend zum Präsidenten gewählte Oppositionskandidat Ibrahim Mohamed Solih betont die Äquidistanz zu China und Indien. Er setzte sich gegen den seit 2013 autoritär regierenden, China freundlichen Amtsinhaber Abdulla Yameen durch und gilt als enger Vertrauter von dessen Vorgänger Mohamed Nasheed, der in seiner Amtszeit bis 2012 enge Beziehungen zum traditionellen Partner Indien pflegte. Der wegen Intransparenz vorerst geschätzte Schuldenstand von 3 Mrd. US-\$ übersteigt die zweifachen Jahreseinnahmen, entfällt größtenteils auf China und veranlasst Solih zu Neuverhandlungen. Nach der Auftragsstornierung und Pönalezahlung von 271 Mio. US-\$ an eine indische Firma hatten sich unter Yameen die Baukosten für die Modernisierung des internationalen Flughafens auf 1 Mrd. US-\$ sowie für dessen Brückenverbindung mit der Hauptstadt Male trotz Verkleinerung des ursprünglichen Projektumfanges auf 200 Mio. US-\$ verdoppelt. Kredite und Baufirmen stammen aus China. Von der Gesetzesänderung zur Etablierung von Touristenresorts profitierten Unternehmen aus China, woher inzwischen 25% der Touristen kommen.

Nepal: willkommene Alternative

Nepal steht im Zentrum des geopolitischen Wettbewerbs zwischen China und Indien. Traditionell wirtschaftlich von Indien abhängig, profitiert Nepal von der chinesischen Alternative zur Selbstpositionierung als Handels- und Transitdrehscheibe über den Himalaya. Die seit 15.2. neue Regierung unter Premierminister Khadga Prasad Sharma Oli verfügt mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament über eine größere Manövrierfähigkeit und überraschte Anfang September mit der kurzfristigen Absage der erstmaligen Teilnahme an einer Militärübung mit Indien. Die Manöver mit den BIMSTEC-Ländern nutzt Indien als strategisches Mittel zur Machtprojektion unter Ausschluss von China und Pakistan. BIMSTEC ist ein regionales Bündnis für technische und wirtschaftliche Kooperation und umfasst neben Indien Bangladesch, Bhutan, Myanmar, Nepal, Sri Lanka und Thailand.

Neu: Die Seidenstraße in Westafrika

Bislang umfasste die Seidenstraße nur die afrikanische Ostküste. Nun nutzt China den ökonomisch und politisch stabilen Senegal als Sprungbrett für die Integration Westafrikas in die Seidenstraße sowie für die Konsolidierung seines Einflusses in der historisch von Frankreich dominierten Region. Das ambitionierte Ziel ist die Verbesserung der transkontinentalen Transportinfrastruktur zwischen West- und Ostafrika.

Durch die geographische Lage des Senegal gewinnt China einen strategisch wertvollen Zugang zur westafrikanischen Region und zur Atlantikküste. Die Hauptstadt Dakar verfügt neben einem neu errichteten Flughafen über einen effizienten, von China finanzierten Tiefwasserhafen. Die überregionalen chinesischen Ambitionen zeigen sich in der Finanzierung einer Sonderwirtschaftszone außerhalb Dakars. Senegals Mitgliedschaft im AGOA-Handelsabkommen ermöglicht China den Export der lokal hergestellten Produkte in die vergleichsweise abgeschlossenen europäischen und US-Märkte.

Der Senegal fand in China einen alternativen Wirtschaftspartner zur ökonomischen Diversifizierung und zur nachhaltigen Erschließung der teilweise neu entdeckten Erdöl- und Erdgasquellen. Als zweitwichtigster Handelspartner wird China die zukünftige Zusammenarbeit auf den Antiterrorkampf, auf Friedensmissionen und den Erhalt der sozialen Stabilität ausweiten. Die Bedeutung des Senegals als erster westafrikanischer Partner der Seidenstraße zeigt sich im zweitägigen Staatsbesuch durch den chinesischen Präsidenten Xi Jinping auf seiner Anreise zum zehnten Gipfeltreffen der BRICS-Mitglieder von 25. - 27.7. in Südafrika.

Europäische Atlantikküste

Portugal formalisierte mit der MoU-Unterzeichnung am 5.12. die Kooperation mit China beim Ausbau des einzigen portugiesischen Tiefseehafens Sines zu einer bedeutenden atlantischen Container-Plattform.

Ostasien

China & der INF-Vertrag

Der am 20.10. von den USA verkündete unilaterale und utilitaristische US-Vertragsausstieg birgt neben dem folgenschweren Effekt auf die globale Waffenkontrolle die Gefahr einer horizontalen und vertikalen Eskalation im Indopazifik sowie einer Senkung der Krisenstabilität durch den Präventivdruck. China sieht darin US-Aufrüstungsambitionen und einen Beleg für die US-Überzeugung von ihrer waffentechnischen Überlegenheit. Auf China könnte der Druck zur Teilnahme an einem künftigen Waffenkontrollvertrag steigen. Aufgrund der regionalen Risikobewertung setzt China auf ballistische Mittelstreckenraketen als Kernbereich der strategischen Abschreckung und Abriegelung (A2/AD). Mit den DF-21D und DF-26 stellt China der US-Seepräsenz mit see- und luftgestützten Marschflugkörpern eigene landgestützte Raketen entgegen. Die US-Verbündeten lehnen derzeit landgestützte US-Raketensysteme auf ihrem Territorium

ab. Eine INF-Stationierung auf dem von China 3.300 km entfernten US-Territorium Guam würde die Insel zu einem chinesischen Erstschlagziel machen und einen Konflikt auf US-Hoheitsgebiet horizontal ausdehnen. Das erhöhte Risiko der gegenseitigen Fehleinschätzung durch den Rüstungswettlauf steigert die Gefahr der vertikalen Eskalation, da im Zweifelsfall und bei unklarer Unterscheidung zwischen nuklearen und nicht-nuklearen Zielen Atomwaffen früh in einem möglichen Konflikt eingesetzt würden.

China & die US-Sanktionen gegen den Iran

Als größter Abnehmer des iranischen Erdöls mit bis zu 800.000 Barrel täglich bei einem Gesamtexport von 3,8 Mio. Barrel pro Tag bezieht China als essenzieller Partner 10% seines Bedarfs aus dem Iran, nach China und Indien zusammen flossen 2017 43% der iranischen Ölexporte. Nach der Verschärfung der US-Sanktionen unterstützt China, wie auch Indien und Russland, den Iran politisch und wirtschaftlich gegen eine Isolierung durch den Westen. Der staatliche Energiekonzern CNPC übernahm im Abschnitt II des South Pars Gasprojekts zusätzlich zu seinem Drittelanteil den 50,1%-Anteil von Total nach dessen Rückzug wegen der snapback sanctions. Trotz vorläufiger Ausnahme von den US-Sanktionen für China, Südkorea, Indien, Taiwan und Japan wickelt China zur Minimierung der Auswirkungen auf seine Unternehmen und Banken die iranischen Termingeschäfte und Erdölimporte zunehmend in der chinesischen Währung RMB ab. Eine häufig befürchtete Internationalisierung des RMB ist für China kein vorrangiges Ziel trotz der Vorteile wie z.B. die Reduktion der Währungsrisiken, Transaktions- und Kapitalkosten. 2016 erfolgten nur 1,7% aller weltweiten Zahlungen mit RMB, 64% hingegen mit dem US-\$.

Chinas Nukleartechnologie

Chinas modernstes AP1000 Atomkraftwerk ist nach 168 Tagen Probetrieb in Sanmen kommerziell einsatzbereit. Ein auf französischer Technologie basierender EPR Reaktor wurde im Dezember im südchinesischen Taishan (Provinz Guangdong) ans Stromnetz angeschlossen. Mit 38 Anlagen und weiteren 18 in Bau, v.a. an der Ostküste, betreibt China weltweit zwar die drittmeisten Atomkraftwerke und ist für 50% der globalen Investitionen in Kernenergie verantwortlich, deckt seinen enormen Energiebedarf jedoch nur zu 3% daraus ab. Derzeit befindet sich China auf dem Weg, die Führung bei der Entwicklung der Nukleartechnologie und Industriekapazität sowie bei der Steuerung der Atomenergie zu übernehmen. Im Falle eines Erfolges wird China entscheidenden Einfluss auf die globale Normung und das Verständnis für die Risikosteuerung von Kernkraftwerken ausüben. Die

strategischen Auswirkungen betreffen die nukleare (Betriebs-) Sicherheit, die (Nicht-) Verbreitung von Nuklearwaffen, die Energieproduktion, den globalen Handel und den Klimaschutz.

Die umfassende staatliche Unterstützung erfolgt im Hinblick auf die nichtkommerziellen strategischen Vorteile, d.h. die Energiesicherheit, die technologische Entwicklung und die Reduktion der Umweltverschmutzung durch die Diversifizierung. Die Förderung umfasst vorteilhafte Preisgestaltung und Marktregelungen, den erleichterten Zugang zu Informationen und Entscheidungsträgern sowie finanzielle Subventionen. Die widersprüchliche Energiepolitik fordert im Sinne der Profitabilität die Senkung der Systemkosten, Marktreflexen und gleichzeitig die Beibehaltung der staatlichen Kontrolle über strategisch wichtige Wirtschaftsbereiche. Trotz intensiver Forschung stammt die gewünschte modernste Technologie immer noch aus dem Ausland, wie jene des US-Unternehmens Westinghouse in Sanmen. Die USA begrenzen zivile Nuklearexporte an ihren mit 170 Millionen US-\$ 2017 zweitgrößten Käufer China. Von der langfristigen Bedeutung der Kernkraft bisher überzeugt, gilt sie zunehmend als zu teuer, komplex und riskant. Nach der Nuklearkatastrophe in Fukushima halbierte China seine langfristigen Baupläne für ursprünglich 400 Kernkraftwerke bis 2050. Seit Dezember 2016 begann kein einziger Neubau eines kommerziellen Atomkraftwerks.

Chinas (Nicht-) Teilnahme an Militärübungen

Die weltweit zunehmenden Militärübungen zeigen Präsenz und Verteidigungskapazitäten und stärken die Einsatzfähigkeit. Gemeinsame Übungen dienen der Vertrauensbildung auf strategischer und operativer Ebene sowie der Interoperabilität hinsichtlich Einsatzdoktrin, Militärpraktiken, Trainingsmethoden, Waffen und Waffensystemen.

Neben der schon zuvor analysierten Teilnahme am russischen Manöver Wostock 2018 war dabei ein Manöver im ASEAN-Rahmen von besonderem Interesse. Als Meilenstein für die regionale Stabilität bezeichnete der chinesische Verteidigungsminister Wei Fenghe das erstmalige einwöchige Marinemanöver der zehn ASEAN-Länder mit China vor der Provinz Guangdong mit Schwerpunkt auf dem CUES-Verhaltenskodex. Parallel übten in Malaysia malaysische, thailändische sowie 692 PLA-Soldaten des Southern Theater Command, aus Hongkong und Macau. China entsandte drei Marineschiffe, zwei Bordhubschrauber, drei Il-76 Militärtransporter und vier Fahrzeuge.

Als erstmaliger Teilnehmer an der seit 1993 stattfindenden multinationalen Marineübung Kakadu in der Nähe des australischen Hafens Darwin entsandte

China seine Lenkwaffen-Fregatte Huangshan. Gemeinsam mit Teilnehmern aus 27 Ländern, darunter die USA, Kanada, Indien und Japan, beteiligte sich China von 31.8. bis 15.9.2018 an maritimen Operationen wie Anti-U-Boot, Luftverteidigung, Durchsuchung und Beschlagnahme sowie Rettung. Wegen der Durchsetzung seiner territorialen Ansprüche im Südchinesischen Meer luden hingegen die USA China kurzfristig von der mit 26 Teilnehmern weltgrößten internationalen Militärübung RIMPAC aus. Das Manöver fand mehrwöchig im Sommer 2018 statt, u.a. mit den China-Kritikern Brunei, Malaysia, Indonesien, Philippinen sowie erstmals Vietnam und sichert den Zugang zu wichtigen Seerouten.

Entwicklungen in der chinesischen Militärtechnik

Seine offensive und defensive Luftwaffenfähigkeit verbessert China mit der Entwicklung des neuen Langstrecken-Bombers Hong-20 als Ergänzung zu den Shenyang J-31 und Chengdu J-20 Tarnkappenflugzeugen. Die Einsatzfähigkeit des für konventionelle wie nukleare Waffen geeigneten und mit Tarnkappeneigenschaften ausgestatteten H-20 wird nach den ersten Testflügen im November mit 2025 angenommen. Wider Erwarten erfüllen die WS-15 Emei Triebwerke der Chengdu Aerospace Corp. für den J-20 die Zuverlässigkeitskriterien noch nicht. Dies resultiert wegen der Verzögerung der J-20 Massenproduktion in der weiteren Abhängigkeit Chinas von den russischen Saturn AL-31 Triebwerken.

Die chinesische Marine strebt nach voller Kampfeinsatzfähigkeit für Teilstreitkräfte übergreifende Operationen. Die nach tödlichen Unfällen 2016 verbesserten Shenyang J-15 trägergestützten Mehrzweckkampfflugzeuge beherrschen nun die Start- und Landeoperationen auf dem Flugzeugträger Liaoning unter allen Bedingungen.



Amphibisches Transportflugzeug AG-600

Das neu entwickelte, weltgrößte amphibische Transportflugzeug AG-600 (Kunlong) schloss am 20.10. in der Provinz Hubei die Hochgeschwindigkeitstests auf dem Wasser ab. Mit einer der Boeing 737 vergleichbaren Größe, einer Reichweite bis 4.500 km und einer Wasserbeladungskapazität von 12 Tonnen wird es für Waldbrände, die Wasserrettung und maritime

Überwachung eingesetzt werden. Geplant sind vorerst 17 AG-600.

Nordkorea

Die Klärung der alle relevanten Bereiche betreffenden Divergenzen erfolgt auf den zwei Dialogebenen zwischen Nordkorea und dem um Aussöhnung bemühten Südkorea bzw. den kontinuierlich maximalen Druck ausübenden USA. Strittig sind der Umfang der atomaren Abrüstung, der Zeitrahmen, der Prozessablauf und seine Koordination, die Verifikation, die Ernsthaftigkeit Nordkoreas, die Fortführung der UN-Sanktionen sowie der Friedensvertrag. In einer klaren Trennung der Nordkorea bzw. die US-Allianz betreffenden Themenbereiche lässt der südkoreanische Präsident Moon Jae-in eine Vernetzung der nordkoreanischen Denuklearisierung mit der Schließung der USFK-Militärbasen oder der Beendigung des atomaren Schutzschirms nicht zu. Nordkorea hingegen inkludiert dies in die von ihm wiederholt zugesagte vollständige, überprüfbare und unumkehrbare Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel.

Mit China koordinierte Kim Jong-un vor seinem für die nächsten Wochen erwarteten Gipfeltreffen mit dem US-Präsidenten seine strategischen Interessen betreffend den Denuklearisierungsprozess, ein Friedensabkommen, die interkoreanischen Beziehungen, Wirtschaftskooperation und Sanktionserleichterung. Gleichzeitig mit Kims Antritt seines viertägigen Staatsbesuchs in Peking am 7.1.2019 begannen China und die USA im chinesischen Wirtschaftsministerium Verhandlungen zur Beilegung des Handelsstreits. Am selben Tag provozierte der Zerstörer USS McCampbell China auf seiner FONOP nahe den Paracel Inseln im Südchinesischen Meer.

Nach dem Nuklearteststopp Anfang 2018 und der Sprengung des Atomtestgeländes in Punggye-ri im Mai sagte Nordkorea die Schließung des 200 km nordwestlich von Pjöngjang liegenden Testgeländes für Interkontinentalraketen in Sohae (Dongchang-ri) sowie der Nuklearanlage in Yongbyon zu. Keine Absprache gab es für die von den USA im November als aktiv kritisierte ballistische Kurzstreckenraketenanlage in Sakkanmol bzw. jene für ballistische Mittelstreckenraketen in Yeongjeo-ri. Südkorea verwies auf deren kontinuierliche Satellitenüberwachung in US-Kooperation. Elf Tage nach der Wiederaufnahme der jährlichen Routinemanöver der südkoreanischen und US-Marine am 5.11. verkündete Nordkorea den erfolgreichen Test einer neu entwickelten taktischen Waffe, vermutlich einer ballistischen Langstreckenrakete. Für künftige Abrüstungsschritte fordert Nordkorea Sicherheitsgarantien und reziproke US-Maßnahmen, v.a. die Lockerung der Sanktionen. Dies bedingt für die USA und Südkorea jedoch die

vorherige atomare Abrüstung. China verwies wie Russland im September 2018 auf die im Einklang mit dem UN-Sicherheitsrat unter gewissen Umständen mögliche Sanktionserleichterung. Die mit den internationalen nicht deckungsgleichen unilateralen Sanktionen möchte Südkorea möglichst rasch aufheben. Rascher als erwartet erfolgten trotz Sicherheitsbedenken ab Mitte 2018 Maßnahmen zur militärischen Vertrauensbildung. Eingerichtet wurden ein bilateraler Militärausschuss zur Vermeidung von bewaffneten Konflikten, eine maritime Friedenszone an der Westküste und ein Verbindungsbüro in Kaesong. Für die Grenzregion vereinbarten beide Koreas das Aussetzen von Militärübungen, die Beseitigung von Landminen sowie die Reduktion von Waffen und Wachpersonal in der demilitarisierten Zone. Bei der Militärparade anlässlich des 70. Jahrestages der Staatsgründung am 9.9. verzichtete Nordkorea auf Interkontinentalraketen.

Der Gesamtbedarf für den Wiederaufbau der nordkoreanischen Infrastruktur wird auf mindestens 112 Mrd. US-\$ geschätzt. Drei Viertel des von Südkorea für 2019 bereitgestellten Budgets von 417 Mio. US-\$ sind für Straßen- und Schienenreparaturen vorgesehen. Beide Koreas streben eine rasche nachhaltige Wirtschaftsentwicklung an, v.a. Industrie-, Transport- und Logistikprojekte an der Westküste, im nordkoreanischen Kaesong und Kumgangsán sowie in den Bereichen Energie und Ressourcen an der Ostküste. Die überregionale Integration der Eisenbahntransport- und Stromversorgungsnetze in beiden Koreas, Russland, China, Japan, der Mongolei und Russland treibt das ambitionierte Südkorea an.

Beide Koreas wollen die seit 1953 existierende Waffenstillstandsvereinbarung mit einer von den USA abgelehnten formellen, politischen Erklärung zur Beendigung des Koreakrieges ergänzen und sehen diese als Basis für einen erst nach der vollendeten Denuklearisierung zu schließenden Friedensvertrag. Dieser wäre für die USA und Nordkorea ein großer Propagandaerfolg. Trump ginge als einer der besten US-Präsidenten in die Geschichte ein, für Kim wäre der Erfolg seines strategischen Atomprogramms durch die Fortführung seiner Herrschaft und die Normalisierung der internationalen Beziehungen bestätigt. China und Südkorea gewinnen v.a. politische Legitimität und öffentliches Image. Kurzfristig profitierte China vom Aussetzen der südkoreanisch-US-amerikanischen Militärübungen, langfristig durch die Gefahrenminimierung hinsichtlich eines Zusammenbruchs Nordkoreas sowie der atomaren und konventionellen Bedrohung. Dies gilt auch für Südkorea und Japan. Andererseits verliert China bei einer verbesserten US-nordkoreanischen Beziehung diplomatischen Einfluss auf Nordkorea, dafür wäre Südkorea nicht mehr der Spielball der USA und Chinas.

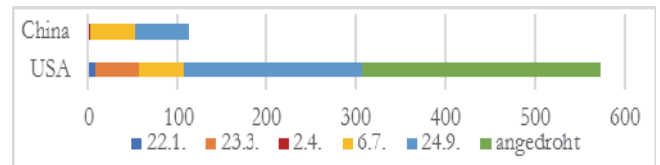
Stärkung der US-Position in Südkorea

Einen Abzug der 28.500 Mann starken USFK (US Forces Korea) lehnen die USA wegen des drohenden Verlustes ihrer militärischen Vormachtstellung in Ostasien ab. Als deren primäres Ziel gilt derzeit die strategische Abschreckung gegen Nordkorea und China sowie die Rückversicherung für die US-Verbündeten. Langfristig streben die USA nach einer Stärkung ihrer Machtprojektion im gesamten indopazifischen Raum. Mit der Konsolidierung der einzelnen US-Militärbasen in den zwei Garnisonen Pyeongtaek und Daegu verbesserten die USA ihre strategische Flexibilität im Sommer 2018 im Rahmen der Global Defense Posture Review mit dem Ziel der militärischen Neuausrichtung der USFK. Pyeongtaek, mit dem Hauptquartier Camp Humphreys 70 km südlich der Hauptstadt Seoul in der Provinz Gyeonggi, ermöglicht den US-Truppen unterschiedliche operative Taktiken für neue, umfassendere und multifunktionelle Aufgaben. Der Umzug nach zehnjähriger Bauzeit markiert die formelle und geographische Trennung des in Seoul verbleibenden gemeinsamen Streitkräftekommandos (Combined Forces Command, CFC) von den Hauptquartieren der USFK und des UNC (United Nations Command). Das CFC verfügt über die operative Kontrolle und dient der Abschreckung oder Vernichtung einer externen Bedrohung im Kriegszustand. Das UNC ist die einheitliche Kommandostruktur für die multinationalen Streitkräfte in Südkorea. 90% der Errichtungskosten für die Militärbasen von insgesamt 10,8 Mrd. US-\$ trug Südkorea. Dessen langfristige Investition in die US-Partnerschaft entspricht der US-Strategie zur besseren Positionierung des US-Militärs bei gleichzeitig maximaler Kostenreduktion. Der südkoreanische USFK-Kostenanteil betrug 2018 nach einer weiteren Erhöhung 861 Mio. US-\$, die von den USA geforderte Verdoppelung lehnt Südkorea ab.

Auswirkungen der US-Sanktionen

Die USA setzen China mit taktisch überraschender Härte im Rahmen ihres unilateralen Sanktionsregimes mit dem Argument der nationalen Sicherheit unter Druck. Dazu zählen die stete Verschärfung der Sonderzölle auf nunmehr 44% der chinesischen Exporte in die USA, die Marktzutrittsverweigerung für Telekomunternehmen wie Huawei und ZTE durch die USA und Verbündete wie Australien und das US-Ausfuhrverbot von Hochtechnologie nach China. In das neue USMCA-Handelsabkommen inkludierten die USA ein künftig stets vorgesehenes Vetorecht bei Abschluss eines Freihandelsvertrages mit einer Nicht-Marktwirtschaft. China wertet den von den USA forcierten Handelsstreit als strategische Eindämmung zur Aufrechterhaltung der (ökonomischen) US-

Hegemonie, reagiert aber mit Geduld, Dialogbereitschaft und Betonung der gemeinsamen und globalen Interessen unter Vermeidung einer direkten Konfrontation.



Die Importzölle der USA und Chinas 2018 (in Mrd. US-\$)

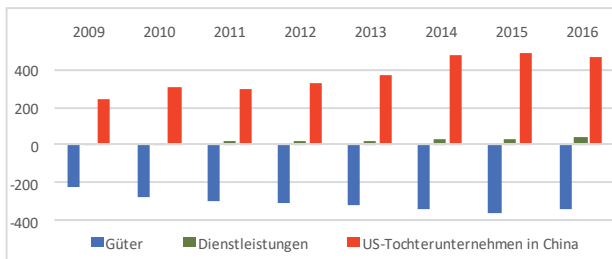
China rückt von seiner staatlich institutionell und finanziell geförderten, jedoch in Einklang mit den WTO-Richtlinien stehenden Außenwirtschaftspolitik nicht ab. Vielmehr stärkt es die Bedeutung seiner Staatsbetriebe, einem wesentlichen Machtinstrument im Rahmen der Internationalisierungsstrategie für die chinesischen Unternehmen. Wegen der drohenden Zunahme der Abwanderung von in- und ausländischen Wirtschaftsbetrieben, v.a. nach Vietnam, bewertet China seine Entwicklungsstrategie neu.

Vor dem Hintergrund der protektionistischen „America first“-Politik unterstreicht China die Fairness der WTO-Prinzipien gegenüber Entwicklungsländern, die die unterschiedlichen Entwicklungsstufen, industriellen Kapazitäten und Ressourcenverfügbarkeit berücksichtigen. Das Pro-Kopf-BIP betrug in China mit 8.643 US-\$ nur 14,5% von jenem der USA. Das gesamte chinesische Handelsvolumen erreichte 2017 4,1 Billionen US-\$. Die US-Handelsdefizite mit 102 Ländern 2017 betrachtet China als natürliche Folge der unterschiedlichen, strukturell optimierten Wirtschaftssysteme, der niedrigen US-Sparquote, der strengen US-Exportkontrolle für Hochtechnologie sowie des US-\$ als Leitwährung.

Den Überschuss übernahm China großteils von Japan und Südkorea, deren Anteil am US-Handelsdefizit von 1990 bis 2017 von 53,3% auf 11% sank, während Chinas Handelsplus von 9,4% auf 46,3% anstieg. Aufgrund der individuellen Berechnungsmethoden weisen die USA ihr Handelsdefizit mit 395,8 Mrd. US-\$ aus, China mit 275,8 Mrd. US-\$.

Relativ ausgeglichen ist die bilaterale Wirtschaftsbilanz unter Berücksichtigung nicht nur des Warenhandels, sondern auch des für China nachteiligen Dienstleistungshandels und des Umsatzes von US-Zweigniederlassungen in China. Letzterer betrug 481,4 Mrd. US-\$ 2015, das entspricht einem US-Plus von 455,8 Mrd. US-\$. Bei Chinas begrenztem Handlungsspielraum aufgrund der niedrigen Importquote aus den USA wäre die Einschränkung der Handlungsfreiheit der US-Firmen auf dem chinesischen Markt eine mögliche, allerdings auch für China selbst nachteilige nichttarifäre Gegenmaßnahme. Chinas Dienstleistungsdefizit entstammt bei einem

Gesamtvolumen von 695,68 Mrd. US-\$ 2017 zu 20% dem US-Handel. Die USA stellen für China den zweitwichtigsten Dienstleistungsmarkt dar, China für die USA den drittgrößten.



China-US-Wirtschaftskooperation: Bilanzen für Güter, Dienstleistungen und US-Tochterunternehmen in China 2009 – 2016 (in Mrd. US-\$)

Chinas Weißbuch zum Handelskonflikt von September 2018 betont die Vorteile der bilateralen Wirtschaftsbeziehung für die US-Ökonomie. Die kostengünstigen chinesischen Importprodukte erhöhten das US-BIP 2015 um 0,8%-Punkte und reduzierten den Verbraucherpreisindex um 1,5%-Punkte. Die US-Exporte und die beidseitigen Investitionsströme trugen 216 Mrd. US-\$ zum US-BIP bei und erhöhten die US-Wachstumsrate um 1,2%-Punkte.

Die USA stellen bei einem bilateralen Handelsvolumen von 583,7 Mrd. US-\$ 2017 mit einem Marktanteil von 19% den wichtigsten Exportmarkt Chinas dar und China die größte Importquelle der USA. 8% aller US-Produkte erreichen China, den mit einem Jahresdurchschnitt von 6,4% von 2008 bis 2017 am schnellsten wachsenden und nun drittstärksten US-Exportmarkt. Für China sind die USA mit einem 8%-Anteil die sechstgrößte Importquelle.



Das prozentuelle US-Exportwachstum nach China ist größer als das globale

Den Technologietransfer und die Lizenzvergabe, meist für veraltete Technologien, sieht China durch die Verlängerung des Produktlebenszyklus und damit der Profitdauer als für beide Partner vorteilhaftes Kooperationsmodell. Als zweitgrößter Empfänger von ausländischen Direktinvestitionen (FDI) erhielt China 2017 insgesamt 136 Mrd. US-\$, aus den USA 83 Mrd. US-\$. Die chinesischen FDI in den USA betrugen rund 67 Mrd. US-\$. In die eigene Forschung & Entwicklung

investierte China 2017 256 Mrd. US-\$ und nähert sich damit, gemessen am BIP, dem Durchschnittswert der OECD-Länder an.

Barbara Farkas

Chinas Big Data-Strategie

Soziale Stabilität, Wirtschaftswachstum sowie eine Effizienz- und Effektivitätssteigerung der staatlichen Administration verspricht sich China von seiner 15 Mrd. US-\$-Investition in Big Data und Cloud Computing in den nächsten fünf Jahren bzw. 150 Mrd. US-\$ für künstliche Intelligenz (KI) bis 2030. Dabei ist die rasche technische Entwicklung eng mit E-Governance und der Vermarktlichung verbunden.

Seit 2015 realisiert China schrittweise die strategische staatliche Nutzung von Big Data zur Bedarfsvorhersage, Entscheidungsfindung in Echtzeit und Verbesserung des Risikomanagements. Eine aktive, maßgeschneiderte staatliche Leistungserbringung, die (unvorhergesehene) technologische, soziale, wirtschaftliche und ökologische Entwicklungen im Optimalfall vorwegnimmt, soll die bisherige passive bzw. reaktive ersetzen. Im Vergleich zum fragmentierten liberalen Westen sieht sich China dazu aufgrund des vorhandenen politischen Willens, der finanziellen Ressourcen und der technologischen Kapazität besser in der Lage.

Entstehungsprozess

Inspiziert von Bonitätsbewertungssystemen anderer Länder folgten den Konzeptdiskussionen Ende der 1990er Jahre die ersten Pilotprojekte in den Schwerpunktbereichen Steuern, Produktion, E-Wirtschaft, Gesundheit und Bildung auf Provinzebene. Das inzwischen verfeinerte „System der sozialen Vertrauenswürdigkeit“ (meist als Sozialkreditsystem übersetzt) wurde ab 2001 ursprünglich zur Korruptionsbekämpfung eingesetzt, z.B. indem bestechliche Beamte aufgrund von öffentlichen Informationen über das Abgabensystem überführt wurden.

Die zentrale Koordinierung erfolgte ab 18. April 2007 über die interministerielle Konferenz, die Zusammenarbeit mit den Lokalregierungen, Industrieverbänden und wirtschaftlichen Akteuren über Memoranden. Ab 2010 erhöhte die Regierung die Transparenz der politischen Entscheidungen, stärkte den gesetzlichen Rahmen und ging gezielt auf Bürgerbeschwerden ein. Qualitätsmängel oder Betrug können auf der regierungseigenen Plattform 12365.gov.cn gemeldet werden. Das vom Staatsrat am 14. Juni 2014 publizierte politische Grundsatzdokument identifiziert die Regierung, Wirtschaft, Gesellschaft und das Rechtswesen als vier Schlüsselbereiche. Die zentrale Koordinierung verantwortet die von Xi Jinping geführte „Zentrale Leitungsgruppe für umfassende vertiefende Reformen“, den Implementierungsprozess die Nationale Entwicklungs- und Reformkommission (NDRC) in enger Vernetzung mit der chinesischen Zentralbank (People's Bank of China).

Ab 2020 strebt China eine automatische Analyse, Klassifizierung, Zusammenfassung und Beschreibung von Datentrends an. Nicht nur das gigantische Volumen und die Bandbreite der individuellen Daten von 1,4 Mrd. Menschen, sondern die darauf basierende Präzision und Geschwindigkeit der Auswertung wird die weitere globale Entwicklung der künstlichen Intelligenz (KI) prägen. Diese unterstützt die Mustererkennung, z.B. von Gesichtern oder Sprachen, die Mustervorhersage, die Lösungssuche oder mittels Ziel- oder Problemformulierung die Planung. Das chinesische IT-Unternehmen iFlytek ist bei der Entwicklung im Bereich Stimmenerkennung und Schlüsselwortidentifikation führend, das auf Gesichtserkennung spezialisierte Unternehmen SenseTime aus Hongkong galt 2018 als das weltweit wertvollste KI-Startup. Der globale Markt für Gesichtserkennung wird bis zum Jahr 2021 auf 6,5 Milliarden US-\$ geschätzt.

Den strategischen Wert von Daten unterstreicht China mit der Definition einer umfassenden nationalen Strategie mit Maßnahmen, Standards und Regulierungen zur Entwicklung der digitalen Wirtschaft und der Ausweitung der Behördenbefugnisse über das Internet. Das neue, relativ unscharfe Cybersicherheitsgesetz sieht die Speicherung aller von den Netzbetreibern gesammelten persönlichen Daten in China vor. Die teils verpflichtenden Sicherheitsüberprüfungen der IT-Unternehmen können wegen ihrer Intransparenz auch politischen Zwecken dienen, v.a. der Marktzugangsbeschränkung. Die Datentransferkontrolle erfüllt in China die Bedürfnisse der nationalen Sicherheit und dient nicht dem Datenschutz des Privatanwenders.

Zentrales Zielsystem

Chinas zentralisiertes, lern- und anpassungsfähiges Managementsystem, das ähnliche Aufgabenbereiche unterschiedlicher Behörden in einem einzigen, gegebenenfalls temporären Amt zusammenfasst, fördert die Zielerreichung als oberste Priorität. Die Implementierung spezieller Vorschriften verantworten übergeordnete Leitungsgruppen bzw. auf Regierungsebene die Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros.

Auch auf der untergeordneten staatlichen Ebene sind die Zuständigkeiten klar definiert und koordiniert, das betrifft die Wirtschaftsentwicklung (z.B. die Steigerung der Steuereinnahmen oder des BIP), die soziale Sicherheit (z.B. das Einkommenswachstum oder die Wiedereingliederung von Arbeitslosen) und die soziale Stabilität (z.B. das Verhindern von Bränden oder Fabriksunfällen).

Organisatorische und weniger technische Herausforderungen hemmen derzeit eine umfassende Big Data-Implementierung, die regelmäßige Auswertung der vorgeschriebenen internen Berichte betreffend der mehr als 40 regionalen Modellversuche soll sie künftig sicherstellen. Es mangelt an Fachwissen für detaillierte Auswertungen (Data Analytics & Data Mining) sowie an der Datenqualität, da aufgrund der Fragmentierung und des Wettbewerbs zwischen den Behörden unterschiedliche Datenbanken (Data Warehouses & Data Lakes) mit ungenauen, unvollständigen oder inkonsistenten Daten existieren; möglich sind auch Datenmanipulationen. Die Möglichkeit eines Systemzusammenbruchs, z.B. aufgrund eines Hackerangriffs, steht nicht öffentlich zur Diskussion.

Datenerstellung

Kameras, Sensoren oder Computerchips aus Überwachungssystemen, elektronischer Kommunikation oder der Nutzung von Bezahlkarten und sozialen Medien dienen dem Sammeln von Informationen, der Identifizierung oder der (Sicherheits-) Überwachung von Infrastruktur. Der IT-Konzern Alibaba soll sämtliche Kundenzahlungsdaten regelmäßig der chinesischen Regierung übergeben, über Smartphone-Apps wickeln die Chinesen ihre Einkäufe mittels QR-Code überwiegend bargeldlos ab. Über den Schutz der Privatsphäre und die Gefahr eines Datenmissbrauchs gibt es keine öffentliche Diskussion. Allerdings untersagte die Zentralbank Alibaba den Aufbau eines eigenen Kreditbewertungssystems.

Zweck & Auswirkungen

Das Sozialkreditsystem dient als technisch erweiterte politische Kontrolle mit globalen Konsequenzen der Institutionalisierung der grundsätzlichen Kooperationsstrukturen, dem Setzen von Standards sowie der Überwachung und Bewertung des Verhaltens von Personen, Unternehmen und anderen Organisationen hinsichtlich der Einhaltung von Vorschriften. Dabei prägt es auch den Diskurs innerhalb und außerhalb Chinas. Parallel existieren mehrere Bewertungssysteme mit unterschiedlichen, intransparenten Kriterien für verschiedene Zwecke. Auf den zwei Hauptplattformen Credit China und National Enterprise Credit Information Publicity System können die bereits vorhandenen Daten eingesehen werden.

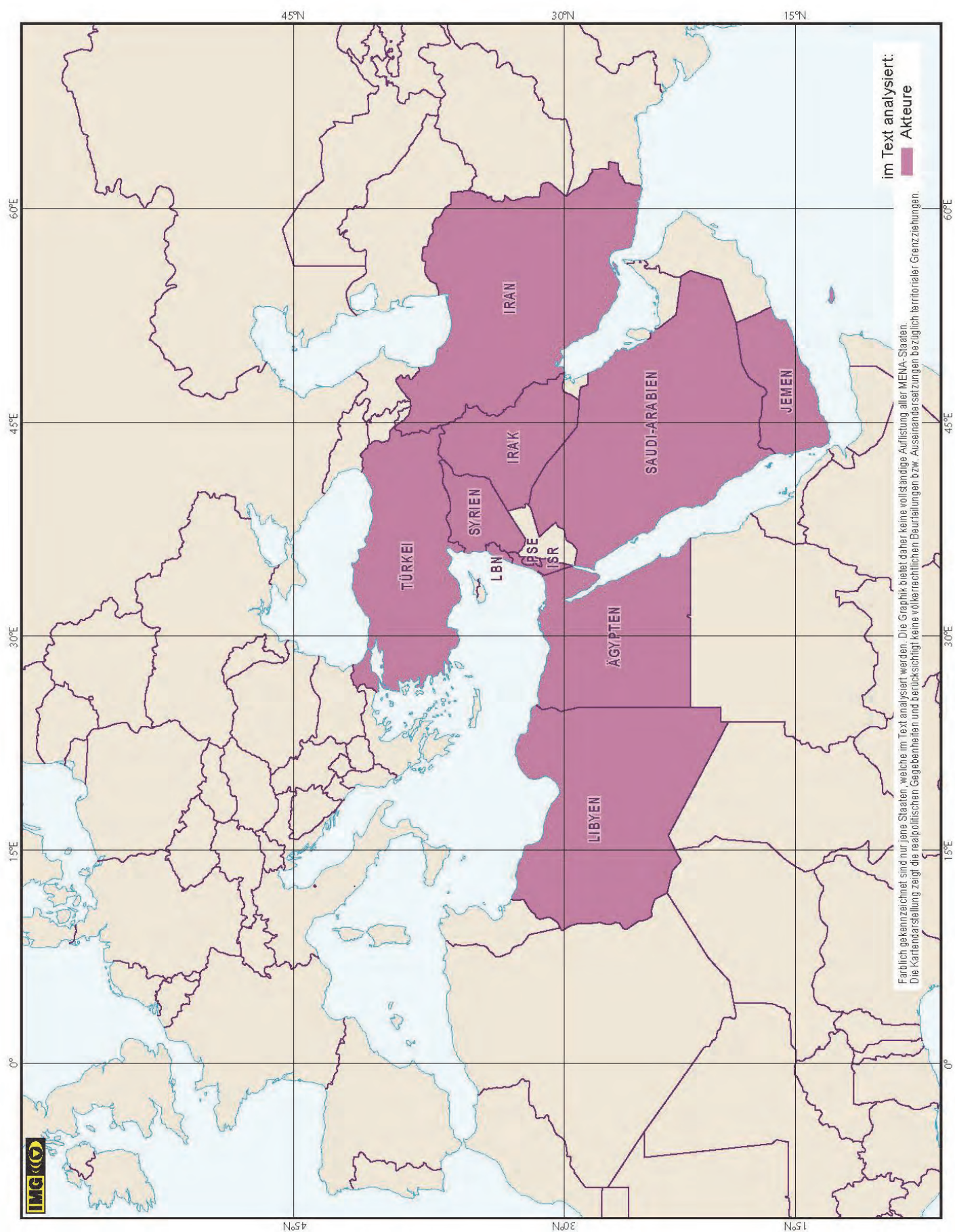
Big Data unterstützt die Krisenmobilisierung, die Entwicklung von Smart Cities und trägt mittels Nachverfolgung der Produktionsabläufe und Lieferketten über Barcodes zur Lebensmittelsicherheit bei. Der Gesundheitssektor profitiert besonders stark, denn die Vernetzung von Krankenhausdatenbanken mit auf Algorithmen basierenden Analysen von Arztbefunden ermöglicht den Bewohnern entlegener Gebiete eine präzisere Diagnose.

Im Ausland verbessert China sein Situationsbewusstsein und die Entscheidungsfindung mit Informationen in Echtzeit. Die sogenannte „wissenschaftliche Entscheidungsfindung“ im Rahmen der Soft Science erfolgt in Form einer zentralisierten Problemanalyse und stellt eine häufig überregionale Lösungsmöglichkeit zur Verfügung. Sie basiert auf von chinesischen Instituten, Think Tanks oder Unternehmen nach China übermittelten Daten oder Problemen und legitimiert die Korrektheit der Beschlussfassung und die Effektivität der Implementierung. Praktische Beispiele sind weltweit gleichlautende Argumentationen zu international diskutierten Themen.

Die auf Big Data basierende Feinabstimmung der Marktregulierung und Industriepolitik wird mittels Anreizsystemen, die als unsichtbare und selbstverstärkende Staatskontrolle fungieren, umgesetzt. Zur Förderung eines sozial und ökologisch verantwortlichen Vorgehens stellt China die Produktqualität, Zahlungsmoral, Emissionsziele oder Sicherheitsstandards in den Mittelpunkt und beeinflusst damit stärker als bisher Unternehmensentscheidungen, künftige Geschäftsmöglichkeiten oder Kosten-Nutzen-Rechnungen. Das Sozialkreditsystem soll andererseits die Einschätzung von potentiellen Geschäftspartnern oder Akquisitionszielen erleichtern. Seit Jahresbeginn 2018 ist für jede in China lizenzierte Firma ein 18-stelliger Zahlencode vorgeschrieben, seit 30. Juni 2018 auch für alle anderen Organisationen.

Öffentliche Akzeptanz

80% der Bevölkerung, v.a. die gebildete, wohlhabende und städtische, befürworten das Sozialkreditsystem unter der Annahme von fairen und transparenten Bewertungen als Instrument zum Schließen institutioneller und regulatorischer Lücken und in der Hoffnung auf Vorteile, z.B. kautionsfreie Nutzung der Sharing Economy, erleichterter Zugang zu Krediten bzw. günstigere Zinsen sowie erhöhte Gesetzestreue. Letztere ist im konfuzianischen, die Gemeinschaft vor die Individualität stellenden Denken ein bedeutendes Argument hinsichtlich der Einhaltung der vorgegebenen, hierarchischen Ordnung mit Pflichtbewusstsein und Disziplin. Der Überwachungsmechanismus entspricht traditionellen Systemen wie dem Familienverantwortlichkeitssystem Baojia oder dem Haushaltsregistriersystem Hukou und profitiert von der hohen Internetnutzungsrate. Da die meisten Chinesen schon längst von einer umfassenden Datenzugriffsmöglichkeit durch die Sicherheitsbehörden ausgehen, beunruhigt die Totalüberwachung kaum. Nur 1% der Bevölkerung lehnt das System ab.



Middle East & North Africa (MENA)

Die MENA-Region – Auf der Suche nach einer regionalen Neuordnung

Die explosive Kombination aus staatlicher Fragilität, autoritärer Konsolidierung und dem Kampf um regionale Vorherrschaft unter den Regionalmächten, die die Geopolitik im Nahen und Mittleren Osten sowie Nordafrika (MENA) in den letzten 15 Jahren geprägt hat, zeigt keine Anzeichen der Besserung. Das Vakuum in der regionalen Ordnung – ausgelöst durch die Invasion des Irak durch die USA und verschärft durch die politischen und sicherheitspolitischen Erschütterungen im Zuge der arabischen Proteste von 2011, hat die Regionalmächte nicht nur ängstlicher, sondern auch ehrgeiziger gemacht. Das daraus resultierende Machtspiel, das voraussichtlich auch 2019 ergebnislos bleiben wird, ist indes mit hohen Kosten verbunden.

Der Kampf um die Gestaltung dieser volatilen Region und die Anpassung an die sich ändernde Weltpolitik bestimmt das Verhalten der Regionalmächte. Türkei, Israel, Iran, Ägypten, Saudi-Arabien, die Vereinigte Arabische Emirate (VAE) und Irak sind in unterschiedlichen direkten militärischen oder Proxy-Konfrontationen involviert. Auch der Fokus auf die Zerschlagung transnationaler Bedrohungen, wie jener durch den *Islamischen Staat* (IS), und die Erfolge bei der Rückeroberung der IS-Gebiete, haben keine geopolitischen Verschiebungen gebracht. Aus den Ruinen von Mossul im Irak, Aleppo und Raqqa in Syrien, Benghazi in Libyen, Taizz und Hudaida im Jemen und Arish auf der Sinai Halbinsel hat sich noch keine neue Ordnung herauskristallisiert.



US-Special Forces waren im Irak und Syrien in Kämpfen gegen den IS involviert

In den letzten Monaten gab es substantielle Fortschritte im **Kampf gegen den IS** auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene. In Syrien und Irak hat das IS-Kalifat umfassende militärische Verluste erlitten und

auch deren Zweige in anderen Staaten wurden weitgehend eingedämmt. *Al-Qaida* konzentriert sich in Nordafrika, der Levante und der Arabischen Halbinsel darauf, ihre lokalen Strukturen zu stärken, gleichzeitig wird ihre globale Schlagkraft schwächer. Als Resultat ereigneten sich in westlichen Staaten wesentlich weniger Terroranschläge, die von *Al-Qaida*, dem IS oder deren Sympathisanten ausgingen, als in den Jahren zuvor.

Während also die MENA-Region 2018 von weniger dschihadistischer Gewalt heimgesucht wurde, dürfte dieser Zustand nur vorübergehend sein. Die gesellschaftspolitischen Spaltungen in fast allen Staaten in der Region sind nach wie vor groß, die autoritäre Herrschaft nimmt wieder zu, die wirtschaftlichen Probleme vertiefen sich und der allgemeine Zustand der Menschenrechte und Freiheiten hat sich stark verschlechtert. Wenn sich die USA aus Syrien zurückziehen, wodurch ihre Glaubwürdigkeit beeinträchtigt und ihre Hebelwirkung an anderer Stelle in der Region geschwächt wird, werden die Vakua entweder von autokratischen Akteuren gefüllt oder von militanten nichtstaatlichen Akteuren ausgenutzt. Solange dieser Zustand anhält, werden Terrorismus und Terrorismusbekämpfung 2019 und darüber hinaus zentrale Themen für die Sicherheitsdynamik der MENA-Region bleiben.

In **Libyen** setzte sich der politische Stillstand auch 2018 weiter fort. Libyens rivalisierende Regierungen werden von verschiedenen Milizen unterstützt, für die der chaotische Status Quo profitabel ist und für die politische Stabilität und Governance einen Verlust an Macht und Geld bedeuten würden. Politische Akteure hatten 2018 einen vielversprechenden Fahrplan, der vom UN-Sondergesandten Ghassan Salamé vorgeschlagen wurde, letztlich zum Scheitern gebracht. Angedacht war die Organisation einer nationalen Konferenz, gefolgt von Terminen für ein Verfassungsreferendum und Wahlen. Ein neuer Anlauf soll nun durch die Ende 2018 in Palermo stattgefundenen Gespräche gestartet werden. Das Jahr 2019 wird zeigen, ob das libysche Volk, unterstützt von ausländischen Mächten, darauf bestehen wird, dass das Land den Sprung von einer frustrierenden Übergangssituation zu einer dauerhaften und verfassungskonformen demokratischen Regierung schafft.

Die innere Sicherheit und die Konsolidierung des **ägyptischen** Regimes von Abdel Fattah Al-Sisi standen 2018 weiterhin im Mittelpunkt. Die Enge des politischen Raumes und die Repressionen gegenüber Dissidenten können als die schwerwiegendsten seit den 1960er Jahren beschrieben werden. Die

Präsidentenschaftswahl 2018 veranschaulichte zudem die politische Dominanz Sisis und seine Paranoia. Das Regime verhinderte, dass glaubwürdige Kandidaten zur Wahl antreten konnten. Im Laufe des Jahres wurden hochrangige Militär- und Sicherheitskräfte, darunter der Verteidigungsminister und der Geheimdienstchef, aus dem Amt entlassen, begleitet von einer zunehmenden Präsenz von Militärbeamten in der Bürokratie und der Wirtschaft. Erfolge hat die Sissi Regierung durch intensive Repressionen bei der Neutralisierung der dschihadistischen und islamistischen Herausforderungen auf dem Festland. Auf der Sinai-Halbinsel hingegen gelingt es nur schwer, der IS-Bedrohung Herr zu werden.

Die Situation der **Palästinenser** bleibt aussichtslos. Präsident Mahmoud Abbas und die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) waren 2018 weitgehend unfähig, wirksam auf die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels durch Präsident Donald Trump und den damit verbundenen Bruch der US-amerikanischen und palästinensischen Beziehungen zu reagieren. Der palästinensischen Führung wird es weder gelingen neue internationale Unterstützungen gegenüber einem expansionistischen Israel zu erhalten, noch ist anzunehmen, dass die Führung im Westjordanland die Massenmobilisierung der Palästinenser unterstützen wird, um die israelische Kontrolle herauszufordern. Die Wiedervereinigung des geteilten palästinensischen politischen Systems scheint ebenfalls nur zähe Fortschritte zu machen. Schließlich dürfte auch der von der Trump-Administration viel beschworene „Deal of the century“ keinen Durchbruch im israelisch-palästinensischen Friedensprozess bringen. Der Vorschlag wird aller Voraussicht nach den palästinensischen Forderungen eines souveränen Staates nicht entgegenkommen.

Der politische Stillstand in Folge der zähen Regierungsbildung im **Libanon** setzt sich auch zu Beginn des Jahres 2019 fort. Zudem wird eine nächste Regierung mit einer Staatsverschuldung von 150% des BIP zu kämpfen haben. Der Libanon hat auch mit der Erkundung von Offshore-Gasbohrungen begonnen. Eine Herausforderung für die konfessionellen Eliten wird dabei die Ausarbeitung eines Rechtsrahmens zur Verteilung der Energieressourcen sein. Hinzu kommt, dass die fragile Stabilität des Libanon weiterhin von volatilen regionalen Allianzen auf die Probe gestellt wird. Besonders betroffen wird der Libanon von den ersten Auswirkungen der Nachkriegsordnung Syriens sein.

In **Syrien** hat das Regime mit der Konsolidierung Westsyriens begonnen, hinzu kommt eine schrittweise internationale Rehabilitation des Assad-Regimes, angefangen von arabischen Staaten, die den wachsenden Einfluss Irans und der Türkei eindämmen und Syrien wieder zu einer „arabischen Angelegenheit“ machen wollen. Diskussionen über den Wiederaufbau sind im Gange, auch wenn das Schicksal der letzten Rebellenhochburg Idlib und des von Kurden kontrollierten Nordosten Syriens ungewiss bleibt und zu neuen Kampfhandlungen führen könnte.

Aus amerikanischer Sicht waren die letzten Wochen von tiefer Unsicherheit betreffend die wichtigsten Säulen der US-Politik in der Region gekennzeichnet. In Bezug auf Syrien kündigte Präsident Trump an, dass sich die USA aus Syrien zurückziehen würden, dem widersprach sein nationaler Sicherheitsberater. Ein möglicher US-Truppenabzug aus Syrien wird jedenfalls geopolitische Veränderungen nicht nur in Syrien, sondern auch in der gesamten Region mit sich bringen.

Die ersten Parlamentswahlen seit dem Sieg über den IS im **Irak** und dem gescheiterten Unabhängigkeitsreferendum der irakischen Kurden sollten nach vielen Jahren Konfessionalismus, IS-Gewalt und Korruption den Weg für einen stabilen Irak ebnen. Der Irak befindet sich jedoch seit der Verkündung des Ergebnisses der Parlamentswahlen in einer chaotischen Phase. Der gewählte Premierminister Abdel Abdul-Mahdi ist mit weitreichenden politischen Streitigkeiten konfrontiert, die sich aus Rivalitäten innerhalb der schiitischen, sunnitischen und kurdischen sowie pro-iranischen und pro-westlichen Gruppierungen ergeben. Die Protestwellen, die aufgrund von fehlender Infrastruktur, Korruption und Arbeitslosigkeit im Süden des Landes begonnen haben, könnten sich auf die sunnitisch-arabischen Provinzen, die aufgrund des langsamen Wiederaufbaus in Folge des IS-Kriegs verärgert sind, ausbreiten. Hinzu kommt die Bedrohung durch verbliebene IS-Zellen, die regelmäßig Terroranschläge verüben und auf ihr Comeback hoffen.

Der Krieg im **Jemen** wird zu Recht als die schlimmste humanitäre Katastrophe der Welt beschrieben. 22 Millionen Jemeniten leben in akuter Not. Die drohende Schlacht um die wichtige Hafenstadt Hudaida, die 70% der Versorgung für den Jemen sicherstellt, könnte nun auch noch eine umfassende Hungersnot auslösen. Die Koalition, die von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten angeführt wird, soll durch die Militäroperation in Hudaida den entscheidenden Schlag gegen die schiitischen Huthi-Rebellen bringen, denen Verbindungen zum Iran und zur Hisbollah nachgesagt werden. Das drohende Blutbad, die Blockade des

Hafens und die bevorstehende Hungersnot führten Mitte November zu einer Feuerpause. Zeitgleich steigt, ausgelöst durch die Ermordung des saudischen Journalisten Khashoggi, der internationale Druck auf Saudi-Arabien, dem Blutvergießen im Jemen ein Ende zu setzen. Ende des Jahres gelang es, die Konfliktparteien zu Friedensgesprächen unter UN-Schirmherrschaft in Stockholm zu bewegen.

Auch wenn viel Hoffnung in die jüngsten Gespräche und die Deeskalation der Lage in Hudeida gelegt wird, dürften die Verhandlungen nicht zu einer endgültigen Lösung des Konfliktes führen, doch zumindest könnte das menschliche Leid etwas gelindert werden. Die Bereitschaft der Konfliktparteien, einschließlich der Golfstaaten, weniger als die angepeilten Ergebnisse zu akzeptieren, ist gering. Der Konflikt zwischen den Huthis und der Koalition ist nur einer von mehreren Konflikten im Jemen. Der seit 2015 herrschende Bürgerkrieg hat die konfessionellen und politischen Spaltungen zwischen den schiitischen Huthis im Norden, der sunnitischen Zentralregierung in Aden und den secessionistischen Gruppierungen im Süden noch weiter vertieft.

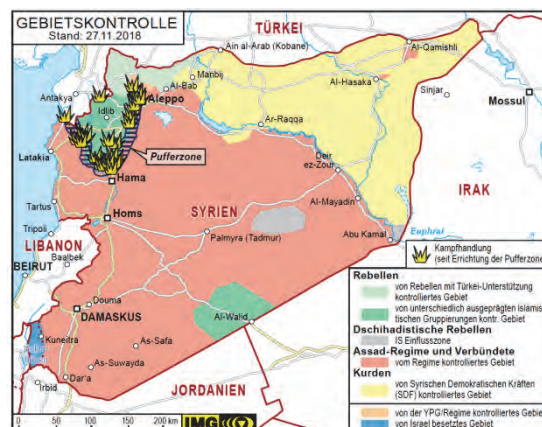
Der Golfkooperationsrat (GCC), die Dachorganisation der Staaten auf der arabischen Halbinsel, bleibt im Streit um den Boykott von Katar blockiert. Der jüngste GCC-Gipfel in Riad im Dezember 2018 hat den Eindruck verstärkt, dass beide Konfliktparteien – Saudi-Arabien und Katar – weiterhin fest in ihren Positionen verankert sind und unter wenig oder gar keinem Druck stehen, zu verhandeln oder einen Kompromiss zu suchen. Infolgedessen wird der Kooperationsrat zwar weiterhin wirtschaftliche Initiativen und andere Aspekte der regionalen Zusammenarbeit verfolgen, es besteht jedoch keine wirkliche Aussicht, dass dieser in der Lage sein wird, größere regionale Herausforderungen, insbesondere in den Bereichen Verteidigung oder Sicherheit, anzugehen - ein Rückschlag für die von den USA forcierte Gründung einer „arabischen NATO“.

Unterdessen wird Israel weiter seine Beziehungen zu den arabischen Golfstaaten intensivieren. Ungelegen kommt hier die vermeintlich in Auftrag gegebene Ermordung des saudischen Journalisten Jamal Khashoggi durch den saudischen Thronfolger Mohammed bin Salman. Die Wut in den westlichen Hauptstädten über den anhaltenden Bürgerkrieg im Jemen sowie die Folgen der Ermordung von Jamal Khashoggi und andere Menschenrechtsbelange werden die saudischen Beziehungen zu seinen traditionellen westlichen Partnern weiterhin stark belasten. Am Gefüge der traditionellen Allianzen wird sich allerdings nichts Grundlegendes ändern.

Neben jenen Staaten in der MENA-Region, die von Bürgerkriegen, Proxy-Konfrontationen, IS-Anschlägen, Flüchtlingslast und humanitären Krisen heimgesucht werden, zeigen auch bisher weniger in den Schlagzeilen stehende Staaten, wie der Sudan und Jordanien, wo die Bevölkerung gegen die autoritäre Herrschaft bzw. Missstände, Korruption und Arbeitslosigkeit im Land protestiert und dass die arabische Öffentlichkeit in der gesamten Region weiterhin ihre Stimme erheben wird.

Syrien und die Rehabilitation des Assad-Regimes

Mit der Rückeroberung der letzten von Rebellen kontrollierten Gebiete im Westen Syriens (Ost-Ghouta und Deraa), entwickelt sich das syrische Regime unter Bashar al-Assad zunehmend in Richtung Konsolidierung und Rehabilitation. Eine Offensive auf Idlib, die letzte Hochburg der Opposition, stand im Spätsommer 2018 kurz bevor. Für Assad hat die Eroberung von Idlib absolute militärische Priorität. Er könnte sich damit nach 7 Jahren Bürgerkrieg endgültig als Sieger präsentieren. Für die Rebellen geht es darum, diese Niederlage zu vermeiden, um noch als politischer Vertreter der Opposition wahrgenommen zu werden und einen Sitz am Verhandlungstisch zu ergattern.



Der syrische Kriegsschauplatz Ende 2018

Die syrisch-arabische Armee sollte gemeinsam mit zahlreichen Milizen, unter anderem pro-iranischen, sowie mit Luftunterstützung Russlands ein Gebiet erobern, das die Größe Salzburgs hat und 2,9 Millionen Zivilisten und 70.000 kampferprobte Dschihadisten umfasst. Der Aufschrei der internationalen Staatengemeinschaft war besonders groß, da einerseits eine humanitäre Katastrophe und andererseits die Flucht von mehreren Millionen Syrern in die Türkei befürchtet wurden.

Als Konsequenz einigten sich Russland und die Türkei - als zentrale Garanten der De-Eskalationszone - Mitte

September bei einem Treffen in Sotschi, eine 15-25 km breite demilitarisierte Zone entlang der Frontlinien einzurichten und die befürchtete Regimeoffensive vorerst abzuwenden. Es liegt auch in Russlands Interesse, nicht für eine humanitäre Katastrophe an den Pranger gestellt zu werden. Darüber hinaus benötigt Russland die Kooperation Ankaras – als Schutzmacht der Opposition – bei künftigen Friedensgesprächen für Syrien.

Die Türkei gründete bereits im Mai 2018 die Türkei-loyale Allianz *Jabhat al-Wataniya al-Tahrir (JWT)*. Mit dem Rebellenzusammenschluss zielte sie darauf ab, ein effizienteres Kommando und Kontrolle über die Rebellen zu etablieren, um sich gegen das Regime zu verteidigen. Zudem geht es der Türkei darum, die *al-Qaida* nahe *Hayat Tahrir al-Sham (HTS)* zu spalten und damit zu schwächen. Viel wichtiger ist der Türkei allerdings, dass sie von Türkei-loyalen Gruppen bei ihrer geplanten Offensive auf weitere von der YPG gehaltenen Gebiete östlich des Euphrat unterstützt werden (die YPG wird als Ableger der von der Türkei als Terrororganisation eingestuften Arbeiterpartei Kurdistans gesehen).

Die Kampfhandlungen in Idlib sind in den ersten Monaten zwar stark zurückgegangen, seit Ende des Jahres 2018 finden jedoch vermehrt Artilleriegefechte sowie Regime-Luftschläge auf Rebellengruppen im Süden Idlibs und Norden Hamas statt. Zwischen den beiden Rebellengruppierungen intensivierten sich die Gefechte um Einfluss und Macht. Die *al-Qaida*-nahen Kämpfer und andere Hardliner weigern sich, ihre Waffen niederzulegen und die demilitarisierte Zone zu verlassen. Auch wenn große Hoffnungen in das Pufferzonen-Abkommen für Idlib gesetzt wurden, so scheinen die Chancen für die Türkei, HTS zu entwaffnen und zu isolieren eher schlecht zu stehen. HTS kontrolliert mittlerweile 75% von Idlib. Die Verdrängung der Türkei-loyalen Gruppierungen reduziert zunehmend den Einfluss der Türkei und macht eine Regimeoffensive in Teilabschnitten in den kommenden Monaten wahrscheinlicher. Die Türkei könnte dabei einen kleinen Teil von Idlib als oppositionell-kontrolliertes Gebiet behalten, um später weitere Zugeständnisse von Russland und dem Assad-Regime im Gegenzug für eine Unterstützung bei Operationen gegen die kurdische YPG zu erhalten.

Durch die Ankündigung der USA, Truppen aus Syrien abzuziehen, zeichnen sich weitere Elemente der Nachkriegsordnung in Syrien ab. Argumentiert wird der Rückzug mit der erfolgreichen territorialen Zerschlagung des IS in Syrien. Die Bedrohung, die von IS-Zellen in Syrien und in den letzten gehaltenen Gebieten ausgeht, wird allerdings von

Experten im Pentagon noch immer als hoch eingeschätzt.



Nachdem der Syrien-Beauftragte im US State Department, James Jeffrey, im September 2018 angekündigt hatte, die Präsenz der US-Truppen in Syrien auf unbestimmte Zeit auszuweiten, sorgte der Beschluss von US-Präsident Trump Ende 2018, die amerikanischen Streitkräfte binnen eines Monats abzuziehen, sowohl innerhalb der USA, als auch bei Verbündeten in der Region für große Verwirrung. Einerseits wird nicht nur ein treuer Verbündeter im Kampf gegen den IS im Stich gelassen und sein Schicksal der Aggression der Türkei überlassen, sondern der US-Truppenabzug widerspricht andererseits auch der regionalen Eindämmungsstrategie der USA gegenüber dem Iran. Das Vakuum, das die USA in den rohstoffreichen Gebieten im Nordosten Syriens hinterlassen, wird umgehend durch das Assad-Regime, Iran und Russland gefüllt werden. Der US-Truppenabzug aus Syrien wird trotz der widersprüchlichen Signale aus der Trump-Administration mit großer Wahrscheinlichkeit im Laufe des Jahres erfolgen. Mit welchen Maßnahmen die USA dennoch ihre Interessen verfolgen werden, ist derzeit Gegenstand intensiver Verhandlungen: Zur Diskussion steht ein Verbleib einer kleinen Präsenz von US-Militärberatern, der Einsatz von arabischen Streitkräften u.a. aus den Golfstaaten und der Aufbau einer Alternative zur YPG, zum Beispiel der *Rojava Peshmerga*, mit Unterstützung der Türkei.

Die anhaltende Unterstützung und Ausbildung der SDF, die aus türkischer Sicht großteils aus dem PKK-Ableger in Syrien besteht und als Terrororganisation betrachtet wird, ist schon seit vielen Jahren ein Streitpunkt zwischen den USA und der Türkei. In den letzten Monaten erfolgten Beschüsse durch türkische Kräfte auf kurdisch-kontrollierte Orte in Nordsyrien. Diese können als erste Warnbotschaft der Türkei gegenüber den USA verstanden werden. Die Türkei sieht die gemeinsamen kurdisch-amerikanischen Patrouillen sowie die geplanten US-Beobachtungsposten entlang der syrisch-türkischen Grenze als direkte Bedrohung der türkischen Sicherheit. Erdogan beabsichtigt, durch die Androhung von Gewalt gegen die YPG politische Zugeständnisse von den USA zu erwirken. Eine mögliche Forderung Ankaras könnte die Etablierung einer Sicherheitszone sein, auf die Präsident

Trump bereits positiv reagiert hatte und außerdem die Aufstellung einer Grenzschutztruppe, die aus Türkei-loyalen syrischen Rebellengruppen besteht.



Kurdischer Peshmerga-Kämpfer

Die Türkei bereitet sich in jedem Fall auf eine Konfrontation mit den SDF vor. So investiert sie in die Rekrutierung von Oppositionskämpfern, die als künftiges Bollwerk gegen die Kurden in der Provinz Raqqa dienen könnten, sowie in Propaganda, um die arabische Bevölkerung im Osten Syriens zum Aufstand gegen die kurdische Dominanz zu bewegen.

Doch auch wenn die US-Streitkräfte aus Syrien abziehen und der „Abschreckungseffekt“ nicht mehr besteht, so wird Russland versuchen, große Kämpfe zwischen der Türkei und dem syrischen Regime zu verhindern. Russland wird vermutlich bestrebt sein, ein für die Türkei und Syrien akzeptables Abkommen zu erzielen, das den syrischen Kurden begrenzte politische und kulturelle Rechte einräumt. Bereits im Sommer 2018 führte eine Delegation der kurdisch-dominierten SDF mit dem Assad Regime in Damaskus erste Verhandlungen. Auf diesen Gesprächen wird in den kommenden Monaten voraussichtlich weiter aufgebaut werden.

Ein Verbleib Assads an der Macht zeichnete sich in den letzten Jahren zunehmend ab. Assad hätte gemäß dem Syrien-Beauftragten James Jeffrey zwar keine Zukunft als Präsident Syriens, dennoch sei es nicht in der Verantwortung der USA, ihn loszuwerden. Trotz des neuen UN-Sondergesandten Geir Pedersen, der seinem

Vorgänger Staffan de Mistura Ende 2018 gefolgt war und frischen Wind in die von der UNO geführten politischen Verhandlungen bringen sollte, ist ein ernsthafter Durchbruch für eine nachhaltige Friedensregelung sehr unwahrscheinlich. Da das Assad-Regime alle Friedensinitiativen aus der Sicht seiner eigenen Legitimation betrachtet, wird es keinen ernsthaften Zugeständnissen gegenüber der Opposition zustimmen.

Innenpolitisch kam es, zum ersten Mal seit 2011, im September 2018 zur Abhaltung von Kommunalwahlen in vom Regime gehaltenen Gebieten. Auch wenn 12 Millionen syrische Flüchtlinge und Binnenvertriebene nicht wählen konnten, signalisierte das Regime durch diesen Schritt Stärke und Normalität. Unterdessen waren die letzten Monate von einer Annäherung zwischen dem Assad-Regime und seinen arabischen Nachbarn gekennzeichnet. Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Bahrain, Ägypten und weitere wollen Syrien wieder zu einem „arabischen“ Thema machen und damit den wachsenden Einfluss Teherans und Ankaras in Syrien zurückdrängen. So kam es im September zur Grenzöffnung zwischen Jordanien und Syrien, zur ersten Entsendung einer jordanischen Parlamentsdelegation nach Damaskus seit 2011, wie auch zur Botschafts-Wiedereröffnung durch die VAE und Bahrain.

Zudem könnte Syrien im Jahr 2019 wieder in die Arabische Liga aufgenommen werden. Da es an der Finanzierung für den Wiederaufbau mangelt, könnten arabische Golfunternehmen im Zuge der Normalisierung der Beziehungen in den syrischen Markt eintreten. Weiters arbeitet das Assad-Regime mit der syrischen Wirtschaftselite zusammen, um die Demografie in ehemaligen Hochburgen der Opposition zu verändern und neue Immobilienprojekte zu starten.

Aus Angst vor Unsicherheit und ihrem wirtschaftlichen Wohlergehen wird voraussichtlich auch 2019 nur ein kleiner Teil der 5,6 Millionen syrischen Flüchtlinge aus den Nachbarländern zurückkehren.

Im Rahmen der Verteidigung des syrischen Luftraumes vor israelischen Luftschlägen, die auf vermeintliche iranische Munitionslager nahe der Stadt Latakia zielten, beschloss das syrische Regime Mitte September 2018 versehentlich ein russisches Aufklärungsflugzeug mit 15 Soldaten. Der Vorfall löste kurzfristig eine diplomatische Krise zwischen Russland und Israel aus. In Reaktion auf den Abschuss erklärte Russland, dass es das syrische Regime mit einem S-300 Boden-Luft-Raketensystem ausstatte und löste damit nicht nur in westlichen Staaten, sondern auch in der Türkei und Israel Unmut aus. In den Folgemonaten reduzierten sich die Luftschläge Israels in Syrien.

Doch die Ankündigung der USA, Truppen aus Syrien abziehen und damit den Verbündeten Israel gegen die iranische Bedrohung aus dem Nachbarland alleine zu lassen, könnte die in den letzten Wochen wieder verstärkt erfolgten Luftschläge auf iranische Ziele in Syrien erklären. Israel, das bisher die Urhebererschaft seiner Luftschläge auf Stellungen in Syrien verschleiert hatte, leugnet diese nicht mehr.

Russland wird sich auch in den kommenden Monaten darum bemühen, größere Kämpfe in Syrien zwischen Israel und dem Iran zu verhindern. Die israelischen Luftangriffe werden jedoch von Russland nicht verhindert werden.

Der Iran wird vermutlich abgeneigt sein, zu energisch auf die israelischen Provokationen zu reagieren. Zweifellos ist man sich der potenziellen Kosten einer israelisch-iranischen Eskalation bewusst. Der Iran rechnet damit, dass er derartige Angriffe absorbieren kann, ohne seine Interessen und seine längerfristige Präsenz in Syrien zu gefährden.

Dennoch bergen die Wahrscheinlichkeit einer Fehleinschätzung oder eines fehlgeschlagenen Angriffs das Risiko einer größeren Eskalation.



US-Soldaten des 3rd Cavalry Regiment / Combined Joint Task Force -- Operation Inherent Resolve im Irak

Irak: Quo vadis?

Die politische Situation im Irak bleibt nach den umstrittenen Wahlen nach wie vor angespannt, da das Wahlergebnis von vielen Parteien wegen Wahlbetrugs nicht akzeptiert wird und das Land dadurch am Rande einer Verfassungskrise steht. Hinzu kommen die Proteste, die in der südirakischen Metropole Basra aufgrund von fehlender Infrastruktur, Korruption und Arbeitslosigkeit ausbrachen und die neue irakische Regierung unter Zugzwang bringt.

Zwar konnten die Parlamentswahlen im Mai 2018 ohne die befürchteten Anschläge durch den IS abgehalten

werden, doch schon nach dem Bekanntwerden der ersten Ergebnisse wurden Stimmen laut, dass der elektrische Auszählungsmechanismus manipuliert worden sei und man die Ergebnisse aufheben müsse. Diese Forderung wurde in mehreren Parlamentssitzungen diskutiert und anfänglich durch eine teilweise manuelle Neuauszählung vorläufig beendet. Die Independent High Election Commission (IHEC), die oberste Wahlbehörde, leitete daraufhin ein Verfahren vor dem Federal Supreme Court (FSC), dem irakischen Verfassungsgerichtshof, ein und konnte die ihrer Meinung nach rechtswidrige Auszählung verhindern. Folglich beschloss das Parlament eine rückwirkende Wahlrechtsnovelle, die das Wahlergebnis aufhob, die Mitglieder der IHEC absetzte und sie durch Richter ersetzte. Durch die Novelle entmachtet, legte die IHEC wiederum Klage gegen die Novelle beim FSC ein, der die Novelle als verfassungsrechtlich wirksam bestätigte, jedoch eine vom Parlament beschlossene Verlängerung der Legislaturperiode als verfassungswidrig aufhob. Diese zwei Entscheidungen lösten innerhalb der irakischen Verwaltung eine Krise aus, da die Urteile die Regierung de facto entmachteten ohne sie abzusetzen. Die Legitimität der ohnehin umstrittenen Wahlen wurde weiter untergraben, als eine Lagerhalle mit den Wahlurnen in Bagdad ausbrannte und die politischen Parteien sich gegenseitig die Schuld zuwiesen. Die neu bestellte Wahlbehörde konnte die Neuauszählung innerhalb eines Monats ohne größere Probleme durchführen und lieferte ein nahezu identes Wahlergebnis, das wenig später vom irakischen Verfassungsgerichtshof bestätigt wurde. Mit der Ratifizierung des Ergebnisses konnte das Parlament in seiner neuen Zusammensetzung zum ersten Mal tagen. Ähnlich wie im Libanon besteht im Irak eine inoffizielle Vereinbarung, hohe Regierungsämter entlang konfessioneller und ethnischer Linien zu verteilen. Die Abmachung sieht als Premierminister einen Schiiten, als Präsidenten einen Kurden und als Sprecher des Parlaments einen Sunniten vor. Nach den Wahlen wurde jedoch das erste Mal diese Vereinbarung angezweifelt, nicht zuletzt aufgrund der angespannten Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Iran, die beide ihren Einfluss bei der Ämterbesetzung durchsetzen möchten. Nach einem mehrwöchigen Stillstand konnte der sunnitische Politiker Muhammad al-Halbusi zum Sprecher des Parlaments gewählt werden und in weiterer Folge wurde der Kurde Barham Salih zum Präsidenten gewählt. Eine weitere Verzögerung in der Regierungsbildung wurde durch den hohen schiitischen Klerus unter Ayatollah Ali al-Sistani ausgelöst, da dieser gefordert hatte, dass kein bekannter Politiker, der in Zusammenhang mit Korruption steht, als Premierminister nominiert werden dürfe. Durch diese Forderung mussten sich die großen Parteien auf einen Kandidaten, der weder korrupt ist

noch das Gleichgewicht zwischen Iran und den USA verschiebt, einigen. Schließlich wurde der schiitische Technokrat Adel Abd al-Mahdi als Premier nominiert, der bisher eine konfessionsübergreifende, technokratische Regierung aufstellen konnte. Nichtsdestotrotz konnte er die Regierungsbildung auch im Jänner 2019 noch nicht abschließen, da sich bisher kein geeigneter Kandidat für die sensiblen Posten des Innenministers und Verteidigungsministers gefunden hat.

Neben der Krise rund um die Wahlen brachen Anfang Juni heftige Proteste in der irakischen Metropole Basra aus. Die Protestierenden forderten von der Regierung neben der Verbesserung der lokalen Infrastruktur die Schaffung von Arbeitsplätzen, um die hohe Arbeitslosigkeit einzudämmen. Auslöser der Proteste war die ausufernde Versalzung des Shatt al-Arab, dem Zusammenfluss aus Euphrat und Tigris, der die zentrale Süßwasserquelle für die Metropole darstellt. Basra ist durch den Zugang zum Shatt al-Arab und den umliegenden Ölfeldern das wirtschaftliche Zentrum des Landes, aber durch die kriegsbedingten Schäden und jahrelange Misswirtschaft konnte die Stadt von ihrem Reichtum nicht profitieren. Die Demonstrationen breiteten sich in allen Städten im Süden des Iraks aus und griffen auch auf Bagdad über, wo die Demonstranten in Solidarität mit den Protestierenden in Basra eine Verbesserung der Infrastruktur verlangten. Die sich in der Umbildung befindliche Regierung besänftigte die Demonstranten durch unverzügliche Maßnahmen, schließlich hatte man von der Fehlentscheidung der Regierung Abadi gelernt. Dieser hatte die Proteste niederschlagen lassen und wurde letztlich mit der vorzeitigen Übergabe der Amtsgeschäfte an seinen Nachfolger bestraft.

Eine nachhaltige Lösung für die strukturellen Probleme Iraks wird allerdings erst in den nächsten Jahren möglich sein.

Das Säbelrasseln zwischen den Vereinigten Staaten und dem Iran trifft indirekt auch den Irak, der als Verbündeter beider Seiten betrachtet wird, zu. Eine erste Konsequenz der Feindschaften war der iranische Exportstopp von Energieressourcen in den Irak, der circa 40% des landesweiten Energiedarfs im Irak abdeckt. Beide Staaten versuchten durch intensive Gespräche mit potentiellen Kandidaten die Regierungsbildung zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Punkten konnte letztlich der Iran, der als wichtiger Handelspartner für den Irak seinen Einfluss stärker geltend machen konnte.

Die USA hat hingegen durch die angekündigten Sanktionen gegen den Iran ein Druckmittel in der Hand. Bisher gewährte die USA eine Ausnahme für notwendige Importe, wie Bedarfsgüter und Energie aus

dem Iran, mit dem Ziel, die irakische Wirtschaft nicht zu schwächen. Der Irak versucht als einzigen Ausweg einen Balanceakt zwischen den beiden Staaten zu schaffen, parallel dazu verstärkt er seine Beziehungen zu den arabischen Nachbarn. Vor allem an engen Beziehungen zu Syrien hat der Irak ein essentielles Interesse, da die geteilte, hunderte Kilometer lange Grenze im Kontext der IS-Bedrohung ein großes Sicherheitsrisiko darstellt. Als besonders wichtig mit vereinten bilateralen Kräften gegen die Terrormiliz *Islamischer Staat* vorzugehen, erweist sich, wenn die Vereinigten Staaten aus Syrien abziehen sollten und der IS von einem möglichen Vakuum profitieren könnte.

Trotz der angespannten innenpolitischen Lage kann der Irak auf eine holprige, aber zumindest stabile Entwicklung im Jahr 2018 zurückblicken. Der befürchtete Rückfall in den Bürgerkrieg nach der territorialen Zerschlagung des IS blieb aus. Zudem gibt es positive Entwicklungen bei der Annäherung an die arabischen Nachbarstaaten und eine Erholung der Wirtschaft. Das größte Risiko für den Irak im Jahr 2019 birgt eine amerikanisch-iranische Konfrontation, da diese den Irak in die Schusslinie bringen und die sich gerade erholende irakische Wirtschaft schwer beeinträchtigen könnte.

Libyens geplante Nationalkonferenz – ein Hoffnungsschimmer?

Der Palermo-Gipfel im November 2018 ließ die ersten Anzeichen eines Paradigmenwechsels sichtbar werden. Dem Gipfel war nicht nur die Ankündigung vorausgegangen, dass UNSMIL sich fortan nicht mehr auf Wahlen im Dezember 2018 konzentrieren würde (wie Frankreich sie geplant hatte), sondern Italien gelang es auch, durch die Austragung dieses zweitägigen Gipfeltreffens den libyschen Agenda-Setting-Prozess vorzugeben. In Palermo trafen sich die zentralen, rivalisierenden Akteure - der Vorsitzende des Präsidialrats und international anerkannte Ministerpräsident Fayez al-Sarradsch und der Kommandant der Libyan National Army (LNA), Feldmarschall Khalifa Haftar, zum ersten Mal seit dem Pariser Gipfel im Mai 2018. Der Palermo-Gipfel verzeichnete die verfrühte Abreise der türkischen Delegation, nachdem die italienischen Gastgeber diese nicht zu einem Meeting der "Protagonisten der Mittelmeerregion" eingeladen hatten. Inwieweit die Türkei diese Demütigung dazu bewegen wird, den Dialogprozess zu torpedieren, bleibt abzuwarten. In der Abschlusserklärung des Gipfels verschieben sich die Teilnehmer einem neuen Fahrplan, der im Frühjahr 2019 mit einer Nationalkonferenz beginnen soll und an dessen Ende Wahlen stehen. Dieser Ansatz klingt nach einer Wiederholung der bereits im UN Action Plan von

2017 vorgeschlagenen Nationalkonferenz, für die es letztlich nicht ausreichend Unterstützung durch die Konfliktprotagonisten gab.

Ob diesmal in Palermo das Bekenntnis der Konfliktparteien, sich auf einen nationalen politischen Dialog einzulassen, ausgereicht hat, um den ambitionierten Fahrplan umzusetzen, ist zu bezweifeln. Die Spannungen zwischen dem Präsidialrat und dem Abgeordnetenhaus der letzten Monate scheinen den Dialogprozess nicht zu begünstigen: Nachdem der Präsidialrat im Oktober 2018 vier Minister ausgetauscht hatte, begann das Abgeordnetenhaus, dessen Sprecher Aquila Saleh die Legitimität von al-Sarradsch nicht anerkennt, gemeinsam mit dem Hohen Staatsrat die Zusammensetzung des Präsidialrates gesetzlich zu verändern und die Mitgliederzahl von neun auf drei zu reduzieren und damit den Machtanspruch des Ministerpräsidenten Sarradsch direkt zu bedrohen. Diese Entwicklung, sowie das Verabsäumen des Abgeordnetenhauses, die notwendigen Wahlgesetze rechtzeitig zu verabschieden (was zum oben genannten Kurswechsel UNSMILs und der Verschiebung der Wahlen führte), könnte mit Hinblick auf den UN-Plan erneut zu einer politischen Blockade führen. Die Führung des Abgeordnetenhauses könnte beispielsweise die geplante Nationalkonferenz durch Fernbleiben oder Ablehnung torpedieren.

Tripolis wurde zudem im September und zuletzt im Jänner 2019 erneut zum Schauplatz von heftigen Gefechten zwischen Milizen aus der Hauptstadt und den umliegenden Gebieten. Wichtige Hauptstraßen wurden blockiert und der Mitiga-Flughafen temporär geschlossen. Diese blutigen Auseinandersetzungen verdeutlichten, wie weit die UN-gestützte Nationale Einheitsregierung davon entfernt ist, in Tripolitanien effektive Gebietskontrolle auszuüben. UNSMIL sah sich nicht zuletzt wegen dieser Zusammenstöße gezwungen, die angestrebten Wahlen von der Agenda zu streichen.

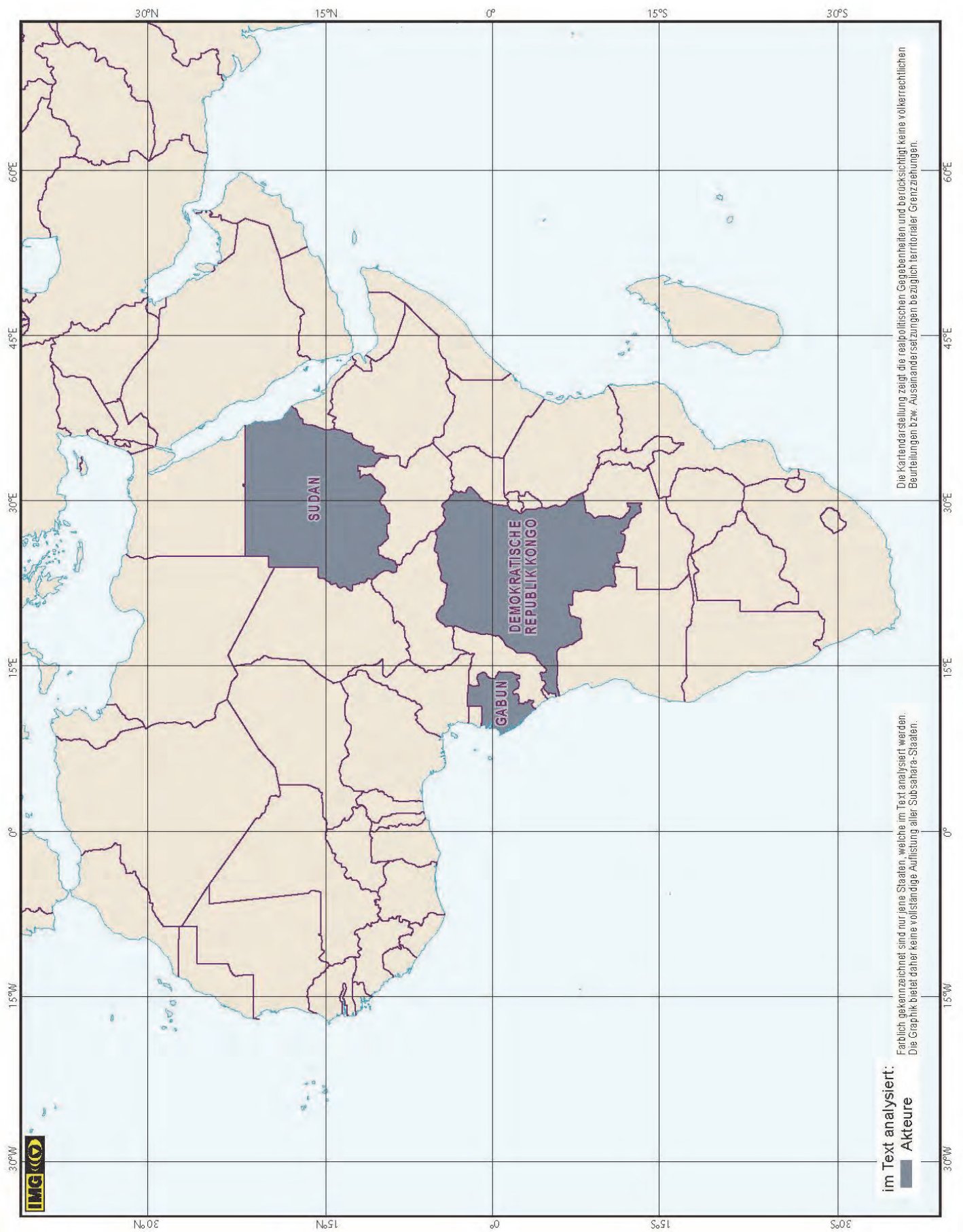
Parallel zu den innenpolitischen Turbulenzen versucht die Terrormiliz *Islamischer Staat*, die in den letzten Monaten weitgehend aus den Küstenstädten Sirte und Derna zurückgedrängt wurde, zunehmend durch Terroranschläge auf kritische Infrastruktur und wichtige Wirtschaftsknotenpunkte auf sich aufmerksam zu machen. So wurden beispielsweise das Hauptquartier der National Oil Corporation in Tripolis sowie Polizeistationen in Tazirbu und Al-Fuqaha Ziele von IS-Angriffen. Diese klandestine Präsenz des IS zielt also primär darauf ab, die bestehenden, aber fragilen staatlichen Institution zu schwächen und die wiedererstarkende Ölwirtschaft zu erschüttern. Doch auch andere bewaffnete Gruppen übten immer wieder Überfälle auf Ölinfrastruktur aus. In einer Produktionsstätte von Libyens größtem Erdölfeld in Al-

Sharara sowie in einer Raffinerie in Zawiyah wurden Mitarbeiter gekidnappt und Fahrzeuge gestohlen. Diese Vorfälle zeigen deutlich auf, wie sehr es in Libyen an starken Sicherheitsbehörden mangelt.

Sollte es im Jahr 2019 gelingen, die von UNSMIL geplante Nationalkonferenz abzuhalten und dabei die zentralen Konflikte um die Ressourcenverteilung, Föderalisierung und den Oberbefehl über die libyschen Streitkräfte gelöst werden, so steht der Abhaltung von Wahlen nichts mehr im Wege. Eine zentrale Frage für die kommenden Monate wird die künftige Rolle des LNA-Kommandanten Haftar sein. Ob Haftars LNA es wagen wird, den Westen Libyens ebenfalls unter ihre Kontrolle zu bringen, ist Gegenstand von Spekulationen. Eine Offensive würde aber gewiss zu einer Gewalteskalation zwischen den rivalisierenden Milizverbänden und damit zum Scheitern des nun belebten politischen Prozesses führen.

Libyens Öl- und Gasindustrie befindet sich im Aufschwung, was zu großem Interesse bei ausländischen Investoren vor allem aus Italien, Großbritannien und Frankreich führte und erwarten lässt, dass es auch im Jahr 2019 Kooperationsabkommen zwischen libyschen und europäischen Ölkonzernen geben wird. Diese Interdependenzen könnten auch dazu beitragen, die Sicherheitslücken rund um die kritische Infrastruktur mittels Sicherheitsabkommen zu schließen.

Jasmin Rupp



Sub-Sahara Afrika

Hohes Wirtschaftswachstum für 2019 prognostiziert

Einige der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt werden laut Internationalem Währungsfonds (IMF) auch 2019 (wie bereits 2018) in Sub-Sahara Afrika liegen. Die Wirtschaft der gesamten Region soll um 3,8% wachsen, wobei Äthiopien, Ruanda, Ghana, Côte d'Ivoire, Senegal, Benin, Kenya, Uganda, Burkina Faso und Tansania an der Spitze liegen werden. Das Wachstum ist einerseits von sich erholenden Rohstoffmärkten und andererseits von verbesserten Zugängen zum Kapitalmarkt getrieben. Allerdings schwächeln die beiden größten Volkswirtschaften Südafrika (1,4%) und Nigeria (2,3%), sonst wäre das Wachstum bei etwas über fünf Prozent. In beiden Staaten werden 2019 zudem Präsidentschaftswahlen stattfinden, die auf die wirtschaftliche Entwicklung Auswirkungen haben könnten.

Präsidentschaftswahlen in der Demokratischen Republik Kongo – Sieg für einen Oppositionskandidaten

In der Demokratischen Republik Kongo (DRC, Kongo-Kinshasa) fanden Ende Dezember 2018 die seit November 2016 bereits mehrfach verschobenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. In drei Wahlkreisen, den Oppositionshochburgen Beni, Butembo und Yeni, wurde die Wahl allerdings auf März 2019 verschoben.

Präsident Kabila nutzte jede Möglichkeit, um länger im Amt bleiben zu können. Er versuchte auch, die Verfassung zu ändern, um ein weiteres Mal antreten zu können. Bei Protesten, die seit der ersten Wahlverschiebung in der DRC mehrfach stattfanden, wurden mehrere Menschen getötet. Seine schärfsten Kontrahenten, Moise Katumbi und Jean-Pierre Bemba, konnten vom Wahlprozess ausgeschlossen werden. „Sein“ Kandidat wurde erst am letzten Tag der Registrierung nominiert, nachdem es für Kabila keine Möglichkeit gab, selbst noch einmal für das Amt zu kandidieren. Sowohl der innere als auch der äußere Druck waren zu groß geworden.

Für die Präsidentschaft kandidierten 21 Kandidaten, allerdings hatten nur drei Kandidaten tatsächlich Chancen, die Wahl zu gewinnen: der von Präsident Kabila unterstützte Emmanuel Ramazani Shadari sowie die Oppositionspolitiker Martin Madidi Fayulu und Félix Antoine Tshisekedi Tshilombo.

Der Wahltag selbst verlief relativ chaotisch. Einige Wahllokale öffneten erst am Nachmittag, Wahlmaschinen funktierten nur fehlerhaft und manche Wahllokale wurden nicht mit den nötigen Unterlagen beliefert. Trotzdem war die Wahlbeteiligung sehr hoch.

Die hohe Wahlbeteiligung könnte auch ein Grund dafür sein, warum Félix Tshisekedi überraschend die Wahlen gewonnen haben soll. Das Ergebnis ist insofern historisch und bedeutend für die Demokratische Republik Kongo und den gesamten Kontinent, als ein Oppositionskandidat in einem der fragilsten Staaten Afrikas gewonnen hat. Laut Wahlkommission gewann Tshisekedi mit 38,5% vor Fayulu mit 34,7%, während Kabilas Kandidat Shadary nur auf 23,8% kam. Überraschend war nicht, dass ein Oppositionskandidat die Wahlen gewann, sondern wer. Vorwahlumfragen hatten Martin Fayulu mit großem Abstand auf die beiden anderen Kandidaten in Führung gesehen.

Nach der Bekanntgabe des Ergebnisses wurde von mehreren Seiten Zweifel daran geäußert, darunter die Regierungen von Belgien und Frankreich und die in der DRC einflussreiche katholische Kirche (National Episcopal Conferenc of Congo – Cenco). Demgegenüber erklärten russische und chinesische Diplomaten, dass die Souveränität der DRC und die Unabhängigkeit der Wahlkommission anerkannt werden müssten. Cenco hatte nach eigenen Angaben 40.000 Wahlbeobachter im Einsatz, die 75.000 Wahllokale besuchten und deren Ergebnisse sich nicht mit dem Endergebnis decken sollen. Laut Cenco-Daten hat Martin Fayulu die Wahl gewonnen. Der Zweifel an den Ergebnissen wurde allerdings von Diplomaten unter dem Mantel der Anonymität weitergegeben. Da die katholische Kirche in der DRC um die Gefahr von Gewaltausbrüchen weiß, hält sie sich derzeit mit Anschuldigungen zurück. Allerdings haben die katholischen Bischöfe den UNO-Sicherheitsrat aufgefordert, von der Wahlkommission die detaillierte Publikation der Daten jedes Wahllokals zu veröffentlichen.

Daher verwundert es wenig, dass nach der Bekanntgabe des Sieges von Tshisekedi Anschuldigungen laut wurden, die davon sprechen, dass sich Tshisekedi mit Kabila auf eine Machtaufteilung geeinigt haben soll. Dafür würde sprechen, dass Tshisekedi einer Politikerfamilie entstammt und bereits sein Vater jahrzehntelang politisch aktiv war, beide allerdings als Gegner Kabilas. Dagegen spricht, dass vor dem Wahlgang nichts darauf hindeutete, dass Tshisekedi überhaupt eine Chance auf den Wahlsieg haben würde und es auch keine Gerüchte über eine mögliche Zusammenarbeit der beiden gab. Zudem ist die rechtliche Situation nicht klar. Wahlbeobachter dürfen vor Bekanntgabe des offiziellen Endergebnisses ihre

Erkenntnisse nicht veröffentlichen. Ob das auch für danach gilt, ist nicht klar.

Martin Fayulu hat gegen das Ergebnis berufen und fordert eine manuelle Auszählung der Stimmen. Das Verfassungsgericht hat drei Möglichkeiten zu entscheiden: es kann den Sieg von Tshisekedi bestätigen, eine Neuauszählung anordnen oder die Wahl für ungültig erklären und Neuwahlen ausrufen. Bei vergangenen Entscheidungen hat das Gericht immer zugunsten des Wahlsiegers geurteilt. Gleichgültig wie das Gericht entscheidet, gewalttätige Auseinandersetzungen scheinen derzeit unausweichlich. Tote gab es bereits in der Stadt Kikwit und in Mbandaka wurden Protestierende von der Polizei mit Tränengas auseinandergetrieben. Vor allem die Ausrufung von Neuwahlen würde für das Land im nächsten halben Jahr eine große Herausforderung werden und Joseph Kabila die Möglichkeit geben, länger im Amt zu bleiben und nach Möglichkeiten zu suchen, doch noch zu kandidieren.

Bleibt die Frage, wie sich die Regionalorganisationen positionieren. Sowohl die Afrikanische Union (AU) als auch die Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrikas (SADC) waren mit Wahlbeobachtern vertreten. Beide Organisationen haben sich in der Vergangenheit mit Kritik an Präsident Kabila zurückgehalten. Allerdings haben sie auch einen nicht unwesentlichen Anteil daran, dass Kabila nicht mehr kandidieren konnte. Von Seiten der SADC wurde verlautbart, dass der Wahlprozess relativ gut durchgeführt wurde. Die AU rief dazu auf, allfällige Unstimmigkeiten friedlich durch politische und rechtliche Prozesse zu lösen. Letztendlich geht es aber auch um die Glaubwürdigkeit beider Organisationen und deren Verantwortung für den gesamten Wahlprozess.

Erneute Proteste gegen Präsident Omar Hassan al-Bashir – Wird der Präsident gestützt?

Im Sudan gab es erneute Proteste gegen den Präsidenten und das politische Establishment des Staates. Brotunruhen waren während der letzten Jahre schon mehrmals ausgebrochen, konnten von den Sicherheitskräften jedoch immer kontrolliert werden. Darüber hinaus sind es die Sudanesen gewohnt, dass Benzin Mangelware ist und dass sie sich an den Tankstellen anstellen müssen. Die Proteste begannen, als die Kosten für Brot und Benzin stark erhöht wurden. Im Rahmen der Demonstrationen wurde auch der Rücktritt von Präsident Omar Hassan al-Bashir gefordert, der 2019 das 30-jährige Jubiläum seiner Herrschaft begeht.

Seit Beginn des sogenannten Arabischen Frühlings waren bereits mehrfach Demonstrationen und Unruhen

ausgebrochen, die das Regime aber kontrollieren konnte. Allen war gemeinsam, dass keine kritische Masse mobilisiert werden konnte, die dem Präsidenten hätte gefährlich werden können. Und auch diesmal scheint es zunächst, als gäbe von Seiten der Protestierenden nicht genügend Kraft und Durchhaltevermögen, obwohl ein einflussreicher Imam in der sudanesischen Hauptstadt Khartoum von den Gläubigen aufgefordert wurde, sich an die Spitze der Proteste zu stellen. Drei Wochen mit Protesten, die wesentlich nach dem Freitagsgebet stattfanden, führten zu mehr als 20 Toten.

Mitte Jänner 2019 gaben die sudanesischen Opposition und zivilgesellschaftliche Organisationen bekannt, dass sie zu zivilem Ungehorsam bereit seien und mit breiter Unterstützung aus der Bevölkerung rechneten. Und tatsächlich fanden in mehreren sudanesischen Städten Kundgebungen und Proteste statt. Die hohe Beteiligung und die immer mehr um sich greifende Idee eines politischen Wandels könnten zur bisher größten Mobilisierung seit langer Zeit führen. Zudem steigt der externe Druck auf Präsident al-Bashir, zurückzutreten. Auch wenn der Ausgang ungewiss ist, so kommt das Regime mehr und mehr unter Druck, entweder tiefgreifende Reformen durchzuführen oder zu riskieren, dem Druck der Straße nicht mehr standhalten zu können. Sollte sich die wirtschaftliche Lage durch die Regierung nicht stabilisieren lassen, nähert sie sich ihrem Ablaufdatum, auch wenn die Proteste dieses Mal nicht erfolgreich sein sollten.

Die Veränderungen im sicherheitspolitischen Umfeld am Horn von Afrika haben auch für den Sudan gravierende Auswirkungen. Der Friedensschluss zwischen Äthiopien und Eritrea macht sudanesischen Wirtschaftstreibende als Zwischenhändler unnötig, da die Waren wieder direkt ausgetauscht werden. Zudem werden sich Allianzen in den Regionalorganisationen zu Ungunsten des Sudans verschieben. Nicht einmal der Südsudan kann als imaginärer Feind den nationalen Zusammenhalt des Sudans gewähren. Zu sehr sind die einzelnen südsudanesischen Gruppen mit sich selbst und miteinander beschäftigt.

Mittelfristig wird es im Sudan zu gravierenden politischen Umwälzungen und damit auch zu einer neuen außenpolitischen Ausrichtung des Staates kommen. Deren Richtung wird maßgeblich davon abhängen, welche Gruppe innerhalb der Regimegegner sich durchsetzen können. Darüber hinaus könnten Gruppen in einzelnen Regionen des Sudans bei einer vermeintlichen Schwäche der Zentralregierung wieder versuchen, sich für unabhängig zu erklären.

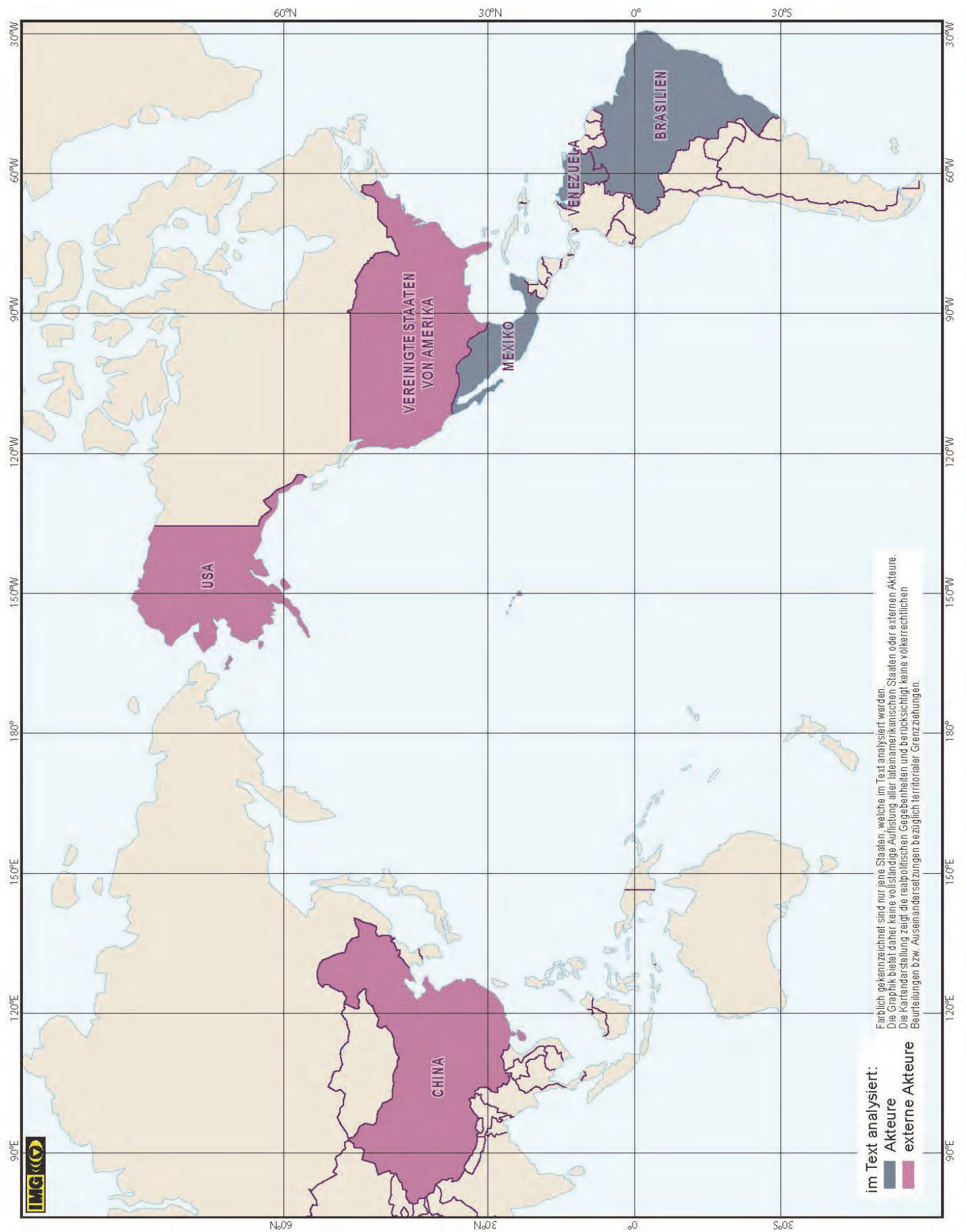
Sowohl die AU als auch die Intergovernmental Authority on Development (IGAD) halten sich mit Aussagen zu politischen Situation im Sudan zurück.

Putschversuch in Gabun

Zu Beginn des Jahres scheiterte in Gabun ein Putschversuch gegen Präsident Ali Bongo. Eine Gruppe junger Offiziere hatte versucht, die Macht im Land zu übernehmen, wurde allerdings relativ rasch von den staatlichen Sicherheitskräften, die dem Präsidenten gegenüber loyal waren, verhaftet bzw. getötet. In ihrem Statement im Fernsehen gaben die Putschisten an, dass sie die Demokratie im Land wieder herstellen wollten.

Präsident Bongo ist seit dem Tod seines Vaters Präsident des Landes. Insgesamt regiert seine Familie das Land seit mehr als 50 Jahren. Er hat gegen seine Kontrahenten Jean Ping die letzten Wahlen 2016 zwar knapp gewonnen, sieht sich aber mehr und mehr politisch herausgefordert. Bereits damals kam es zu schweren Ausschreitungen. Der Putschversuch deutet darauf hin, dass sich die Stimmung im Land zu Ungunsten von Präsident Bongo verschiebt. Präsident Bongo hält sich aufgrund seines Gesundheitszustandes (Schlaganfall) in Marokko auf und ordnete von dort aus eine Regierungsumbildung an.

Gerald Hainzl



Lateinamerika

Lateinamerika –

Venezuela

In Venezuela hat der amtierende linksgerichtete Präsident Nicolás Maduro am 20. Mai 2018 in einem umstrittenen Wahlgang die Präsidentschaftswahlen gewonnen. Insgesamt 13 lateinamerikanische Staaten (darunter Argentinien, Brasilien, Kolumbien) und Kanada bilden die sog. „Lima Gruppe“, die im August 2017 auch mit Unterstützung der EU und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) gegründet wurde², um mitzuhelfen, politische Lösungen für das krisengeschüttelte Land zu finden. Die Lima Gruppe hat die Vereidigung von Maduro vor dem Obersten Gerichtshof am 10. Jänner dieses Jahres nicht anerkannt. Dem schloss sich allerdings Mexiko, ein Gründungsmitglied der Lima-Gruppe, nicht an. Der mexikanische Präsident berief sich dabei auf die sogenannte Estrada-Doktrin, die jede Nicht-Anerkennung einer Regierung als eine völkerrechtswidrige Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates betrachtet. Diese wurde von den letzten mexikanischen Präsidenten öfters ignoriert, soll jetzt aber mit der neuen Präsidentschaft des linksgerichteten Andrés Manuel López Obrador reaktiviert werden.

Flüchtlingskrise in Venezuela und Zentralamerika

Seit 2015 sind rund 3,3 Millionen Menschen aus Venezuela geflüchtet. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen könnten im Jahr 2019 bis zu 32 Millionen Einwohnern das Land verlassen. Insgesamt ist in den letzten drei Jahren jeder zehnte Einwohner aus Venezuela geflohen. Fast eine Million Venezolaner leben in Kolumbien, 450.000 in Peru, 230.000 in Ecuador und 130.000 in Argentinien. In Brasilien, wo mehr als 85.000 Venezolaner Asyl beantragt haben, wurden im August 2018, nachdem Feuer gegen die Lager der Einwanderer gelegt worden waren, Sicherheitskräfte in die Grenzstadt Pacaraima entsandt. Ursachen der Massenflucht sind wirtschaftliche Misswirtschaft, Korruption und eine andauernde Krise des politischen Systems.

Mexiko – Hoffnungsschimmer für die lateinamerikanische Linke

Während in den letzten Jahren das politische Pendel in vielen Ländern vom linken zum rechten Spektrum

pendelte (Argentinien, Costa Rica, Kolumbien und zuletzt Brasilien), schlug dieses in Mexiko in die entgegengesetzte Richtung aus. Nach Jahrzehnten einer rechtsgerichteten, neoliberalen Politik, tritt der im Dezember neu gewählte Präsident Andrés Manuel López Obrador mit einer expliziten anti-neoliberalen Agenda sein Amt an. Fokus seiner Präsidentschaft soll dabei insbesondere der Kampf gegen die Korruption sein – in diesem Sinne hat „AMLO“, wie er in Mexiko genannt wird, schon politische Signale gesetzt (Verkauf des Präsidentenflugzeuges, Öffnung der opulenten Präsidenten-Residenz Los Pinos für die Öffentlichkeit bzw. deren Umwandlung in ein Kulturzentrum, Reduktion der Gehälter im öffentlichen Dienst). Des Weiteren steht die Eindämmung der zentralamerikanischen Migration mit Hilfe eines Entwicklungsprogramms für die gesamte Region in der Höhe von fünf Milliarden US\$, das auch von den USA und Kanada unterstützt werden soll, auf dem Programm des neuen mexikanischen Präsidenten.

Brasilien – ein neuer rechtsgerichteter Präsident

In Brasilien hat das politische Pendel nach Jahrzehnten von den gemäßigt-linksgerichteten Präsidenten (Lula und Dilma) über ein mitte-rechts gerichtetes Interregnum (Temer) nun noch weiter nach rechts ausgeschlagen: Am 1. Jänner dieses Jahres wurde Jair Bolsonaro als 42. Präsident seines Landes vereidigt und kündigte in seiner ersten Ansprache Brasiliens "Befreiung vom Sozialismus und dem aufgeblähten Staat, sowie die Betonung der jüdisch-christlichen Werte und die Abkehr von politischer Korrektheit" an. An der Amtseinführung nahmen US-Außenminister Mike Pompeo sowie der ungarische Premierminister Viktor Orbán und der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu teil. Letzterer zitierte der nach Presseberichten den neuen Präsidenten Bolsonaro bezüglich der möglichen Verlegung der brasilianischen Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem, dies sei lediglich eine Frage von "wann, nicht ob." Jair Bolsonaro, ein umstrittener ehemaliger Militär, hat mit einer Reihe von abfälligen Äußerungen über Frauen, LGBT-Leute und schwarze Brasilianer Kontroversen im Land ausgelöst. Desweiteren wird von vielen befürchtet, dass die Sozialpolitik (insbesondere die die Armutsreduktionsprogramme eines seiner Vorgänger, Lula da Silva) unter seiner Präsidentschaft rückgängig gemacht wird und die systematische Abholzung im Amazonasgebiet wieder aufgenommen werden könnte.

Außenpolitisch kann von Bolsonaro eine weitgehende Annäherung an die USA erwartet werden. Im Kampf gegen Korruption wurde von Bolsonaro als neuer Justizminister Sérgio Fernando Moro nominiert, der als Bundesrichter in einem umstrittenen Gerichtsverfahren

² Die Gruppe fordert unter anderem die Freilassung politischer Gefangener und freie Wahlen, bietet humanitäre Hilfe an und kritisiert den Zusammenbruch der institutionellen Ordnung in Venezuela.

den Ex-Präsidenten Lula Da Silva zu einer mehrjährigen Strafe verurteilt hatte. In Brasilien wird der vermeintliche Kampf gegen die Korruption von der herrschenden politischen Klasse – und darin nicht unähnlich wie in China – auch dazu benutzt, unliebsame politische Gegner kaltzustellen und sich so an der Macht zu halten.

Kontroverse um US Militärbasen in Brasilien

Eine innerbrasilianische Kontroverse löste Bolsonaro mit einem in einem Fernsehinterview vorgestellten Plan aus, U.S. Militärbasen in Brasilien zuzulassen, um so dem Einfluss Russlands in Venezuela zu begegnen. Dies löste bei den brasilianischen Militärs und dem nationalen Sicherheitsberater Augusto Heleno umgehend Dementi aus. Die scheinbar widersprüchlichen Botschaften bezüglich möglicher US-Militärbasen auf brasilianischem Territorium unterstreichen die Zerbrechlichkeit von Bolsonaros Kabinett, das aus ehemaligen Generälen, rechte Nationalisten, an der Universität von Chicago mit einer neoliberalen Agenda ausgebildeten Ökonomen und christlichen Konservativen besteht, die alle unterschiedliche Prioritäten haben.

IBSAMAR – ein trikontinentales Manöver

Im Oktober 2018 fand das gemeinsame Manöver IBSAMAR (India-Brazil-South Africa Maritime) der Marinen der Schwellenländer Indien, Brasilien und Südafrika statt. Das erste Manöver dieser Art wurde 2006 abgehalten und wurde zum 6. Mal vor den Küsten Südafrikas bei Simons Town veranstaltet. Das Ziel dieser maritimen Übung war die Durchführung von koordinierten Trainingsphasen für die teilnehmenden Marinen, Aufbau von Interoperabilität und gegenseitigem Vertrauen sowie das Teilen von *best-practices*. Diese regelmäßig stattfindenden Manöver finden im Rahmen des IBSA-Dialogforums, eines Koordinierungsmechanismus der drei besagten Ländern statt, dessen politische Bedeutung durch die internen politischen Krisen in allen drei Ländern abgenommen hat. Diese militärische Zusammenarbeit hat sich nur wegen der gemeinsamen Interessen im Südatlantik und dem Arabischen Meer vis-à-vis Chinas gehalten.

Der Einfluss Chinas in Lateinamerika nimmt weiter zu

Die Investitionen Chinas in der Region haben in den letzten zehn Jahren exponentiell zugenommen. Direktinvestitionen stiegen von weniger als 50 Mrd. USD im Jahre 2006 auf fast 250 Mrd. USD 2017. Der

Rückzug der USA im Zuge der *America First*-Politik von US Präsident Trump u.a. im Zuge der Aufkündigung des Transpazifischen Partnerschaftsprojektes, hat ein Vakuum geschaffen, das China konsequent nützt, um in dringend benötigte Infrastrukturprojekte zu investieren. Dies betrifft vor allem Chinas führendes globales Handels- und Infrastrukturprogramm, die Belt and Road Initiative (BRI), dem im Laufe des Jahres 2018 beginnend im Mai mit Trinidad und Tobago bis zum Ende des Jahres Bolivien, Antigua und Barbuda, Guyana, Uruguay, Costa Rica, Venezuela, Chile, Ecuador sowie El Salvador (das seine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan zugunsten Chinas abbrach) beitraten. Jeder neue Teilnehmer der Initiative, egal ob groß oder klein, wurde herzlich von Peking (teilweise begleitet von Staatsbesuchen durch den chinesischen Präsidenten Xi Jinping) begrüßt und von Peking als Investitions- und Entwicklungsprojekt dargestellt, das die Zukunft Lateinamerikas bestimmen werde. Während viele Regierungen von den versprochenen Investitionen begeistert sind, haben sich nicht alle der BRI Initiative verpflichtet. Trotz eines bilateralen Treffens zwischen dem chinesischen Präsidenten Xi und dem argentinischen Präsidenten Macri am Rande des G20-Gipfels im November in Buenos Aires wurde mit Argentinien kein BRI-Abkommen unterzeichnet. Im benachbarten Brasilien fährt der neu gewählte Präsident Bolsonaro eine anti-chinesische Rhetorik. In Washington gibt es immer mehr Anzeichen dafür, dass die USA zunehmend versuchen, ihre Partner vor die Wahl stellen zwischen den USA und China zu entscheiden.

Johannes Maerk

Rasante Weiterentwicklung des Cyberraumes

Auch das zweite Halbjahr 2018 war gekennzeichnet von einer rasanten Entwicklung im IKT-Bereich. Besondere Schwerpunkte in der Forschung und Entwicklung sind in den Bereichen Künstliche Intelligenz, Automatisierung, Robotik und Drohnen erkennbar. Die Produkte, speziell die Software, werden nach wie vor nach dem „Bananenprinzip“, so rasch als möglich, auf den Markt geworfen, um den ökonomischen Benefit zu lukrieren. Die Qualität, insbesondere die Sicherheit der Produkte, bleibt dabei auf der Strecke. Allein durch das deutsche Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik wurden 2018 zirka 3.000(!) neue Schwachstellen in der Software aller bekannten Hersteller entdeckt. Bei zirka 850 dieser Bugs wurde das Risiko als hoch bzw. sehr hoch beurteilt. Auch die Vernetzung über das Internet schreitet extrem dynamisch voran, speziell forciert durch das Internet der Dinge. 2020 werden zwischen 25 und 50 Milliarden Dinge sowie 5 bis 6 Milliarden Menschen vernetzt sein. Damit steigt die gegenseitige Abhängigkeit der Netzteilnehmer, die Komplexität führt zur Undurchschaubarkeit der Systeme und macht eine Abschätzung der Folgen von Naturereignissen, technischem Versagen, Fehlbedienungen bzw. vorsätzlich geführten Angriffen nahezu unmöglich.

Die fortschreitende Abhängigkeit von den IKT-Systemen und deren Angreifbarkeit haben auch im vergangenen Halbjahr zahlreiche Akteure ausgenutzt. Die Motivenlage reicht dabei von der Selbstdarstellung über Bereicherung bis zur Erringung von Vorteilen im wirtschaftlichen Wettbewerb durch Wirtschaftsspionage. Für politische Ziele waren Cyber-Operationen zur Beeinflussung von demokratischen Prozessen und Spionage feststellbar. Erstmals wurden Staaten als Akteure verschiedener Operationen öffentlich durch hochrangige westliche Regierungsmitglieder beschuldigt. In allen aktuellen Konflikten sind nicht nur Maßnahmen zur Propaganda und zur Unterbindung feindlicher Kommunikation erkennbar. Auch Aktionen zur Sabotage bzw. Zerstörung von IKT-Systemen konnten beobachtet werden.

Cyber-Wettbewerb der Supermächte - Beistandsverpflichtungen von USA angeboten

Cyber-Power wird von den Supermächten mittlerweile als strategische Säule sowohl der Soft- als auch der Hard-Power-Fähigkeiten eingestuft. Die USA betonen in diesem Zusammenhang die „beispiellosen Bemühungen“ Chinas, eine dominante Position zu erobern. Analysten sind sich einig, dass China nach einem Rückgang der Aktivitäten seit 2016 die Bemühungen um den Einsatz

von Methoden der Cyberspionage und des Hackens „gegen die westliche Industrie“ wieder aufgenommen hat.

Aktuelle Entwicklungen in den USA könnten die Wahrscheinlichkeit von Cyberkonflikten in der Zukunft erhöhen. Der US-Verteidigungsminister hat die Bereitstellung nationaler Cyber-Ressourcen zur Unterstützung des NATO-Bündnisses angekündigt. Die USA beabsichtigen, eigene offensive Cyber-Fähigkeiten im Namen anderer Mitgliedstaaten zu nutzen. Eine gemeinsame Cyber-Operation würde wahrscheinlich vom - derzeit noch nicht einsatzbereiten - NATO Cyberspace Operations Center, voraussichtlich Teil der Kommandostruktur der NATO, geführt werden. Damit soll die Abschreckungswirkung gegen Cyberangriffe auf NATO-Mitgliedstaaten verstärkt werden.

Trotz gelegentlicher diplomatischer Initiativen zur Entmilitarisierung des Cyberraumes ist das internationale Wettrennen eindeutig darauf ausgerichtet, offensive Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) zu entwickeln und einzusetzen. Darüber hinaus scheinen sich die Nationalstaaten darauf zu konzentrieren, die Synergien zwischen Cyber-Fähigkeiten, elektronischer Kriegsführung (EW) und Informationsoperationen zum militärischen Vorteil zu nutzen.

Cyber-Spionage - Kampf um die Technologieführerschaft und die politische Macht

Wie schon im letzten Jahr sind bei 25 Prozent der rund 100 bekannt gewordenen Spionageoperationen die Urheber unbekannt. 19 Operationen werden russischen Akteuren zugeordnet. An dritter und vierter Stelle finden sich der Iran (13) und die VR China (12). Gesamt gesehen sind somit Russland, der Iran, die VR China und Nordkorea für über die Hälfte der ausgewerteten Vorfälle mit Spionage-Hintergrund verantwortlich. Weiters wurden Indien (3) sowie die USA und Akteure mit palästinensischem Hintergrund je zweimal mit Spionageoperationen in Verbindung gebracht. Mit jeweils einer Operation konnten dieses Jahr Syrien, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, der Libanon, Pakistan und Vietnam in Verbindung gebracht werden. Auffällig ist 2018 der hohe Anteil von Akteuren mit Bezug zu Ländern der MENA-Region, was sich auch bei den Opfern vice versa widerspiegelt (siehe „Ziele“) und u.a. höchstwahrscheinlich mit den fortdauernden (Stellvertreter-)Konflikten im Raum (Syrien, Jemen, Israel, Irak) zu tun hat. Der hohe Anteil unbekannter Akteure ist wie schon im Jahr 2017 den gestiegenen Fähigkeiten zur Verschleierung der Herkunft und der Grundproblematik der Attribution zuzuschreiben. Auch muss mit einer großen Zahl noch nicht entdeckter Operationen durch Entwicklung neuer,

noch unbekannter Methoden und Tools gerechnet werden.

Speziell hervorzuheben und ein Bruch mit bisherigen Gepflogenheiten stellen die seit Anfang Oktober beobachtbaren öffentlichen Schuldzuweisungen von Hackingaktivitäten gegen die russische GRU (Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije / Hauptverwaltung für Aufklärung) dar. Nachdem Agenten in Den Haag auf frischer Tat ertappt worden waren, warfen die niederländische und die britische Regierung der GRU vor, die Organisation für das Verbot chemischer Waffen und die Untersuchung des Absturzes des Fluges MH17 von Malaysia Airlines ins Visier genommen zu haben. Unterdessen hat das US-Justizministerium sieben GRU-Offiziere wegen Hacking, Betrug, Identitätsdiebstahl und Geldwäsche angeklagt. Die Hacker beabsichtigten vermutlich, die internationalen Anti-Doping-Bemühungen als Vergeltung für die Aufdeckung des staatlich geförderten russischen Dopingkonzepts zu delegitimieren. Nachdem Großbritannien, die Niederlande und die USA Erklärungen über bössartige russische Cyber-Operationen veröffentlicht hatten, erklärte auch Lettland, dass der russische Geheimdienst GRU seit Jahren seine zentrale Nachrichtenagentur angreife. Am häufigsten ist der Akteur APT28/SOFACY (auch bekannt als FANCY BEAR, SEDNIT, PAWN STORM, STRONTIUM, IRON TWILIGHT, GROUP74) in Verdacht geraten, weshalb hier kurz auf dessen Aktivitäten eingegangen werden soll. Neben klassischen Cyber-Spionage-Operationen war APT28 vermutlich Anfang des Jahres in eine Kampagne zur Diskreditierung, Erpressung und Einschüchterung von russlandkritischen Personen involviert. Außerdem soll APT28 seit zumindest 2016 Angriffe gegen Netzwerkinfrastrukturgeräte von Privatpersonen und Kleinunternehmen durchführen – es wurden mehr als 500.000 Kompromittierungen in mindestens 54 Ländern erkannt, wobei die meisten Geräte in der Ukraine registriert worden sind.

Im Nahen Osten ist seit spätestens Jänner 2012 eine Gruppierung aktiv, die vermutlich in Verbindung mit dem General Directorate of General Security (GDGS, libanesischer Nachrichtendienst) steht. Diesen Akteuren wird eine weitreichende Spionage-Operation gegen mobile Endgeräte zugeschrieben. Die Akteure führten gleichzeitig bis zu sechs verschiedene Kampagnen durch. Bis dato konnten tausende Betroffene in den Bereichen Regierungen, Militär, Versorgungsunternehmen, Finanzinstitutionen, Produktionsfirmen, Bildungseinrichtungen und Rüstungskonzernen in mindestens 21 Ländern identifiziert wurden, wobei dezidiert militärisches Personal als Ziel genannt wird.

Cyber Sabotage - Sabotageangriffe im hybriden Kontext unterhalb der direkten Gewaltschwelle und im Rahmen von Konflikten

Die vermutlich russische Gruppierung APT28 führte in der Ukraine Cyber-Angriffe auch gegen Netzwerkinfrastrukturgeräte (z.B.: Router) des lettischen Herstellers MIKROTIK durch. Die Zielaufklärung erfolgte über ferngesteuerte Computer mit IP-Adressen in Russland, Brasilien, den USA und der Schweiz. Die Netzwerkinfrastrukturgeräte wurden mit dem Schadprogramm VPNFILTER infiziert und dadurch zu einem Botnetz hinzugefügt.

Parallel zu der am 25. November erfolgten Beschlagnahme dreier ukrainische Marineschiffe in der Kertschstraße und der Festsetzung von 23 Besatzungsmitgliedern durch russische Streitkräfte wurden die Webseiten der ukrainischen Marine und des Verteidigungsministeriums durch Denial-of-Service-Angriffe in die Knie gezwungen. Der finnische Staatssekretär Matti Anttonen warf Moskau vor, für die während der militärischen Übungen der NATO zu Trident Juncture aufgetretenen Störungen der GPS-Signale verantwortlich zu sein.

Die Gruppierung GREYENERGY führt seit mehreren Jahren Cyber-Angriffe mit Botnetz-Software, Spear-Phishing-Mails und dem Schadprogramm SHAMOON 3 (auch bekannt als: DISTTRACK) und mit dem ebenfalls GREYENERGY genannten Schadprogramm gegen Netzwerkinfrastrukturgeräte, Industrial Control Systems (ICS) sowie Computer- und Serversysteme in Polen, der Ukraine und Osteuropa durch. SHAMOON 3 stiehlt keine Daten, sondern löscht bzw. überschreibt diese auf einem infizierten Computer- oder Serversystem. Ein weiterer unbekannter Akteur attackierte mit SHAMOON das vom italienischen Staatskreditgeber CDP und vom Ölkonzern ENI kontrollierte Öl- und Gasunternehmen SAIPEM. SAIPEM hat Kunden in mehr als 60 Ländern weltweit und ist der führende Anbieter von Bohrdienstleistungen, der Entwicklung, Beschaffung, dem Bau und der Installation von Pipelines und komplexen Projekten im Onshore- und Offshore-Bereich. Von der Cyber-Sabotage-Operation waren Computer- und Serversysteme im Nahen Osten, Saudi-Arabien, Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) sowie in Indien, Italien und Schottland betroffen. Die Cyber-Angriffe wurden von der indischen Stadt Chennai aus durchgeführt und betrafen mehrere Hundert Server- und Computersysteme. Unter anderem waren auch Unternehmen in den Bereichen Öl, Gas, Energie, Maschinenbau und Telekommunikation sowie Regierungsorganisationen im Nahen Osten und Südeuropa betroffen. Des Weiteren wurden Organisationen in Saudi-Arabien und den VAE

angegriffen, die der Öl- und Gasindustrie zuzuordnen sind.

US-Ermittler entdeckten Spyware-Mikrochips in US-Hardware, die während des Fertigungsprozesses in China eingebaut worden sein sollen. Die Mikrochips wurden in Geräten von Supermicro, einem der größten Anbieter von Server-Motherboards, gefunden. Die Chips in der Größe einer Bleistiftspitze mit Speicher, Netzwerkfähigkeit und großer Rechenleistung eröffneten eine Hintertür zu jedem Netzwerk, das mit den betroffenen Geräten verbunden ist. Fast 30 Unternehmen sollen von der Schwachstelle betroffen gewesen sein, darunter angeblich auch Amazon und Apple.

Cyber-Kriminalität als Beschaffungsmethode für Staaten

Im Jahr 2018 wurde der mutmaßlich nordkoreanische Akteur LAZARUS GROUP (*auch bekannt als: HIDDEN COBRA, GUARDLANS OF PEACE, NICKEL ACADEMY, OPERATION BLOCKBUSTER, DARKSEOUL, HASTATI GROUP, ANDARIEL, UNIT121, BUREAU121, NEWROMANIC CYBER ARMY TEAM, BLUENOROFF, GROUP77, LABYRINTH CHOLLIMA, OPERATION TROY, OPERATION GHOSTSECRET, OPERATION APPLEJEUS, APT38*) für vier Vorfälle verantwortlich gemacht. Attackiert wurden Organisationen und Unternehmen in Mexiko, der Türkei, Deutschland, Südkorea sowie in 53 Ländern in Asien und Afrika mit Bezug zu Kryptowährung und Wallets, Point-of-Sale-Systeme, Finanzinstitute, Bankomatsysteme, ein Telekommunikations- und ein Bauunternehmen. Als Hauptangriffsvektor setzt dieser Akteur bevorzugt Spear-Phishing-Mails ein, die im Anhang entweder einen Link, mit dem ein Schadprogramm heruntergeladen werden kann oder dieses selbst enthalten. Dabei handelt es sich um eine Sammlung verschiedener Hacking-Tools, die unter der Bezeichnung POWERRATANKBA zusammengefasst wurden. LAZARUS GROUP setzt diese Techniken, Taktiken und Vorgehensweisen ein, um sensible Informationen auszuspähen und finanzielle Mittel zu stehlen oder zu erpressen. Dadurch gelang es dem Akteur bisher erfolgreich, mehrere Millionen US-Dollar zu stehlen.

Bekannt wurde auch, dass eine australische Schiffswerft durch unbekannte Täter mittels Kompromittierung des Datenmanagementsystems erpresst wurde. Auch sollen Informationen über Schiffsentwürfe gestohlen worden sein. Die Werft hat bisher mehr als 300 Schiffe für Betreiber in 54 Ländern, darunter die US Navy und Patrouillenschiffe für die Australische Marine, gebaut.

Vermutlich chinesische Staatshacker sollen im September 2018 rund 500 Millionen Kundendatensätze von Gästen der Hotelkette Marriott über die Gästebuchungsdatenbank der Tochtergesellschaft Starwood gestohlen haben. Die Hacker sollen seit mindestens vier Jahren Zugriff auf Daten gehabt haben und ua. persönliche Gästeinformationen und verschlüsselte Kreditkartennummern abgegriffen haben.

Angriffe auf die Grundfesten der Demokratie

Spitzenbeamte von US Nachrichtendiensten, des Justizministeriums, des Federal Bureau of Investigation (FBI) und des Department of Homeland Security (DHS) veröffentlichten eine gemeinsame Erklärung zu ausländischen Einflussoperationen, die auf US-Wahlen abzielen. Die Erklärung stellt fest, dass die Wähler vor den kommenden Wahlen durch Propagandakampagnen ausländischer Mächte beeinflusst werden könnten. Gegen eine russische Staatsangehörige wurde Anklage erhoben, weil sie die Finanzen für US-orientierte Operationen innerhalb der Internet Research Agency (IRA), einer großen russischen Trollfarm, überwacht haben soll. 13 weitere russische Staatsangehörige und drei mit der IRA verbundene russische Organisationen wurden bereits im Februar angeklagt, weil sie versucht hatten, die US-Wahlen zu beeinflussen, Desinformation zu verbreiten und die US-Bevölkerung zu polarisieren. Auch im Vorfeld der Wahlen vom 29. Juli in Kambodscha wurde eine umfangreiche Cyberkampagne identifiziert, die dem mutmaßlich chinesischen Akteur TEMP.Periscope zugeschrieben wurde. Die Attacken sollen die korrekte Abwicklung der Wahlen gefährdet haben.

Gegenmaßnahmen

Die stark gestiegene Bedrohung hat zu einer Neubeurteilung und nahezu weltweiten Anstrengungen zur Verbesserung der Cyber-Sicherheitssituation geführt. Von den vielen Initiativen sollen einige dargestellt werden. Zukünftig wird zu beobachten sein, welche der Maßnahmen nachhaltige Veränderungen herbeiführen und den bis dato ungebrochenen Anstieg der Bedrohung stoppen bzw. eindämmen können wird. Ganz besonders wichtig scheinen die Überlegungen der transatlantischen Entscheidungsträger über technische Regulierung und der Notwendigkeit eines globalen Verhaltenskodex für Technologieunternehmen. Sicherheitsmaßnahmen und -algorithmen sollen in gleicher Weise wie die finanziellen Aspekte eines Unternehmens überprüft werden. Weiters sollen gesamtstaatliche Strategien zur Bekämpfung von Wahlintervention erarbeitet werden. Die Verbesserung des Informationsaustauschs über Risiken,

Schwachstellen und bewährte Verfahren sollen die internationale Kooperation optimieren. Die Staats- und Regierungschefs der EU haben eine neue Initiative zur Bestrafung und Abschreckung von Bedrohungen der Cybersicherheit eingeleitet. EU-Ratspräsident Donald Tusk kündigte am 18. Oktober die Arbeit an einer Sanktionsregelung an, die speziell für Cyberangriffe gelten soll. Verstärkt soll auch gegen Wirtschaftsspionage vorgegangen werden. Hierzu sollen Task Forces eingerichtet und die internationale Kooperation ausgebaut werden.

Das US-Verteidigungsministerium hat die Leitlinien für gemeinsame Cyber-Operationen aktualisiert. In dem Papier heißt es, dass *"eine dauerhafte globale Cyberspace-Überlegenheit aufgrund der Komplexität des Cyberspace nicht möglich ist"*, und es wird darauf hingewiesen, dass die Kommandeure bereit sein sollten, Operationen unter verschlechterten Bedingungen durchzuführen. Das US Cyber Command (USCYBERCOM) wäre jedenfalls bereit, einen offensiven Cyberangriff auf russische Hacker zu starten, sollte sich die russische Einmischung in Wahlen bestätigen. Geplant ist eine stärkere Integration von Cyberangriffen in die Militärstrategie und eine Verschiebung der zulässigen Aktionen gegen nicht verifizierte staatliche Akteure. Ein offensiver Cyber-Schlag ist nach dem National Security Presidential Memorandum Nr. 13 grundsätzlich möglich, die neue Executive Order vereinfacht den Genehmigungsprozess. Letztlich geht es um die Abschreckung von feindlich gesinnten Cyber-Akteuren.

Auch Großbritannien hat ein neues Cybersicherheitsprogramm unter der Leitung des Foreign and Commonwealth Office gestartet mit Projekten zur Verbesserung der Cybersicherheit, zur Umsetzung aktiver Cyberabwehrmaßnahmen und zur Förderung eines freien, offenen und friedlichen Cyberraums in mehreren Regionen der Welt. Deutschland baut ein Zentrum für Innovation in der Cybersicherheit (ZITIS) auf, um die technologische Abhängigkeit vom Ausland zu verringern und die nationale Forschung und Entwicklung von Cybersicherheitstechnologien zu fördern. ZITIS soll Cyber-Sicherheitstools für alle Behörden entwickeln. Für 2019-22 soll ein Budget von rund 220 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Australien blockiert chinesische Technologie beim Aufbau des 5G-Mobilfunknetzes durch Schaffung neuer Rechtsgrundlagen. Unternehmen, die wahrscheinlich gerichtlichen Anweisungen einer ausländischen Regierung unterliegen, dürfen nicht für die 5G-Mobilfunknetzinfrastruktur in Australien mitbieten. In Papua-Neuguinea und den Salomonen blockiert Australien die chinesischen Anbieter für Bau eines Unterwasser-LWL-Kabels durch ein 100 Millionen US-Dollar Engagement.

Auch die Internetgiganten wollen einen Beitrag zur Cyber-Hygiene leisten. Spotify, YouTube, Twitter und der Podcast-Service Stitcher entfernen *"koordinierten unauthentischen Verhaltens"*. Den bei Facebook gelöschten Benutzerkonten gefolgt. Twitter hat in den letzten Monaten mehr gesperrt, um politische Einflusskampagnen und automatisierte Cyberangriffe zu verhindern.

Ausblick

Auch 2019 ist mit einem weiteren Anstieg von sehr hochqualifizierten Cyber-Angriffen zu rechnen. Besonders wird zu beobachten sein, ob Cyber-Angriffe mit machtpolitischer Motivation weiter Platz greifen werden und ob die eingeleiteten Gegenmaßnahmen erfolgreich ausgebaut werden können.

Walter J. Unger

Bildnachweis

S. 6: Foto: Lance Cpl. Kyle P. Bunyi / U.S. Marine Corps; MV-22B Osprey tiltrotor aircraft assigned to Marine Medium Tiltrotor Squadron (VMM) 262 (Reinforced) prepare for take off from the amphibious assault ship USS Wasp (LHD 1) in the East China Sea, Jan. 24, 2019. URL: https://www.navy.mil/view_image.asp?id=277251, zuletzt eingesehen am 26.01.2019

S. 7: Foto: Mine clearance in residential quarters of Aleppo conducted by engineers of the International Mine Action Centre (Syria) licensed under Creative Commons Attribution 4.0, URL: http://syria.mil.ru/images/thumbnails/900_93/t_1743933322_body.jpg, zuletzt eingesehen am 26.01.2019

S. 14: Foto: U.S. Air Force Staff Sgt. Jette Carr / DOD; President Donald J. Trump speaks with Secretary of Defense James Mattis and other senior leaders of the armed forces at the Pentagon in Washington, D.C., Jan. 27, 2017, URL: https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Donald_Trump_Pentagon_2017.jpg, zuletzt eingesehen am 26.01.2019

S. 15: Screenshot; Donald Trump, Tweet vom 23.12.2018, 02:48

S. 15: Screenshot; Donald Trump, Tweet vom 22.12.2018, 11:30

S. 17: Foto: Michael Vadon; White House Chief Strategist Steve Bannon at CPAC 2017 February 24th 2017 by Michael Vadon 11.jpg; licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 4.0 International license, URL: <https://commons.wikimedia.org/>, zuletzt eingesehen am 26.01.2019

S. 17: Foto: DLA, portrait of Lt. Gen. Michael T. Flynn, URL: <https://media.defense.gov/2013/Nov/22/2000748145/-1/-1/0/131122-D-JH447-001.JPG>, zuletzt eingesehen am 26.01.2019

S. 19: Foto: Glenn Fawcett / U.S. Customs and Border Protection; Senate Judiciary Committee Chairman Sen. Jeff Sessions (R-AL) makes opening remarks to a panel of Department of Homeland Security officials as they testify about the unimplemented biometric exit tracking system before the Senate Subcommittee on Immigration and the National Interest, in Washington, D.C., Jan. 20, 2016, URL: [https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Senate_Judiciary_Committee_Chairman_Sen._Jeff_Sessions_\(R-AL\)_makes_opening_remarks_to_a_panel_of_Department_of_Homeland_Security_officials.jpg](https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Senate_Judiciary_Committee_Chairman_Sen._Jeff_Sessions_(R-AL)_makes_opening_remarks_to_a_panel_of_Department_of_Homeland_Security_officials.jpg), zuletzt eingesehen am 26.01.2019

S. 19: United States Department of State, portrait of Secretary of State Rex W. Tillerson, 12 April 2017, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Rex_Tillerson_official_portrait.jpg, zuletzt eingesehen am 26.01.2019

S. 21: Screenshot; usa.org, zuletzt eingesehen am 10.01.2019

S. 32: Foto: NATO, NATO Allies wrap up exercise Iron Wolf 2018, URL: https://www.nato.int/cps/en/natohq/news_160475.htm?selectedLocale=en, zuletzt eingesehen am 26.01.2019

S. 33: Foto: NATO, "NATO Foreign Ministers meet in Brussels", URL: https://www.nato.int/cps/en/natohq/news_161113.htm, zuletzt eingesehen am 26.01.2019

S. 41: Foto: Основной этап манёвров «Восток-2018» на полигоне Цугол в Забайкальском крае (Die Haupttribüne bei den Wostok 2018 Manövern am Zugol Testgelände in der Transbaikal-Region), licensed under the Creative Commons Attribution 4.0 International License, URL: [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Vostok-2018_military_manoeuvres_\(2018-09-13\)_60.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Vostok-2018_military_manoeuvres_(2018-09-13)_60.jpg), zuletzt eingesehen am 20.12.2018

S. 46: Graphik: Karte der territorialen Ansprüche im Südchinesischen Meer, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported License, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:South_China_Sea_vector_de.svg, zuletzt eingesehen am 20.12.2018

S. 46: Graphik: Sea areas according to United Nations Convention on the Law of the Sea, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 4.0 International License, URL:

<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?search=unclos&title=Special%3ASearch&go=Go#/media/File:UNCLOS-en.png>, zuletzt eingesehen am 19.12.2018

S. 47: Foto: CSR Report RL33153 *China Naval Modernization: Implications for U.S. Navy Capabilities—Background and Issues for Congress* by Ronald O'Rourke dated February 28, 2014, URL:

[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Luyang_II_\(Type_052C\)_Class_Destroyer.JPG](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Luyang_II_(Type_052C)_Class_Destroyer.JPG), zuletzt eingesehen am 20.11.2018

S. 50: Foto: AG-600 (Vordergrund) und Y-20 auf der Airshow China 2016, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 4.0 International License, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:AG-600_at_Airshow_China_2016.jpg, zuletzt eingesehen am 20.12.2018

S. 52: Graphik: Farkas, Barbara; *Die Importzölle der USA und Chinas 2018* (in Mrd. US-\$)

S. 53: Graphik: Farkas, Barbara; *China-US-Wirtschaftskooperation: Bilanzen für Güter, Dienstleistungen und US-Tochterunternehmen in China 2009 – 2016* (in Mrd. US-\$), Daten: Bureau of Economic Analysis (BEA), USDOC

S. 53: Graphik: Farkas, Barbara; *Die US-Exporte nach China wachsen schneller als die globalen US-Exporte* (in %), Daten: UNCTAD, US Census Bureau

S. 57: Foto: Staff Sgt. Donell Bryant, [https://www.marines.mil/Photos/igphoto/2002053613/Southwest Asia](https://www.marines.mil/Photos/igphoto/2002053613/Southwest%20Asia), U.S. Marines with 3rd Battalion, 7th Marine Regiment, attached to Special Purpose Marine Air-Ground Task Force, Crisis Response-Central Command, assist a simulated casualty during a tactical recovery of aircraft personnel exercise Oct. 10, 2018. URL: www.marines.mil/Photos/igphoto/2002053613/Southwest Asia, zuletzt eingesehen am 26.01.2019

S. 59: Graphik: IMG / Bundesbeer, *Fact Sheet Syrien 71*, URL: http://www.bundesbeer.at/pdf_pool/publikationen/fact_sheet_syr_71_deu.pdf, zuletzt eingesehen am 26.01.2019

S. 61: Foto: *Kurdishstruggle, Peshmerga | Kurdish Army*, licensed under creativecommons.org/licenses/by/2.0/, URL: <https://www.flickr.com/photos/kurdishstruggle/with/16298766618/>, zuletzt eingesehen am 26.01.2019

S. 62: Foto: 1st Lt. Leland White / U.S. Army National Guard, *Soldiers assigned to the 3rd Cavalry Regiment and deployed in support of Combined Joint Task Force -- Operation Inherent Resolve rush to a berm to establish a hasty fighting position during a live-fire training exercise near Al Asad Air Base, Iraq, Sept. 26, 2018*, URL: <https://www.army.mil/photos>, zuletzt eingesehen am 26.01.2019

Kartenmaterial

Mag. Andreas STUMMVOLL

Institut für Militärisches Geowesen (IMG)

Autoren

Dr. Rastislav BÁCHORA, eMA	Russland und der zentralasiatische Raum
Mag. Barbara FARKAS	Der indopazifische Raum
Dr. Gerald HAINZL	Subsahara-Afrika
Dr. Gunther HAUSER	Europa und die EU
Dr. Herwig JEDLAUCNIK, MBA	Globale und innereuropäische Gegensätze als bestimmende strategische Faktoren
Dr. Johannes MAERK	Lateinamerika
Dr. Otto NADERER	Die NATO und ihre Partner
Mag. Jasmin RUPP, BA	Die MENA-Region – Auf der Suche nach einer regionalen Neuordnung
Dr. Felix SCHNEIDER	Halbzeit für Donald Trump
Mag. Walter J. UNGER	Rasante Weiterentwicklung des Cyberraumes

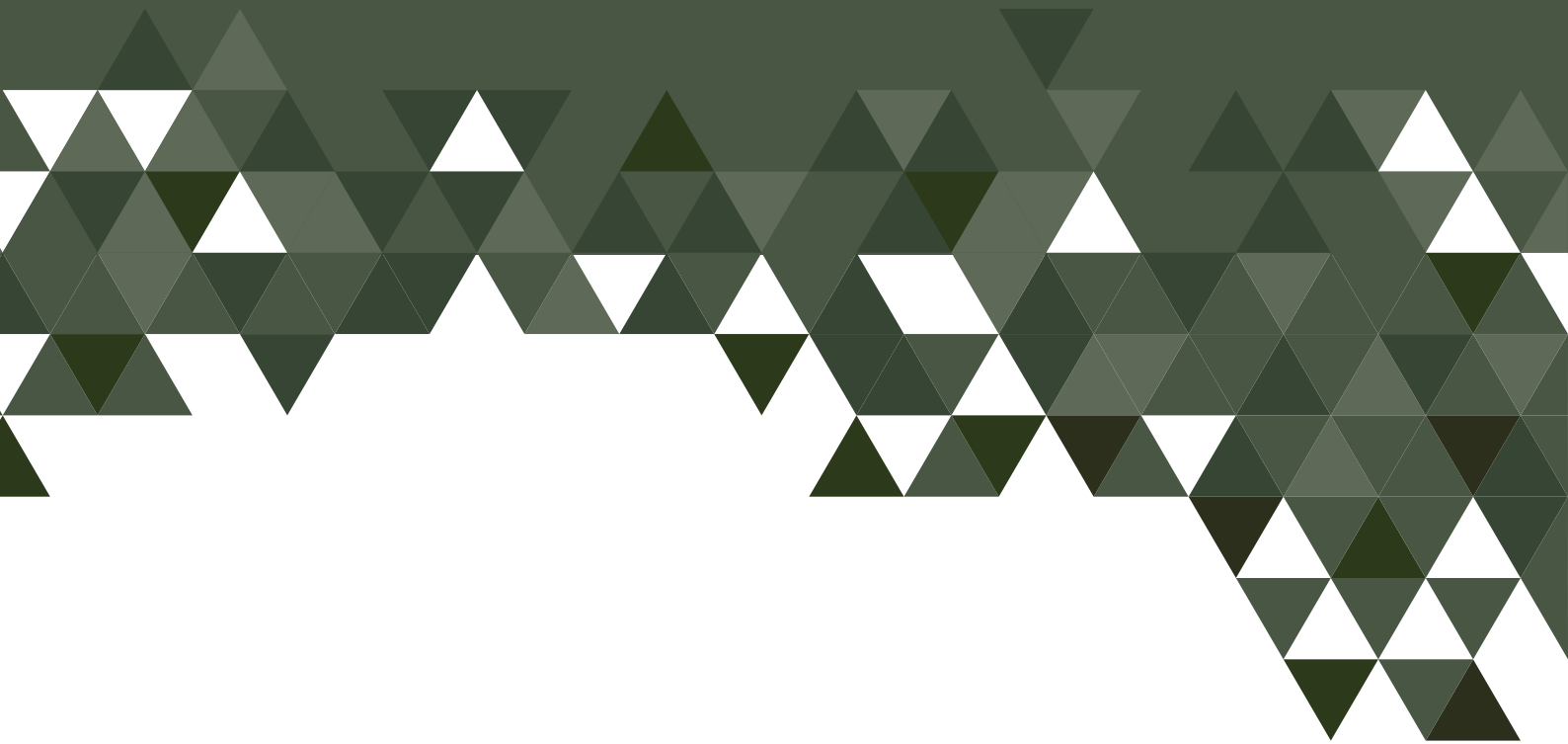
Institut für Strategie & Sicherheitspolitik (ISS)

Das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik wurde 1967/68 als Institut für militärische Grundlagenforschung geschaffen und ist damit das älteste Forschungsinstitut der Landesverteidigungsakademie in Wien. Zum ursprünglichen Auftrag, das moderne Kriegsbild und dessen weitere Entwicklung zu erforschen, militärische Strategien zu vergleichen und den Einfluss der modernen Kriegführung auf die österreichische Landesverteidigung zu untersuchen, kamen inzwischen weitere Bereiche. In die Bereiche Strategie, internationale Sicherheit sowie Militär- und Zeitgeschichte gegliedert, widmen sich die Forscher des Instituts in enger Kooperation mit zivilen und militärischen wissenschaftlichen Institutionen im In- und Ausland der Erforschung aktueller strategischer, sicherheitspolitischer und zeithistorischer Fragen. Die Ergebnisse werden in Form von Publikationen sowie in der Lehre im Ressort und darüber hinaus vermittelt.

Erhalten Sie bereits die regelmäßigen Informationen über unsere neuesten Publikationen sowie Einladungen zu unseren Vorträgen und Veranstaltungen? Wenn Sie noch nicht auf unserer Verteilerliste stehen, bitten wir um eine kurze Nachricht an lvak.iss@bmlvs.gv.at bzw. um Ihren Anruf unter +43 (0) 50201 10-28301, um Sie in unseren Verteiler aufzunehmen.

ISS: Forschung – Lehre – Meinungsbildung

www.bundesheer.at/iss



**LANDESVERTEIDIGUNGSAKADEMIE
INSTITUT FÜR STRATEGIE UND SICHERHEITSPOLITIK**

ISBN: 978-3-903121-59-1